Mittwoch, den 30. Mai 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 125

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen, — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Das Schicksal der „Italia"

Ueber das Schicksal der „Italia" liegen widersprechende Meldungen vor. Die „Citta di Milano", die auf ihrer Zeitungsexpedition bei der dänischen Insel vom Eis festgehalten wird, hat von einem Fischerboot eine drahtlose Nachricht erhalten, daß es Radiozeichen, die offenbar von der „Italia" stammen, aufgefangen habe. Das vom Fischerboot ausgesandte Telegramm konnte jedoch nur teilweise entziffert werden. Man nimmt an, daß die „Italia" auf der Amsterdam-Insel nördlich von Spitzbergen zur Notlandung gezwungen worden ist.

Sollte sich die Meldung von der Landung der „Italia" auf der Amsterdam-Insel bestätigen, so wäre für die Besatzung nichts mehr zu befürchten, da der mitgenommene Proviant einen Monat ausreicht und Kälte- sowie andere Ausrüstungsgegenstände auf der „Italia" vorhanden sind. Fraglich ist aber, ob sich die Meldung bestätigen wird. In Fachkreisen ist man der Ueberzeugung, daß es General Nobile, der drei Radioausrüstungen auf der „Italia" zur Verfügung hat, hätte möglich sein müssen, Signale über sein Befinden abzugeben, wenn die Notlandung ohne ernste Folgen vor sich gegangen wäre.

Zu allem hat das geophysikalische Institut in Tromsoe besorgniserregende Feststellungen gemacht, die dem Kapitän der „Citta di Milano" übermittelt worden sind. Danach hat sich an der Nordwestküste Spitzbergens Freitag morgen plötzlich ein Zyklon gebildet, und es ist sehr zu befürchten, daß die „Italia", die Freitag morgen zwischen 8 und 10 Uhr trotz des südwestlichen und westlichen Windes in ziemlicher Fahrt gegen dieses Gebiet vorrückte, hier plötzlich von einem Westwind von zyklonartiger Stärke gefaßt und aus dem Kurs in östlicher Richtung abgetrieben ist. Die „Italia" hat 10,27 Uhr dringend radiogeometrische Uebersichten vom geophysikalischen Institut angefordert, woraus geschlossen werden muß, daß Nobile einen wichtigen Beschluß fassen wollte. Zwischen dem Zeitpunkt dieser Anforderung und der Antwort verliefen 14 Minuten, während welcher kurzen Zeit die „Italia" sich um 2 Grad in östlicher Richtung bewegt hatte. Der Anruf deutet daraufhin, daß die „Italia" sich in dringender Situation befand, und die schnelle Fahrt, daß sie in den Zyklon geraten war, aber auf die 10,40 Uhr gegebene Antwort ist jede Bestätigung ausgeblieben und seitdem sind alle Signale überhaupt verstummt. Nach der Meinung des Instituts ist das Luftschiff während dieser 14 Minuten in der Nähe vom Cap de Vriesland von einer Katastrophe ereilt worden.

Der Sinn unserer Forderungen.

Von Professor Dr. S. Marck.

In programmatischen Forderungen, nicht in der Diskussion Koalitions- und Oppositionspolitik liegt der Schlüssel für die Partei nach ihrem Wahlsiege. Das kommt mit erfreulicher Klarheit in den meisten Auseinandersetzungen zum Durchbruch (vgl. Volkswacht vom 25. Mai). Nur diejenigen, die von links oder rechts her unsere Position verwirren wollen, stempeln die Entscheidung für oder gegen Koalition zur Grundsatzfrage. Die Kommunisten werden jede Koalition mit bürgerlichen Parteien Verrat am Proletariat nennen, die Demokraten werden uns die Koalition immer als republikanische Pflicht hinstellen: für uns hat die innerparteiliche Auseinandersetzung über diese Frage den taktischen Sinn der Koalition außer Zweifel gestellt. Die prägnante Formulierung des Linzer Programms der österreichischen Bruderpartei, daß „die Kooperation einander feindlicher Klassen nur eine vorübergehende Entwicklungsphase im Klassenkampf um die Statsmacht, aber nicht das Ziel dieses Kampfes ist", macht die instinktive Ueberzeugung der Arbeitermassen auch in der SPD. aus. In dieser Formel ist die Koalition als taktisches Mittel nicht ausgeschlossen, sie wird aber als Ausnahmefall in Situationen eines bestimmten „Gleichgewichts der Klassenkräfte" angesehen.

Parlamentarisch ist eine solche Lage des Gleichgewichts der Klassenkräfte zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft in Deutschland im Augenblick bis zu einem gewissen Grade da: die Gespaltenheit der Arbeiterklasse wird durch die Uneinheitlichkeit der deutschen Bourgeoisie teilweise aufgewogen. Indessen bilden diese Spaltung der Arbeiterklasse und das außerparlamentarische Uebergewicht des Bürgertums in den Zeiten der Stabilisierung des Kapitalismus die ernstesten Bedenken gegen Koalitionsregierung. Diesen Schwierigkeiten gegenüber hat die SPD. jedoch eine feste und uneinnehmbare Stellung: sie muß die Plattform ihres Wahlkampfes in unverrückbaren Mindestforderungen zusammenfassen und von da aus die Möglichkeiten der Regierungsbildung abwarten. Sie muß über die Tagespolitik hinaus ihre Forderungen einem Sinne anpassen, der einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Geschichtsphase standhält. Niemals, aber besonders heute nicht, darf also die Erörterung mit der Fragestellung: Regierungsbildung oder nicht beginnen. Innerparteiliche Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit den Gegnern enden mit der Entscheidung dieser Frage.

Die deutsche Republik ist durch die Niederlage der sich in ihr häuslich niederlassenden Republikfeinde auf absehbare Zeit stärker gesichert als durch den Opportunismus eben dieser ihrer Gegner; die Möglichkeiten für ihre Erfüllung mit sozialem Inhalt haben sich verbessert. Aber man muß sich darüber klar sein, daß dieser soziale Inhalt jeder bürgerlichen Partei abgerungen werden muß, daß er auch in der Koalition nur das Ergebnis proletarischen Klassenkampfes sein kann. Sozialer Inhalt der Republik kann sich heute nur noch in Maßnahmen ausdrücken, die Etappen auf dem Wege zum proletarischen Sozialismus darstellen. Sozialer Inhalt der Republik ist nicht Sozialismus, aber er muß in Richtung auf den Sozialismus hin gelegen sein. Konsequent sozial denken, heißt heute die Interessen des Proletariats wahrnehmen, dessen oberstes Interesse der Sozialismus ist. Wir können die sozialistische Republik heute noch nicht schaffen, wir können noch weniger „den Sozialismus" zur Verhandlungsgrundlage mit bürgerlichen Parteien machen. Schaffung des Sozialismus ist ein Programm für Jahrzehnte, vielleicht für ein oder mehrere Jahrhunderte. Der sozialistische Neubau der Gesellschaft ist nicht auf dem Wege der Koalition, sondern nur durch Alleinherrschaft einer in sich einheitlichen Arbeiterklasse zu schaffen. Aber entschieden soziale Gegenwartsforderungen können wir stellen im Vertrauen auf den in ihnen steckenden sozialistischen Keim, und sie müssen wir zur Bedingung jedes Zusammenarbeitens mit bürgerlichen Parteien machen.

Man wende nicht ein, durch solche Forderungen werde der Verhandlungsgegner nur kopfscheu gemacht, durch die Betonung ihrer Tendenz hänge man unnötig der „Katze die Schelle um". Bei zwölf Millionen proletarischen Wahlstimmen trägt die Katze die Schelle, und — das Bürgertum versteht zu hören. Es hat doch nur die Wahl, sich einer unvermeidlichen Entwicklung mit seinen bekannten, nicht allzu zarten Mitteln entgegenzustellen oder in seinen einsichtigeren Teilen sich dieser Entwicklung auf einer bestimmten Wegstrecke anzupassen. Nach der Epoche der Verwirrung arbeiten sich die Klassenfronten wieder klar heraus: große Massenscharen sich wieder um das Banner des Sozialismus. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Massen uns in fester Führung einzugliedern, die heute noch bloß stimmungsrevolutionäre Arbeiterschaft für uns zu gewinnen und auch den Mitläufern zu zeigen, daß für ihre Interessen gekämpft wird. Selbst Rückschläge aber im programmatisch klaren Kampfe können die Quelle künftiger und endgültiger Siege werden.

Die SPF. geht in Opposition.

Die Linke des französischen Sozialismus durchgedrungen.

Paris, 30. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Der sozialistische Parteitag in Toulouse hat Dienstag mit der Annahme einer Einheitsresolution, deren Abfassung nach bewegten Debatten im Schoße der Kommission erst in den Abendstunden gelungen war, seine Arbeiten beendet. Die Vollsitzung mußte von 5 auf 7 Uhr und dann auf 9 Uhr abends verschoben werden. Die Annahme der Entschließung erfolgte einstimmig mit Ausnahme einer Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen, nachdem vorher ein Antrag der Resolutionskommission angenommen worden war, in dem die Kammerfraktion zur Prüfung der Einführung des Proportionswahlrechts aufgefordert wird. Die nunmehr angenommene Entschließung der Sozialistischen Partei nimmt mit sicherer Energie gegen die Nationale Union und gegen den Kommunismus Stellung und fordert zu planvoller Opposition in der Kammer auf, die alle Gegner endlich zur Entscheidung zwingen und Klarheit schaffen werde. Der Trennungsstrich nach rechts wird nur durch die Feststellung gemildert, daß es einige „rechtsradikale Sozialisten" gäbe, sowie durch die Versicherung, daß die Fraktion im Parlament im Einvernehmen mit den Gewerkschaften für das Wirtschaftsprogramm der Partei kämpfen werde. Sehr scharf ist die Kritik des Kommunismus, der die wohlverstandenen gemeinsamen Ziele verrate. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, **daß die Reaktion nur dank der Hilfe der Kommunisten solche Erfolge davontragen konnte.** Die Sozialistische Partei, so wird gesagt, wird allen ihren Gegnern das Programm der Tat entgegensetzen. Der Grundton der Entschließung ist stolz auf die in der Vergangenheit vollbrachte Leistung der Partei und frohe Siegeszuversicht.

Die kommunistische „Humanité" wagt demgegenüber heute zu schreiben: „Der Parteitag und die angenommenen Resolutionen zeigten, daß die Sozialisten endgültig in das Lager der Bürgerlichen übergegangen seien."

Schweres Versagen der Sowjetwirtschaft.

Bemerkenswerte Eingeständnisse des russischen Volkskommissars für die Landwirtschaft.

Der russische Volkskommissar für die Landwirtschaft, Kubjak, hat auf einem Kongreß über „Kollektive Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe" festgestellt, **daß es nicht gelungen ist, von den 21,3 Millionen Tonnen Getreide, die an den Markt gebracht worden sind, die geplante Menge in die Hand des Staates zu bringen.** Als Planziffer nannte Kubjak 12,13 Millionen Tonnen. Da das tatsächliche Ergebnis nach anderen Ziffern ungefähr 10,3 Millionen Tonnen betrug, so stellte sich das Defizit gegenüber dem Plan auf etwa 1 800 000 Tonnen. Kubjak gab der Besorgnis Ausdruck, daß bei fallender Tendenz der Getreideaufbringung es nicht möglich sein werde, die notwendigen 820 000 Tonnen Getreide während der Monate Juni, Juli, August zu sammeln. Dieser Umstand werde die Versorgung der Industriestädte sehr schwierig gestalten. Er beklagte dann die sehr niedrige Ertragziffer der russischen Landwirtschaft, die ungefähr dem Status von Afrika gleichkomme.

Die Hamburger Behörden und Schwarz-Rot-Gold.

Hamburg, 29. Mai. Senat und Bürgerschaftsvorstand haben beschlossen, Einladungen zu Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, nur anzunehmen, wenn die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold auf ihnen gebührend gezeigt werden.

Keine Dawesanrechnung des liquidierten Eigentums.

Amsterdam, 29. Mai. Das internationale Schiedsgericht im Haag schloß sich heute in seinem Urteil der Ansicht der Reparationskommission an, nach der die Gutschriften aus dem liquidierten deutschen Eigentum im Ausland, die nach dem Inkrafttreten des Dawes-Abkommens erzielt wurden, nicht auf die Jahreszahlungen nach dem Dawes-Abkommen anzurechnen sind.

Ein italienisch-türkischer Nichtangriffspakt.

In Rom ist am Dienstag der italienisch-türkische Nichtangriffspakt und Schiedsgerichtsvertrag von Mussolini für Italien und vom türkischen Botschafter in Rom für die Türkei unterzeichnet worden.

Tagung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie tritt am 6. Juni in Köln zusammen. Die Tagung wurde bereits vor mehreren Monaten im Zusammenhang mit der „Pressa" beschlossen. Die Behauptung deutschnationaler Blätter, daß sie wegen „großer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie" einberufen wurde, ist ebenso erfunden wie die Feststellung, daß die Konferenz in Köln stattfindet, „weil dort der Widerstand gegen die Große Koalition am geringsten ist". Die Wahl fiel auf Köln als Tagungsort, weil den Ausschußmitgliedern Gelegenheit gegeben werden soll, die „Pressa" und insbesondere das Haus der Arbeiterpresse zu besichtigen.

Chamberlain kommt nach Genf.

Genf, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister Chamberlain hat sein Erscheinen auf der 50. Tagung des Völkerbundsrates, die am 4. Juni beginnt, zugesagt. Frankreich läßt sich durch Paul Boncour vertreten, da Briand noch erholungsbedürftig ist.

Nach dem Inhalt unserer Forderungen als Grundlage für jede Art der Regierungsbildung aber brauchen wir nicht weit zu suchen. Sie sollten hier in ihrem grundsätzlichen Sinne, nicht in ihren Einzelheiten behandelt werden. Im Aktionsprogramm von Heidelberg sind jedoch unsere unmittelbaren Gegenwartsforderungen klar vorgezeichnet. Sie sind nicht sozialistisch, sie bedeuten entschiedene politische und soziale Reformforderungen. Aus ihnen und den unmittelbaren Wahlkampfforderungen wäre leicht ein Mindestprogramm zu gestalten, das u. a. die Punkte: Einheitsrepublik, Reichswehr- und Justizreform, gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Einkommens- und Besitzsteuern, groß angelegte Boden- und Wohnungspolitik enthalten müßte.

Um es zum Schlusse noch einmal zu sagen: auf diese Forderungen und ihren für das Proletariat deutlichen Sinn kommt alles in der jetzigen Taktik der Partei an. Nur wenn wir uns unter Vermeidung pseudogrundsätzlicher Erörterungen mit aller Energie auf der Linie dieser Forderungen sammeln, werden wir nicht nur zu siegen, sondern auch den Sieg einig auszunutzen verstehen.

Die Unruhen in Jugoslawien.

Starke Demonstrationen und schwere Zusammenstöße wegen der Verträge von Netturno.

Mussolinis Balkanpolitik, die darauf ausgeht, die Balkanstaaten zum Objekt seiner großen italienischen Pläne zu machen, findet bei den demokratischen Elementen der Balkanländer immer lebhafteren Widerspruch. Neuerdings ist es in allen größeren Städten Südslawiens zu erregten Kundgebungen gegen die Inkraftsetzung der Verträge mit Italien gekommen, die seinerzeit zu Netturno geschlossen worden sind. Die erfolgreichen Verhandlungen Italiens mit den Nachbarstaaten Südslawiens zur Sicherung der italienischen Vorherrschaft auf dem Balkan über Albanien hinaus haben das südslawische Volk in schwere Beunruhigung versetzt, die sich überall in Aufmärschen gegen die italienischen Konsulate und dem Herunterreißen italienischer Fahnen äußert. In Agram wurde ein Zeitungsbild Mussolinis in einer Versammlung verbrannt. In Laibach und Belgrad gab es Zusammenstöße mit der Polizei. Der italienische Gesandte in Belgrad hat der südslawischen Regierung eine Protestnote überreicht, aber er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Demonstrationen, die zum großen Teil von Studenten ausgeführt werden, durch Zwischenfälle in Italien provoziert seien. In Zara, der zu Italien geschlagenen ehemaligen Hauptstadt Dalmatiens, haben kürzlich faschistische Demonstranten jugoslawische Geschäftsläden geplündert und auch den jugoslawischen Konsul tätlich angegriffen. Auch sind in mehreren italienischen Städten die jugoslawischen Fahnen heruntergerissen worden. Der südslawische Gesandte in Rom hat Genugtuung gefordert. Die italienische Regierung hat darauf erwidert, daß sie schriftlich auf diese Forderung antworten werde.

Am Montag ist es in Belgrad zu neuen, großen antiitalienischen Demonstrationen gekommen, in deren Verlauf ein großes Aufgebot berittener Polizei und Gendarmerie blankgezogen und die Menge mit Säbelhieben auseinandergetrieben hat. Die Polizei hat, nachdem sich die Studenten in das Studentenheim zurückgezogen hatten, das Heim umzingelt. Gegen 11 Uhr nachts ist es dann zu neuen Zusammenstößen gekommen, bei denen im Verlauf eines Säbelangriffes der Polizei **vier Schwer- und 26 Leichtverletzte** als Opfer liegen blieben.

In der Sitzung der Skuptschina am Dienstag hat die demokratische Bauernkoalition unter dem Eindruck der nächtlichen Ereignisse die Regierung aufgefordert, das Parlament sofort darüber zu informieren, ob es wahr sei, daß die Regierung in der kürzesten Zeit die Konventionen von Netturno der Kammer zur Ratifizierung unterbreiten werde. Der Führer der demokratischen Bauernkoalition hat angekündigt, daß seine Partei und auch die kroatische Bauernpartei heftige Opposition entfalten und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Ratifizierung der Netturno-Konventionen zu verhindern bestrebt sein werden. **Er protestiere dagegen, daß die Gesetzgebung unter einem vom Ausland kommenden Druck genötigt sei, die Konventionen von Netturno zu ratifizieren, was eine Verletzung der Souveränität des südslawischen Staates bedeuten würde.**

Das Ende der griechischen Regierungskrise

Venizelos gegen Mussolini.

Die Regierungskrise in Griechenland ist beigelegt. Zaimis hat mit Zustimmung des Staatspräsidenten Konduriotis seine Demission zurückgezogen. Zaldaris, der Führer der Monarchisten, hatte sich bereit erklärt, die Regierung unter der Bedingung zu unterstützen, daß sie keine liberale Unterstützung annehme. Die Regierung gab diese Zusicherung nicht, und so gehen die Monarchisten in die Opposition. Venizelos unterstützt die Regierung, nachdem sie zugesagt hat, nicht in Beziehungen zu den Monarchisten zu treten.

Die Regierung Zaimis ist nunmehr in den Händen Venizelos', der die Führung der Liberalen Partei übernommen hat. Er ist ganz offenbar nach Griechenland zurückgekehrt, um Mussolinis Balkanpläne im Einverständnis mit Frankreich zu durchkreuzen. Mussolini hatte mit Griechenland einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen, und es stand auch ein ähnlicher Vertragsabschluß Griechenlands mit der Türkei bevor. Das paßte Frankreich nicht in den Kram, und so wurde Venizelos aktiv, der außenpolitisch immer die Geschäfte Frankreichs besorgt. Venizelos ist keineswegs ein zuverlässiger Republikaner. Er hat zwar den König Konstantin im Jahre 1917 zur Abdankung gezwungen, aber hat dann im Jahre 1924 nach der endgültigen Abdankung Konstantins auch den Versuch gemacht, die Monarchie gegen die Republik zu retten.

Der Untergang der Demokraten.

Uns wird geschrieben:

Nur in zwei von fünfunddreißig Wahlkreisen ist es den Demokraten am 20. Mai gelungen, einen — allerdings sehr geringfügigen — Stimmenzuwachs zu erzielen. Sonst ist in ganz Deutschland ein demokratischer Wählerschwund zu verzeichnen, der in den meisten Fällen ernste Formen und in einigen Fällen sogar katastrophale Dimensionen angenommen hat. Die Demokratische Partei hat genau wie das Zentrum und wie die Deutsche Volkspartei 7 Mandate, also rund 400 000 Stimmen, in den letzten vier Jahren eingebüßt. Ein solcher Verlust ist natürlich viel empfindlicher und gefährlicher für eine Partei, die 33 Mandate im letzten Reichstage zählte, als für eine Partei, die 69 oder 50 Mandate besessen hat.

Wir stehen damit einer Erscheinung gegenüber, die sich nicht auf Deutschland beschränkt, sondern internationalen Charakter trägt: **der bürgerliche Liberalismus ist zum Absterben verurteilt.** Er wird zwischen den beiden Mühlsteinen der sozialistischen Arbeiterbewegung und des reaktionären Kapitalismus unaufhaltsam zerrieben. Sein Zeitalter ist überwunden, das Rad der Weltgeschichte läßt sich nicht nach rückwärts drehen. Auch jene, die von einer Wiedergeburt des Liberalismus in England träumen, geben sich Illusionen hin. Mag auch die Partei Lloyd Georges zurzeit einige Erfolge bei Nachwahlen feiern; dabei handelt es sich zweifellos nur um ein vorübergehendes Aufflackern. In England ist die Liberale Partei ebenfalls nur eine Uebergangsstation von enttäuschten konservativen Wählern zur Arbeiterpartei.

Ebensowenig ist das Beispiel der Radikalen in Frankreich, die sich bei den Neuwahlen im April behauptet haben, schlüssig, denn die französischen Radikalen sind in der Hauptsache eine Bauernpartei. In den Städten verlieren sie an Bedeutung mit jeder neuen Wahl. Ihre bisherigen Anhänger gehen scharenweise — übrigens auch auf dem flachen Lande — zur sozialistischen Arbeiterbewegung über.

Man muß daher mit einem allmählichen Verschwinden der bürgerlichen Demokraten als mit einer Tatsache rechnen. In Deutschland haben es die Demokraten besonders schwer, viel schwerer namentlich als in Frankreich und England, weil es bei uns eine besonders starke organisierte sozialistische Arbeiterbewegung gibt. Der Krieg hat dem bürgerlichen Mittelstand einen tödlichen Stoß versetzt. [...] den bürgerlichen Liberalismus ist, soziologisch betrachtet, kein Platz mehr unter der Sonne. Der Mittelstand ver[...] dennoch krampfhaft, seine Stellung zu behaupten und glaubt [...] Teil seine Zuflucht in der Wirtschaftspartei zu fin[...] die ohne politische Ideen und Ambitionen für r[...] materielle Interessen zu kämpfen vorgibt. Schon hat die W[...] schaftspartei die Demokraten an Stärke nahezu erreicht, a[...] auch die Wirtschaftspartei wird die Proletar[...] sierung des Mittelstandes nicht aufhalt[...] können.

Politisch betrachtet, kann die Demokratische Pa[...] noch eine Rolle spielen, besonders in Deutschland, wo die Bildu[...] einer reinen Arbeiterregierung zurzeit noch nicht möglich [...] Aber sind die Demokraten dieser Aufgabe g[...] wachsen? Die letzten vier Jahre gestatt[...] leider nicht, diese Frage zu bejahen. Die Poli[...] der Demokraten gegen die Reaktion war nicht aufrüttelnd [...] nicht einheitlich. Wir erinnern nur an die jahrelan[...] Tolerierung Geßlers, wir erinnern an die klägli[...] Rolle von Frau Gertrud Bäumer und [...] Dr. Heuß zum Schund- und Schmutzgesetz und d[...] noch jammervollere des Herrn Külz; wir erinne[...] an die völlig passive Beteiligung der Dem[...] kraten Sachsens und Thüringens an d[...] dortigen Bürgerblockregierungen.

Das und noch andere Dinge sind an der demokratisch[...] Wählerschaft nicht spurlos vorübergegangen und haben den gan[...] Nutzen, den die Demokratische Partei aus ihrer Opposition[...] stellung gegen das Bürgerblockkabinett im Reiche ziehen konn[...] wieder aufgehoben. Die wenigen Arbeiter und Angestellten [...] den Hirsch-Dunckerschen Verbänden und dem Ge[...] die noch den Demokraten die Treue hielten, wenden sich langs[...] von ihnen ab und verstärken die Reihen der Sozialdemokrat[...] Die Demokraten stützen sich nur noch auf dem Lande auf ein[...] aufgeklärte Teile der Bauernschaft — soweit diese nicht die Reih[...] der neugegründeten Deutschen Bauernpartei verstärken — und [...] den Städten auf republikanische Beamte und auf einen Teil d[...] Kaufmannschaft, besonders der israelitischen. Aber selbst di[...] Kreise sehen immer mehr ein, daß sie in der Sozialdemokra[...] einen viel stärkeren Rückhalt finden. Sogar die einzige Großmach[...] über die die Demokraten noch verfügen, die großstädtische Pressekonzerne, haben die demokratische Wahlniederla[...] in ihrem unmittelbaren Wirkungskreis nicht aufhalten könne[...] siehe Berlin, siehe Frankfurt!

Poincaré für das Kolmarer Fehlurteil.

Poincaré hat auf ein Huldigungstelegram[...] einer nationalistischen Soldatenorganisatio[...] geantwortet: Das Urteil des Schwurgerichts vo[...] Kolmar werde vollzogen werden und die Regierung wer[...] die elsässischen Geschworenen nicht durch eine Desavouierun[...] beleidigen. Ehe die Geschworenen von Kolmar den Spru[...] fällten, wurde ihnen von Paris her auseinandergesetzt, daß [...] Franzosen seien. Als Franzosen sollten sie sich in d[...] Zwangslage versetzt sehen, die Vorbedingungen für die Ve[...] urteilung der elsässischen Autonomisten zu schaffen. Je[...] stellt sich Poincaré schützend vor sie, weil sie Elsässer si[...] Eine Rabulistik, die eines Advokaten wahrhaft würdig ist.

Achtung! Eltern!

Am Sonntag, den 17. Juni finden in Preußen die Elternbeiratswahlen statt. Die Schulreaktion rüstet mit größter Energie, um bei diesen Wahlen einen Erfolg zu erzielen. Bei der allgemeinen Gleichgültigkeit, die leider weite Kreise der Elternschaft gegenüber den Elternbeiratswahlen zeigen, haben die sogenannten „Christlich-Unpolitischen" eine Reihe von Scheinerfolgen erzielt. Sie haben diese Erfolge benutzt, um ihrer verfassungswidrigen Verkirchlichung des Schulwesens eine „demokratische" Begründung zu geben. Wo die freiheitlichen und sozialdemokratischen Eltern aufgepaßt haben, sind die Erfolge nicht ausgeblieben. In Hamburg hat die Liste Schulaufbau eine überwältigende Mehrheit erzielt. **Also sozialistische und freiheitliche Eltern, organisiert sofort den Kampf!**

Fordert durch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer oder durch das Parteisekretariat das vom Hauptvorstande der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer herausgegebene Referentenmaterial, das die amtlichen Bestimmungen für die Elternbeiratswahlen enthält.

Vor den Elternbeiratswahlen finden zwei amtlich[...] Elternversammlungen statt. Die zweite Versammlun[...] ist besonders wichtig, da in ihr der Wahlvorstand ge[...] wählt wird. Sorgt dafür, daß zuverlässige sozialistisch ode[...] freiheitlich gesinnte Eltern darin vertreten sind!

Vor allem aber stellt für alle Schulen eine Wahlliste unter dem Namen „Schulaufbau" oder „Schulfortschritt" ordnungsgemäß (die notwendige Anzahl von Kandidaten und Unterschriften) auf und reicht sie zu dem richtigen Termin beim Wahlvorstand ein.

Bei den letzten Wahlen sind die meisten „christlich-unpolitischen" Siege dadurch erzielt worden, daß versäumt wurde rechtzeitig eine Gegenliste einzureichen. Ist nur eine Liste eingereicht, dann gilt sie als gewählt. Für die Aufstellung der „christlich unpolitischen" Liste sorgen schon die Geistlichen, sehr häufig in Verbindung mit reaktionären Schulleitern und Lehrern. **Sozialistische Eltern, legt diesen politischen Finsterlingen das Handwerk!**

Vor allem aber rüttelt alle Säumigen auf. **Wer der Wahl fernbleibt, unterstützt die Schulreaktion und bereitet den Boden für ein reaktionäres Reichsschulgesetz.**

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyrigth 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

146 (Nachdruck verboten.)

Bunny fuhr mit dem Zug nach Paris zurück, sandte zwei Telegramme ab, die seine Rückkehr ankündigten, eines an Ruth Watkins, eines an Rachel Menzies; er wollte keine bevorzugen. Dann kaufte er eine Zeitung und las ein kurzes Telegramm: „Große kalifornische Petroleumfeuersbrunst". Ein Blitz hatte in einen der Tanks der Roß Consolidated Erdölgesellschaft in Paradise eingeschlagen, und da ein heftiger Wind wehte, war es unmöglich gewesen, die Tankfarm zu retten. Möglicherweise würde das ganze Feld zerstört werden.

Im Hotel fand Bunny ein Telegramm aus Angel City: „Unmöglich Schaden schon jetzt bestimmen, alles versichert, kein Grund zur Beunruhigung. J. A. Butler." Das war noch immer Vernes Unterschrift, wenn er spielerisch gelaunt war. Bunny telephonierte die Botschaft an den Vater weiter mit der Frage, ob er noch warten solle. Der Vater jedoch verneinte, er könne alles durch Kabel oder Brief erledigen und wäre froh, wenn Bunny sich an Ort und Stelle befände. „Alles Liebe und gute Wünsche" lautete der Schlußsatz; das waren die letzten Worte, die der Vater dem Sohn sagen sollte, ausgenommen durch die Vermittlung der Geister.

X.

Bunny fuhr auf einem jener schwimmenden Hotels mit Mahagonimöbeln, Seidenbrokaten und Kissen und einer vornehmen, kostspielig gekleideten, in Juwelen erstrahlenden Gesellschaft. Bald gerieten die Zungen in Bewegung: „Sein Vater ist der Petroleummann in Kalifornien; es heißt, daß er dort ganze Felder besitzt. Aber das eine brennt eben, den Zeitungen nach. Ja, der Roß, der in den Skandal verwickelt war, Sie erinnern sich doch. Er hält sich seit einem Jahr im Ausland auf. Der Sohn kann selbstverständlich nach Amerika zurück. Er soll einer der Geliebten von Viola Tracy gewesen sein, sie soll ihm kürzlich den Laufpaß gegeben haben und jetzt einen rumänischen Prinzen heiraten. Sieh, daß du ihn einfangen kannst, Mollie."

Alle Leute waren reizend zu Bunny; entzückende junge Mädchen tanzten bis in die frühen Morgenstunden mit ihm oder promenierten auf Deck, waren gerne bereit, die dunklen Ecken aufzusuchen. Den ganzen Tag umschwärmten sie ihn, warfen ihm schüchterne oder verführerische Blicke zu, interessierten sich für alles, was ihn interessierte, ja sogar für das Buch, in dem er las, wenn er nur bereit war, darüber zu reden, statt darin zu lesen. Einige behaupteten sogar, daß sie sich für Sozialismus interessierten; sie wüßten zwar nicht viel darüber, seien aber begierig, mehr zu erfahren. So ging es bis zum zweiten Morgen der Fahrt, da der junge Sozialist ein drahtloses Telegramm erhielt, das ihn von der vornehmen Gesellschaft entfernte:

„Vater schwer an doppelseitiger Lungenentzündung erkrankt haben besten medizinischen Beistand werde dich weiter benachrichtigen innigste Teilnahme und Grüße Alyse."

Nun wanderte Bunny allein auf dem Verdeck hin und her, litt die Qualen der Reue, die ihm Vernon Roscoe prophezeit hatte. Sicherlich hätte er gegen den guten alten Mann liebevoller, geduldiger sein können! Sicherlich wäre es möglich gewesen, mehr Verständnis für ihn zu haben, ihm mehr zu helfen! Nun trennte sie das Schicksal; mit jedem Tag wurde die Entfernung zwischen ihnen um etwa fünfhundert Meilen größer, — und mit jedem Augenblick konnte sie von unermeßlicher Weite werden. Der Vater selbst mußte es gefühlt haben; Bunny dachte an den Abschied, erkannte, daß der Vater an den Tod gedacht und ihm den letzten guten Rat gegeben hatte.

Zuerst verspürte Bunny nur Reue. Dann allmählich kam es wieder zu dem alten, alten Kampf, der Bunnys Geist zerriß. War es möglich, daß Menschen auch fürderhin das tun, was der Vater bei der Leitung seiner Geschäfte getan hat? Konnte eine Ordnung bei einer derartigen Bestechung der Regierung bestehen? Nein, das war unmöglich; dann aber hätte er, Bunny, energischer liebevoller den Vater daran zu hindern versuchen müssen. Aber in welchem Augenblick? Der Vater hatte ja immer, seitdem Bunny sich erinnern konnte, die Regierung bestochen. Alle Petroleumunternehmer bestachen die Regierung, alle großen Geschäftsleute, entweder vor oder nach den Wahlen. In welchem Augenblick des Lebens soll ein Knabe seinem Vater sagen: deine Methode ist falsch, laß mich dein Leben leiten?

Es gab für Bunny hier keinen neuen Gedanken, an den er sich hätte klammern können, genau wie beim Bruch mit Vi Tracy. Nur Kummer und das Leid der Einsamkeit. Die alten Dinge verschwanden, wohin? Dieses Geheimnis konnte einem Schwindel verursachen; man stand am Rand eines Abgrunds und blickte in die Tiefe. Wie unglaublich, daß der Vater, der so wirklich, der so lange ein Teil seines Lebens gewesen war, plötzlich verschwinden, zu sein aufhören könnte! Zum erstenmal fragte sich Bunny, ob Alyse mit ihren Geistern nicht dennoch recht habe.

Am Abend kam eine zweite Nachricht: „Befinden unverändert werde dich weiter benachrichtigen Teilnahme und Grüße." Die letzten Worte fehlten in keinem Telegramm. Am folgenden Tag war das Befinden des Vaters noch immer unverändert, die Krise wurde für den nächsten Tag erwartet. Am nächsten Tag hieß es, das Befinden habe sich verschlechtert, und am folgenden Morgen telegraphierte Alyse: „Der Geist deines Vaters ist aus dieser Welt in die nächste gegangen aber er wird nie aufhören dir zur Seite zu sein er sprach noch zuletzt von dir versprach wenn du in Angel City mit einem guten Medium in Verbindung trittst dein Leben zu lenken. Wie immer in Liebe Alyse." Dann kam noch eine Botschaft von Bertie: „War bei Vaters Tod zugegen er hat mir verziehen hoffe auch du verzeihst mir Bertie."

Als Bunny dies gelesen hatte, mußte er in seine Kabine eilen. Dort lag er auf dem Bett und weinte wie ein kleines Kind. Ja, telegraphierte er an Bertie, er verzeihe ihr.

20. Kapitel.

Die Enteignung.

I.

Bunny war ganz allein in der brüllenden, tobenden Stadt Newyork, wo es sechs oder sieben Millionen Menschen gab, von denen er fast niemanden kannte. Reporter erschienen selbstverständlich in Hülle und Fülle; das gibt eine erschütternde Geschichte: wie das Schicksal einen der Petroleummagnaten den Senatsinquisitoren entreißt. Das Ende einer erbitterten Präsidentschaftswahlkampagne nahte, die geringfügigste Einzelheit über den Petroleumskandal war von Interesse. Bunny erhielt auch viele Beileidstelegramme, von Verne und Annabelle, von Paul und Ruth, von Rachel und ihren Angehörigen, ja sogar eines von der Fürstin Marescu, die mit altvertrauter Innigkeit Bibi unterzeichnete.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kämpfe in China.

Nanking gegen Japans Ansprüche auf die Mandschurei.

Die chinesische Nationalregierung hat nunmehr auf die japanische Note bezüglich Aufrechterhaltung der Ordnung in der Mandschurei geantwortet. Die Nationalregierung weist in dieser Antwort darauf hin, daß die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Mandschurei einzig und allein die nationalistische Regierung angeht. Die Warnung der japanischen Regierung, daß sie zur Aufrechterhaltung ordnungsmäßiger Zustände in der Mandschurei die für geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreifen würde, stelle nicht nur eine Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten dar, sondern verletze auch das Prinzip der Achtung der territorialen Souveränität.

Tsingtau von den Nordtruppen geräumt.

Peking, 30. Mai. Marschall Tschangtsolin hat seinen Truppen befohlen, die Stadt Tsingtau zu räumen. Die Räumung ist bereits durchgeführt. Die Truppen sind nach Peking abbefördert worden. Diese Maßnahme erfolgte auf Grund einer Abmachung zwischen Tschangtsolin und dem japanischen Oberbefehlshaber in China, Marschall Ogaki.

Abberufung der amerikanischen Streitkräfte aus China.

Peking, 29. Mai. Der hiesige amerikanische Gesandte hat der Pekinger Regierung mitgeteilt, daß Amerika seine Truppen aus China zurückziehen werde. Der Abtransport der Truppen soll Ende Juni beginnen und bereits im Juli abgeschlossen sein. Dieser Schritt wird hier so ausgelegt, daß Amerika das Vorgehen Japans gegen China nicht zu unterstützen gewillt sei.

Wie weiter gemeldet wird, ist die russische Division des Generals Semjonow, die zum größten Teil aus ehemaligen russischen Offizieren besteht, an die Peking—Hankau-Front abgegangen, um entscheidend zugunsten Tschangtsolins einzugreifen.

Tschangtsolin hat den Vormarsch angetreten.

Peking, 29. Mai. Nach sorgfältiger Artillerievorbereitung haben die Truppen Tschangtsolins am Pfingstsonntag den Vormarsch gegen die Linie Peking—Hankau angetreten. Tschangtsolin soll beabsichtigen, gleichzeitig auch gegen die Linie Peking—Kalgan vorzugehen. Pressevertretern gegenüber erklärte der Marschall, daß er noch in dieser Woche nach Peking zurückzukehren beabsichtige. In den Kämpfen mit den Südtruppen verwandten die Truppen der Nordarmee Tränengas.

Kein japanisch-chinesisches Abkommen über die Nordmandschurei.

Tokio, 29. Mai. Das japanische Außenministerium erklärt, daß es keinerlei besondere Abkommen mit Tschangtsolin über die Nordmandschurei getroffen habe. Solche Abkommen könnten nach Ansicht der Regierung nur getroffen werden, wenn in Peking eine allgemein anerkannte chinesische nationale Regierung eingesetzt werde.

Japan über seinen Konflikt mit China.

Genf, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Vertreter Japans im Völkerbundsrat überreichte dem Völkerbundssekretariat einen Schriftsatz seiner Regierung, in dem der chinesisch-japanische Konflikt geschildert wird. Darin heißt es unter anderem:

„Die Ausländer in China können sich gegenwärtig nicht mehr auf den Schutz ihres Lebens und ihres Eigentums durch die chinesische Autorität verlassen. Es ist darum unvermeidlich, daß Japan mit seinen starken Interessen und der großen Anzahl seiner Staatsangehörigen in China sich bemüht, mit eigener Kraft seine Staatsangehörigen und seine wohlerworbenen Rechte zu schützen. Die Entsendung japanischer Truppen ist einzig und allein eine Maßnahme des Selbstschutzes. Die Plünderung eines japanischen Hauses durch Soldaten der Südarmee war die Ursache des Zwischenfalles von Tsinanfu. Die Südtruppen griffen nach ihrem Einrücken in Tsinanfu die dortigen schwachen japanischen Kräfte und die japanischen Staatsangehörigen an. Sie ermordeten mehr als zwölf japanische Staatsbürger, darunter Frauen, und plünderten mehr als hundert japanische Häuser. Die im April eingetroffenen japanischen Verstärkungen bemühten sich, den größten Teil des Fremdenquartiers von Tsinanfu zu schützen. Der chinesische General Tschiangkaischek schlug dem japanischen Kommandanten am 2. Mai vor, daß er die Ordnung mit seinen Kräften aufrecht erhalten wolle, worauf die japanischen Truppen zurückgezogen wurden. Aber am 3. Mai plünderten reguläre chinesische Truppen ein japanisches Haus. Von hinzukommenden japanischen Patrouillen angegriffen, flüchteten sie in eine benachbarte chinesische Kaserne, von der aus sie auf die Japaner zu feuern begannen. Die Feindseligkeiten dauerten bis zum 5. Mai. Die Chinesen schossen von verschiedenen Stellen auf japanische Soldaten, ermordeten japanische Staatsbürger und plünderten japanische Häuser. Unter diesen Umständen verlangte der japanische Kommandant die Zurückziehung der chinesischen Truppen auf eine Distanz von sieben englischen Meilen von Tsinanfu und der Eisenbahn nach Schantung. Dieses Verlangen wurde nicht nur nicht erfüllt, sondern chinesische Soldaten und Zivil setzten ihre Angriffe und ihre Plünderungen bis zum 11. Mai fort und konnten nur durch Anwendung von Artillerie überwältigt werden. Es sind 14 japanische Staatsbürger getötet und 131 japanische Häuser geplündert worden. Die sogenannte Ermordung des südchinesischen Kommissars geschah im Verfolg eines chinesischen Angriffes auf eine japanische Patrouille. Mehr als 12 Chinesen schossen auf diese Patrouille, die das Feuer erwidern mußte und ihre Gegner überwältigte. Man weiß nicht, ob sich der südchinesische Kommissar unter den bei diesem Feuergefecht Getöteten befindet." — Die chinesische Behauptung von der Verstümmelung des Kommissars weist die japanische Darstellung schließlich als eine Tat, die dem Charakter und den Sitten des japanischen Volkes widerspricht, zurück.

Man nimmt in Genf an, daß mit dieser japanischen Antwort die Eingabe des südchinesischen Außenministers an den Völkerbund erledigt ist, da bisher keine vom Völkerbund anerkannte Macht ein Verlangen auf Weiterverfolgung der Angelegenheit gestellt hat.

Woldemaras wortbrüchig.

Er führt die neue Verfassung diktatorisch aus.

Riga, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Woldemaras, der litauische Diktator, hatte seinerzeit angekündigt, daß er die geplante Verfassungsänderung durch eine Volksvertretung gutheißen lassen würde. Nunmehr ist auf diktatorischem Wege die neue Verfassung in Kraft gesetzt worden. Smetona, der jetzige Präsident, der 1920 seine Unterschrift unter die demokratische Verfassung des Staates Litauen setzte, hat die diktierte Verfassung unterschrieben. In dieser Verfassung werden die Rechte des Staatspräsidenten und der Regierung ausgedehnt, während die der Volksvertretung eingeschränkt werden. Wilna wird als Hauptstadt Litauens bezeichnet, Verträge mit fremden Mächten bedürfen nicht der Ratifizierung durch den Sejm. Der Staatspräsident wird weder vom Volk noch vom Sejm, sondern von einer „besonderen Volksvertretung", einer regierungsfrommen Institution, gewählt. Falls der Sejm es verlangt, muß die Regierung zurücktreten, ein Mißtrauensvotum gewinnt nur dann verfassungsrechtliche Kraft, wenn es eine Drei-Fünftel-Majorität findet. Die neue Verfassung enthält im übrigen keine Garantie für die Meinungs-, Vereins- und Versammlungs- und Pressefreiheit.

Die schlesische Hochwasserkatastrophe

Nicht übersehbarer Hochwasserschaden in allen Teilen Niederschlesiens. — Hochwasser auch jenseits der Sudeten. — Ein Todesopfer in Schmiedeberg.

In den letzten zwei Tagen vor dem Pfingstfest gingen im hiesigen Gebiet ungeheure Wassermassen nieder, so daß alle Bäche und Flüsse zu reißenden Gewässern anschwollen. Das von den Bergen herabkommende Wasser sammelte sich in den Tälern und überschwemmte an sehr vielen Stellen, aus den Ufern tretend, ganze Geländestriche. Die an den Bachläufen liegenden Gebäude wurden durch das in großer Menge eindringende Wasser zum Teil schwer beschädigt. In der Stadt Waldenburg ist erheblicher Schaden bei in Angriff genommenen Kanalisationsarbeiten entstanden, da das Wasser im Bach keinen Abfluß fand und über die Ufer trat. Gärten, Wiesen und zum Teil auch Straßen wurden völlig unter Wasser gesetzt. Auch aus den umliegenden Ortschaften sind Ueberschwemmungen gemeldet worden, die schweren Schaden angerichtet haben. Die Feuerwehren mußten Tag und Nacht arbeiten, um an den besonders gefährdeten Stellen das Schlimmste zu verhüten. Von dem Ausmaß der niedergegangenen Wassermassen zeugt am besten die Tatsache, daß die Talsperre bei Kynau so hoch mit Wasser gefüllt war, daß der Wasserspiegel fast die Höhe der um das Stauwehr herumführenden Chaussee erreichte. Der Garten der Talsperrenbaude lag etwa ¼ Meter über dem Wasserspiegel. Die eingerichteten Badekabinen schwammen auf dem Wasser, aus dem die angepflanzten Fichten an den Ufern des Wehres nur mit den Spitzen herauslugten. Das Café „Südafrika" war derartig vom Wasser umspült, daß es nur durch einen provisorisch hergestellten Bretteristeig zu erreichen war. Im Weistritztal waren verschiedene Gebäude bis zur halben Höhe der Haustür vom Wasser umspült.

Am allerschlimmsten hat sich das Unwetter in der Stadt Schweidnitz und im Landkreis Schweidnitz bis nach Reichenbach hin ausgetobt. In breiter Front wälzte sich das Wasser der Peile durch die Niederung und richtete viel Unheil an dadurch, daß es an unzähligen Stellen über die Ufermauern sprang und Dämme durchbrach und sich eigene Wege suchte. Ungeheure Flächen wurden überschwemmt und oft war, soweit das Auge reichte, weiter nichts als Wasser zu sehen. Ungeheurer Schaden ist auf fruchtbarem Ackerland, auf grünenden Wiesen und in blühenden Obstgärten bei Creisau, Gräditz, Schwenkfeld und weiter flußabwärts verursacht. Im Stadtgebiet von Reichenbach schossen die Fluten in vielen Straßen in voller Breite dahin, jeglichen Verkehr unterbindend. Nur die großen Fahrbrücken waren noch passierbar. In einem Mühlenwerk wurde die Maschinenanlage überschwemmt und ein Teil des Mühlengeländes völlig überflutet.

Zwischen Reichenbach und Schweidnitz dehnte sich ein Ueberschwemmungsgebiet von 15 Kilometer Länge und mehreren Kilometern Breite aus. Die darin liegenden Dörfer waren zum Teil abgeschnitten und nur mittels Kähnen wurde der Verkehr aufrechterhalten. Die erste Heuernte ist vernichtet, die Kartoffeln vom Wasser fortgerissen, Bäume entwurzelt, und im Oberlauf der Weistritz ist sogar ein ganzes Haus von den Fluten fortgetragen worden. Erst am zweiten Pfingstfeiertag war ein Fallen des Wassers bei den verschiedenen Flüssen zu beobachten.

Auch im Katzbach- und Schwarzwassergebiet werden schwere Hochwasserschäden gemeldet. In Liegnitz mußte die Damaschkebrücke zeitweise für den Verkehr gesperrt und alle verfügbaren Feuerwehrmannschaften eingesetzt werden, um größeren Schaden zu verhüten. Fast noch größer als die Schäden der Katzbach sind diesmal die Hochwasserschäden des Schwarzwassers, das den städtischen Bruch durchfließt und dessen Wiesen vollständig unter Wasser gesetzt hat. Die in der Ausführung begriffenen Arbeiten der Regulierung des Schwarzwassers und der Anlage eines großen Bruchsees mit großer Badeanstalt sind durch das Hochwasser in Frage gestellt. In Schönau a. d. K. mußten Wohnungen und Stallungen geräumt werden. An der St. Johanniskirche hatte die Katzbach eine fast 15 Meter hohe Schutzmauer unterspült, sodaß sie einstürzte. Riesige Wassermassen führte der Steinbach. Aus dem Steinbach-Stauweiher sahen nur die Kronen zahlreicher im Wasser stehender Bäume hervor. Der Kubikinhalt der aufgestauten Wassermassen wird auf über eine Million Kubikmeter geschätzt. In Goldberg ging die Hochwassernacht zum Pfingstsonntag verhältnismäßig glimpflich vorüber. Immerhin wurden auch hier zahlreiche Ueberschwemmungsschäden angerichtet. Hinter Kossendau war am Sonntag früh die Straße Liegnitz—Goldberg unter Wasser gesetzt, sodaß Automobile und Fuhrwerke umkehren mußten. Bei Bad Hermsdorf und Station Willenberg sind längs der Bahnlinie zahlreiche Getreide- und Rübenfelder unter Wasser gesetzt. Auch die Eglitz richtete bei Schmiedeberg viel Schaden an. Am Sonnabend abend hat die Flut hier sogar ein Todesopfer gefordert. Der Stellmachermeister Reichelt wollte das Steigen des Wasserspiegels beobachten und hielt sich an einem Zaunpfahl fest. Da der Pfahl unterspült wurde, stürzte er in die Flut und wurde fortgerissen, ohne daß ihm Rettung zuteil werden konnte. Man fand die Leiche später bei Lomnitz auf einer Wiese am Gebüsch.

Gewaltige Schäden richtete das Hochwasser auch auf der böhmischen Seite des Riesengebirges, namentlich im Riesengrund an, wo fast alle Brücken und Stege weggerissen und die Bahnstrecken beschädigt wurden, so daß der Verkehr fast vollkommen unterbunden ist. Da auch die Lichtleitungen zerstört sind, hatten alle Häuser auch kein Licht. Der Schaden ist sehr groß. Bedeutende Hochwasserschäden werden aus dem böhmischen Isergebirge, Dessendorf, Tannwald und anderen Orten gemeldet.

Auch in der Trachenberger und Militscher Gegend sind große Ueberschwemmungen zu verzeichnen. Die Schutzdämme der Schäzke und Bartsch sind überflutet. Die Stadt Trachenberg selbst ist ringsherum von Wasser völlig eingeschlossen. Der Schaden, der durch die in diesen Tagen niedergegangenen ungeheuren Wassermengen in ganz Niederschlesien angerichtet wurde, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, dürfte aber in die Millionen gehen.

Große Waffenfunde.

Sie gehören dem „Stahlhelm".

Hannover, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) **In Bockenem am Harz fand die Polizei bei einer Haussuchung 114 Gewehre, zwei schwere und vier leichte Maschinengewehre sowie viel Zubehör-Ersatzteile und reichlich Munition. Die Waffen, die früher Eigentum der „Orgesch" waren und jetzt dem „Stahlhelm" gehören, sind bis in die letzte Zeit hinein vom „Stahlhelm" gepflegt und instandgesetzt worden. Das Waffenlager wurde beschlagnahmt und nach Hannover überführt.**

Aufhebung von 40 Finanzämtern.

Auf Grund einer Verordnung des Reichsfinanzministers werden in Bayern im Laufe der nächsten Woche 40 kleine bayrische Finanzämter aufgehoben werden, weil ihre Aufrechterhaltung „mit den Grundsätzen einer sparsamen Wirtschaftsführung nicht vereinbar erscheint". Die Aufhebung der einzelnen Aemter erfolgt in der Zeit vom 1. Juli 1928 bis 31. Dezember 1929.

Papen verschachert seinen politischen Einfluß

Der Hauptredakteur der „Germania", der durchgefallene Kandidat zum Preußischen Landtag, von Papen, scheint sich endgültig aus der Politik zurückziehen zu wollen. Augenblicklich hält er sich in Paris auf, um seine Aktien an den Botschaftsrat Riehl zu einem phantastischen Preise abzusetzen. Viel Glück hat er dabei bisher noch nicht gehabt.

Politischer Revolveranschlag in Kowno.

Kowno, 29. Mai. In der vergangenen Nacht wurde der Führer des Verbandes der Tautininkai, Rechtsanwalt Noreika, der Chefredakteur des durch den „Lietuvis Audas" ersetzten „Lietuvis", in einem hiesigen Café durch acht Revolverschüsse schwer verletzt, die der Kommandant des litauischen Artillerie-Regimentes auf ihn abgab. An dem Aufkommen Noreikas, der u. a. fünf Bauchschüsse erhalten hat, wird gezweifelt.

Haushaltsaussprache im Sejm mit vorgeschriebener Sprachdauer.

Warschau, 29. Mai. Heute nachmittag wurde vor dem Plenum des Sejm die Haushaltsaussprache eröffnet. Zunächst berichtete der Berichterstatter des Haushalts über den Regierungsentwurf des Haushaltsplanes, woraufhin der stellvertretende Ministerpräsident Bartel das Wort ergriff. Es wurde festgestellt, daß die Haushaltsaussprache die Dauer von 90 Stunden nicht überschreiten sollte. Einer jeden Fraktion wurde das Zeitausmaß für die Vorträge ihrer Redner bestimmt, das für die stärkeren Fraktionen länger und für die schwächeren Fraktionen kürzer begrenzt wurde. Danach wird die Regierungspartei, die stärkste, 15½ Stunden, und die kleinste Partei, Korfanty, nur eine halbe Stunde vor dem Plenum das Wort führen dürfen.

Breslauer Produktenbörse vom 29. Mai.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 29. Mai 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz: Getreide: Still. — Mehl: Ruhig. — Hülsenfrüchte: Ruhig. — Rauhfutter: Stetig. — Futtermittel: Stetig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide: (p. hl)	29.	25.	Oelsaaten:	29.	24.
Weiz. 74 kg E.G.	28,20	28,20	Mittl. Art und Güte letzt. Ernte		
Roggen 71 kg*	29,20	29,20			
Hafer*	26,20	26,20	Winterraps	—,—	—,—
Braugerste, gute	29,00	29,00	Leinsamen	—,—	38,—
Braugerste*	27,00	27,00	Senfsamen	—,—	33,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	24,00	24,00	Hanfsamen	—,—	38,—
			Blaumohn	—,—	66,—

* Mittlere Art und Güte.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	29.	25.		29.	25.
Weizenmehl	39,25	39,25	Auszugmehl	45,50	45,50
Roggenmehl	40,75	40,75			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz. feinere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter 29. 5.	Weizen 25. 5.	Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter 29. 5.	Roggen 25. 5.	Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter 29. 5.	Hafer 25. 5.	Roggenmehl nach Typen 60% 29. 5.	Roggenmehl 25. 5.
Mai	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	—	—	—	270 G	—	—	—	—
Septbr.	—	269 B	255 B	255	—	—	—	—
	—	267 G	252 G	—	—	—	—	—

Weizen, Roggen, Hafer fast geschäftslos.

Hülsenfrüchte (je 100 kg):
mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	29.	25.		29.	25.
Viktoriaerbsen	43,00-50,00	43,00-50,00	Pferdebohn.	22,00-24,00	22,00-24,00
grüne Erbsen	39,00-47,00	39,00-47,00	Wicken	23,00-25,00	23,00-25,00
kl. gelbe Erbsen	30,00-34,00	30,00-34,00	Peluschken	23,00-25,00	23,00-25,00
Futtererbsen	—	—	Lupin. gelb	15,50-16,50	15,50-16,50
weiße Bohnen	40,00-43,00	40,00-43,00	Lupin. blau	15,00-15,50	15,00-15,50

Gelbe Mittelerbsen 34,00—39,00. Hirse —. Buchweizen —.

Rauhfutter: f. 50 kg	29.	25.		29.	25.
R. u. W. Drahtpreßstr.	1,60	1,60	geb. Gerst. u. Haf.-St.	—	—
R. u. W.-Bdspreßstr.	1,45	1,45	Roggen-Str., Breidr.	2,30	2,30
G.-u. H.-Drahtpreßstr.	1,50	1,50	Rogg.-Str., Flegeldr.	—	—
G.- u. H.-Bdspreßstr.	1,40	1,40	Heu, gesund, trock., alt	—	—
geb. Weiz.- u. R.-Str.	—	—	Heu, gut. ges., neues	*4,00	*4,00

* Beste Sorten entsprechend höher.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	29.	25.		29.	25.
Weizenkleie	16,50-17,50	16,75-17,75	Biertreber	16,00-17,00	16,00-17,00
Roggenkleie	18,75-19,75	18,75-19,75	Malzkeime	16,00-17,00	16,00-17,00
Gerstenkleie	21,00-23,00	21,00-23,00	Trockenschnitzel	14,75-15,25	14,80-15,30
Leinkuch. 36%	25,25-26,25	25,25-26,25	Weizenkleiemelasse %₂₀	16,00-16,75	16,00-16,75
Rapskuch. 36%	20,50-21,50	20,50-21,50	Biertrebermelasse %₂₀	16,00-16,50	16,00-16,50
Palmk. K. 20%	21,50-22,50	22,00-23,00	Palmkernmelasse %₂₀	16,25-16,75	16,25-16,75
Sojamk. 46%	23,75-24,75	23,75-24,75	Tofumelasse %₂₀	—	—
Dt. Kokoskuchen 26%	25,00-26,00	25,00-26,00	Futter-Mais	23,75-24,75	24,00-25,00
Erd.-Palmk.-Schrot 19%	20,50-21,50	20,50-21,50	Soy.-Schrot 44%	23,00-24,00	23,00-24,00
Reisfuttermehl 24%	17,00-18,00	17,00-18,00			

Familien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Am 28. Mai verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der **Setzer**

Julius Schmidt

(Fa. Breslauer Neueste Nachrichten)

im Alter von 63 Jahren. 2448

Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 31. Mai, nachm. 4.45 Uhr, auf dem alten Bernhardinfriedhof in Rothkretscham.

Die Sänger vom Verein Gutenberg werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 27. Mai verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Stellmacher**

Heinrich Grund

im Alter von 65 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 2446

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 31. Mai, nachm. 3½ Uhr, von der Gierthschen Kapelle des Gräbschener Friedhof.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 28. Mai verstarb unser Verbandskollege, der **Arbeiter** vom W. A. II 2447

Richard Werner

im Alter von 36 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Pohlanowitzer Friedhofes.

Am Freitag, den 25. Mai, starb infolge einer schweren Operation unser Mitglied

Paul Bertlein

im Alter von 43 Jahren. 2449

Ehre seinem Andenken!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Breslau.

Einäscherung: Heute Mittwoch, nachm. 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Trauerhaus: Schweitzerstr. 22. **Distrikt 22.**

Am Sonntag, den 27. Mai, verschied unser langjähriges Mitglied, Frau

Elisabeth Schipke, geb. Brunn

im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken! 2450

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, d. 31. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle II des Oswitzer Friedhofes. Trauerhaus: Belltafelstr. 5. **Distrikt 17.**

Danksagung!

Für die überaus große Anteilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters, des Herrn **Monteur**

Ferdinand Neumann

sagen wir hiermit allen Kollegen des Metallarbeiterverbandes, sowie den Angestellten der Firma Thiergärtner und dem Distrikt 16, den Mitbewohnern des Hauses Schießwerderplatz 6 und dem Verband für Feuerbestattung und allen Verwandten unseren herzlichsten Dank!

Breslau, den 30. Mai 1928.
Schießwerderplatz 6

Frau **Berta Neumann**
nebst Kinder.

561

Die Mütter und Kinder
das **billige** pädagogische Handbuch:

Das Kind, seine Pflege und Erziehung

gebunden **0.75**

Aus dem Inhalt:
Das Kind, seine Pflege und Erziehung
Wie man Kinder erzieht
Die Mutter als Lehrmeisterin ihres Kindes
Sorgenkinder und ihre Behandlung

Zu beziehen durch die **Volkswacht-Buchhandlungen Breslau**
Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Verreist
San.-Rat **Dr. Niché**

5926

Am 3. Juni: 5958

billiger Tag i. Zoo

Eintrittspreis **50 Pf.**

Kinder unter 12 Jahr. die **Hälfte**

Gesellschaftshaus „Goldener Anker"
Ende Lohestraße Tel. St. 33590
3 Minuten von der Endstation der Linie 16
Jeden Mittwoch: **Gr. Gesellschaftstanz**
Damen wochentags Tanz frei! **P. Langer.**

Kurgarten-Kleinburg
Heute, ab 4 Uhr:
1. groß. Kinderfest
im Märchenreich.
Kaspertheater :: Reizende Kinderspiele
Umzüge u. a. m.
unter Leitung des Festonkels Drolly
Eintritt: Kinder **10 Pf.**, Erwachsene **frei**
Im Saal ab 8 Uhr:
Sommernachtsball. 5961

Bräuers Festsäle
Gabitzstraße 22 Inh.: **Paul Graeser**
Heute Mittwoch: 5979
Verkehrter Ball
Jede III. Dame erhält eine Flasche Parfüm.

Ein neuer Hodann:

Die Sexualnot der Erwachsenen

Mk. 1.00

Zu beziehen durch die

Volkswacht - Buchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 • Neue Taschenstraße 11

Kleider / Mäntel
Kostüme 5558
fertigt gut und billig an
Frau **Abratis**
Leuthenstraße 57, I.

Brennholz
ofenfertig, gibt allerbilligst ab, auch an Wiederverkäufer
Holzwarenfabrik Kottonski
Posener Straße 74. 10733

Krampfadergeschwüre, Wunden aller Art, Flechten, Hämorrhoiden, Hautjucken 5962
heilt sicher und schnell
Seif- und Kühlsalbe
hautbildend, schmerzstillend
Hygien-Apotheke
Breslau, Tauentzienstr. 91, Ecke Grünstraße.

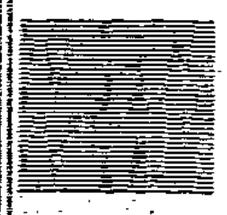
Möbel
zu billigen Preisen auf bequemste
Teilzahlung
Gegründet 1898.
Mühner
Reuschestraße 2

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Fahrräder
Triumph, Adler, Corona, Badissa u. a.
auf Teilzahlung
von 10.— M. monat. an
2.— M. wöchent. Rate
bei Barzahlung billigst
Karl Bursal jr.
Steinauer Str. 12 a
Alle gute alte Marken zu haben!

5930

Seid stolz, Volkswacht-Leser



zu sein!
Sagt es allen, daß Ihr es seid, und sagt es vor allem bei Einkäufen!

BEI VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
BERÜCKSICHTIGEN, INDUSTRIE- UND HANDEL, KOMMUNAL- UND STAATSBEHÖRDEN, KRANKENKASSEN, ARBEITER-SPORT- UND VERGNÜGUNGS-VEREINE DIE BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
BRESLAU 2, FLUERSTRASSE 4–6

Stadttheater
(Opernhaus)
Mittwoch
20 bis 22.45 Uhr:
20. Abonn.-Vorstell.
Serie G 5965
Der Postillon von Lonjumeau
Das Fest des Königs.
Donnerstag
20 bis nach 22.30:
Hoffmanns Erzählungen.
Freitag
20 bis gegen 22.45:
20. Abonn.-Vorstell.
Serie H
Mignon.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 5964
Tel. 39300.
Täglich 20 Uhr:
„Eine einzige Nacht"
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus

Lobe-Theater.
Tel.: 56747.
Täglich 20 Uhr:
Schieber des Ruhms
Tragikomödie
von Pagnol und Nivoix.
Deutsch
von Fred A. Angermayer.

Thalia-Theater
Tel.: 56747.
Täglich 20 Uhr:
Bürger Schippel
Komödie
von **Carl Sternheim.**
Titelrolle:
Rudolf Platte.
5966

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Wegen des sensationellen Erfolges verlängert!
Letzte 7 Tage!
Tugendprinzessin

Wohnungen

1 klein. leeres Zimmer
b. für ältere Frau gesucht. Off. unt. **B. 216** an die Geschäftst. d. Ztg., Flurstr. 4.

Arbeitsmarkt

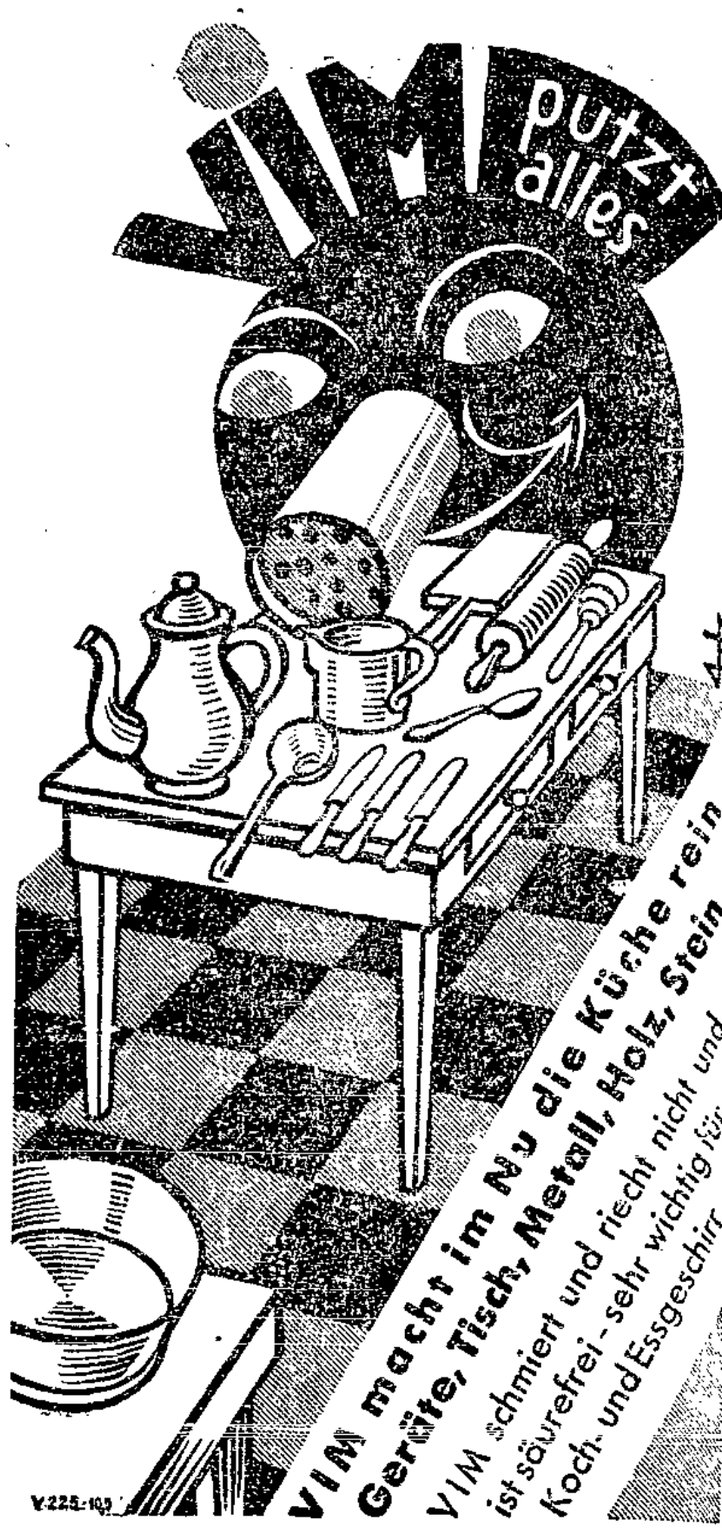
Bedienung
gesucht 560
Meyer, Kreuzstraße 40, II.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Vermietungen, Kaufgesuchen u. a. **nur von Privaten.** Wort 3 Pfennige, jetzt 4 Pfennige

Garderobenschrank, 3tür., Nußbaum poliert, mit Wäscheeinrichtg., neu, Mk. 85.—. Ufer-str. 29. Eing. d. Hausfl. (Keller)

Gut erhaltenes Sofa verkauft billig Humboldtstr. 5. 2. Etage, rechts. 25



Diese fünf Bücher für die Ferien!

Hasek: Die Abenteuer des braven Soldaten Schweyk während des Weltkrieges
6 Bde. gebd. **31.20,** brosch. **21.00**

Schnitzler: Therese . . gebd. **7.50**

Werfel: Der Abituriententag gebd. **6.80**

Zweig: Sternstunden der Menschheit . . . . . gebd. **0.90**

Gorki: Mutter brosch. **3.00,** gebd. **5.00**

Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Geeignete Arbeitskräfte

zu finden, ist keine leichte Arbeit; es ist ohne Anzeigen in einer Tageszeitung fast unmöglich. Wenn man sich aber einer solchen bedient, dann kann nur die

Volkswacht

in Frage kommen; denn sie ist die in den Kreisen der qualifizierten Arbeiter meistgelesene Zeitung. Zudem verbürgen die große Auflage und insbesondere der bedeutende Straßenverkauf den schnellsten und besten Erfolg für Arbeitsmarkt-Inserate. Die Preise sind 7 Pf. für Stellengesuche und 10 Pf. für Stellenangebote die mm-Zeile

Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Kreutzer; für die Anzeigen: Max Tuder. — Redaktion: Gründelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Sozialdemokratische Partei Groß-Breslau

Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr in den Zentralballsälen, Westendstraße **Außerordentliche Generalversammlung**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Mai 1928.

Aus dem Breslauer Schulleben.

Warum wieder Einschränkung der Schulspeisungen? — Fort mit der Prügelstrafe! — Luftfahrtunterricht an Schulen.

Es ist eigentümlich, daß in Breslau für Speisungen der Kinder so schwer Geld flüssig zu machen ist. Daß man aber mit dem Monat Mai nun wieder für die Minderbemittelten die Frühstücksspeisung durch Fortlassung des vordem gereichten Milchbrötchens gekürzt hat, ist vom sozialen Standpunkt aus unverständlich. Das Jugendamt begründet die jetzt vorgenommene Neuregelung der Schulspeisung mit der finanziellen Notlage der Stadt. Diese zwingt, soweit es sich nicht um solche Kinder handelt, die den vollen Betrag der Gruppe 1 bezahlen, zur Einschränkung. Nach den neuen Richtlinien soll in Zukunft zur Teilnahme an den Frühstücksspeisungen nur noch solche Kinder zugelassen werden, die von den Schulärzten aus gesundheitlichen Gründen für dringend speisebedürftig bezeichnet worden sind, also der Ernährungsgruppe 3 angehören. Die Schulpflegerinnen sind angewiesen, die nunmehr noch in Frage kommenden Kinder auszuwählen. Zur Verabreichung als Frühstücksspeisung gelangt hinfort nur noch ¼ Liter Vollmilch oder Kakao. Das bisher gegebene Milchbrötchen fällt also vom Mai bis Ende August zunächst fort. Sollte dieses Milchbrötchen wirklich in der Lage sein, die Finanzlage der Stadt zu bessern; sollte man wirklich, um zu sparen, kein anderes Geld finden, als diese winzigen Spargroschen unseren Kindern vom Munde zu nehmen? Wir haben hier eine Folge der viel zu knappen Etatbemessung durch die Parteien des Bürgerblocks vor uns. Die nun gewählte Stadtverordnetenversammlung wird hierin wieder einen Wandel zum Besseren herbeiführen müssen. Auch die Kinder für die Mittagspeisung sollen hinfort auf ihre Bedürftigkeit hin genauer geprüft werden. Zur Teilnahme sollen jetzt nur noch zugelassen werden: Kinder, die keine Mutter haben, Kinder, deren Mütter krank sind, Kinder, deren Mütter den ganzen Tag außerhalb des Hauses auf Arbeit sind, Kinder, deren Mütter nicht imstande sind, ihnen ein warmes Mittagessen zu geben, solche Kinder, die aus zerrütteten häuslichen Verhältnissen stammen und für die niemand sorgt. Die Mittagspeisung wird am Schlusse des Unterricht, das Frühstück in der großen Pause verabreicht. Man hat die Kinder nach dem Einkommen ihrer Eltern in 4 Gruppen eingeteilt. Gruppe 4 zahlt Freispeisung und umfaßt unbemittelte Familien d. h. solche, die ein Einkommen von unter Mk. 85, bei einem Kind, Mk. 100 bei zwei, 115 bei drei, 130 bei 4 usw. Kindern pro Monat haben. Gruppe 3 hat pro Woche für Frühstücksspeisung 20 Pfg., für Mittagspeisung 40 Pfg. zu entrichten. Hierin gehören die Familien die Einkommen haben bei einem Kinde von 85 bis 120 Mk., zwei Kindern 100 bis 135, drei Kinder 115 bis 150, vier Kinder 130 bis 165 Mk. usw. pro Kind steigend um 15 Mark. Gruppe 2 zahlt für Frühstück 30 Pfg., für Mittag 80 Pfg. für Familien mit Verdienst bei einem Kind von 121 bis 135 Mk., zwei Kindern 136 bis 190, drei Kindern 150 bis 205, vier Kindern 166 bis 220 Mk. usw. steigend pro Kind um 15 Mk. Gruppe 1 endlich zahlt die vollen abgerundeten Selbstkosten für Frühstückspeisung 40 Pfg pro Woche für Mittag 1,20 Mark. Sie umfaßt alle die Familien, die mehr verdienen als die Einkünfte der Gruppe 2 ausmachen. Die Einstufung der an der Frühstückspeisung teilnehmenden Kinder in die Gruppen 1 bis drei soll durch die Schulleiter im Einvernehmen mit der Schulpflegerin erfolgen. In zweifelhaften Fällen muß jedoch der Einstufung die Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Kindeseltern durch die zuständige Sozialbeamtin vorausgehen. Alle genehmigten Freispeisungsanträge haben im Monat Mai ihre Gültigkeit verloren und sind, soweit die Bedürftigkeit nach den neuen Richtlinien anerkannt werden kann, erneut zu beantragen. Die Anträge für die Frühstückspeisung werden von den Schulpflegerinnen aufgenommen, durch sie oder die Fürsorgerinnen geprüft, der Schule zur Begutachtung vorgelegt und dann dem Jugendamt übersandt. Ueber die Zulassung zur Mittagspeisung entscheidet in jedem Falle nur das Jugendamt. Wiederholt haben wir uns scharf gegen das körperliche Züchtigungsrecht der Lehrer in den Schulen ausgesprochen. Immer mehr macht sich jetzt auch in Kreisen, die sonst anderer Ansicht waren, in dieser Beziehung etwas mehr Einsicht geltend. Dieser Lage hat nun auch die Regierung in Breslau dem Wortlaut des diesbezüglichen neuen Erlasses des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bekannt gegeben. Da diese Frage für die gesamte Elternschaft von höchster Bedeutung ist, sind die Ausführungen des Ministers von besonderem Interesse und wir wollen nicht verfehlen, sie unseren Lesern wiederzugeben: „Die Beachte auf den Runderlaß vom Jahre 1927 lassen erkennen, daß ebenso wie in der Theorie in der pädagogischen Praxis die Strafe der körperlichen Züchtigung immer mehr verworfen wird. Ich wünsche, daß diese Strafe entsprechend solcher Einsicht sich mehr zurücktritt und tatsächlich verschwindet. Ohne zur Zeit ein Verbot auszusprechen veranlasse ich daher die Regierung (das Provinzialschulkollegium) unter Beachtung meines Erlasses vom 24. April 1926 bei der Beurteilung unangebrachter körperlicher Züchtigungen zu berücksichtigen, daß es grundsätzlich von mir mißbilligt wird und dementsprechend disziplinarisch zu ahnden ist, wenn Mädchen körperlich gestraft werden, wenn Kinder im ersten und zweiten Schuljahre geschlagen werden, weil dies die Anbahnung des Vertrauensverhältnisses des Kindes zum Lehrer hindert; wenn ferner Unaufmerksamkeit und mangelhafte Leistungen durch körperliche Züchtigung bekämpft werden soll." Diese Worte des Ministers, die, ohne ein direktes Verbot auszusprechen, jedoch einen nicht mißzuverstehenden, strikten Wunsch zur Abschaffung der Prügelstrafe enthalten, dürften geeignet sein, die Einsicht in immer weitere Kreise zu tragen, daß die körperliche Züchtigung zur Bildung unserer Schuljugend nicht das geeignete Mittel ist und in einem sozial hochstehenden Staate aus dem Schulleben verschwinden muß.

Eine Neuerung im Schulleben ist ebenfalls geplant. Wie der Minister für Handel und Gewerbe gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Runderlaß dieser Frage mitteilt, ist die staatliche Hauptstelle für naturwissenschaftlichen Unterricht beauftragt worden, die Eingliederung der Luftfahrt in die Schulen zwecks Durchdringung des Unterrichts mit dem Luftfahrtgedanken zu bearbeiten. Das Interesse der Jugend für die Luftfahrt ist durch die Entwicklungsweise des neuesten Zweiges der Technik der letzten Jahre sehr stark gewachsen, sodaß es angezeigt erscheint, daß die Schulen diesem Gebiete erhöhte Aufmerksamkeit schenken, um die Jugend zu ernsthafter Betätigung und zu einem vertieften Verständnis zu führen. Hierzu kommt, daß die Handelsluftfahrt in wirtschaftlicher Hinsicht eine ständig wachsende Bedeutung gewonnen hat, und daß Deutschland wegen seiner geographischen Lage geeignet ist, eine besondere Stellung in dem gesamten Luftverkehr einzunehmen. Es wird daher von der ministeriellen Seite gesagt, es sei anzustreben, daß die Jugend Kenntnis vom Wesen und Bedeutung der Luftfahrt erhalte, daß sie ferner die Grundlagen und die Bedingungen für die Durchführung der Luftfahrt verstehen lernt, und daß sie endlich, soweit dies möglich ist, durch praktische Versuche im Modellbau oder im Gleitflug pp. eine eigene Anschauung vom Luftfahrzeug und der Wirkungsweise seiner einzelnen Teile sich erarbeitet. Dies soll erreicht werden, durch Berücksichtigung des Luftfahrtgedankens im planmäßigen Unterricht. Besonders geeignet werden bezeichnet die naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Fächer, die Geographie und Heimatkunde. Außerdem kann die Errichtung besonderer freiwilliger Lehrgänge in Schülervereinigungen und Arbeitsgemeinschaften pp. angestrebt werden. Bei den Vorarbeiten für die Einführung des Luftfahrtunterrichts an Schulen wird der staatlichen Hauptstelle die wertvolle Beratung des Deutschen Luftfahrtverbandes, des Verbandes deutscher Jugendfliegerhorste und des Reichsverbandes deutscher Lehrer zur Förderung des motorlosen Fluges zur Seite stehen. Neben der Bearbeitung von Lehrbüchern muß vor allem für Ausbildung von Fachlehrern durch Veranstaltung von Lehrgängen gesorgt werden und anderes mehr.

Wahl der Elternbeiräte.

Was nützen denn die Elternbeiräte Die Elternbeiräte haben ja keine Rechte und können doch nichts erreichen! Das sind die Worte, mit denen weite Kreise fortschrittlich gesinnter Eltern ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Elternbeiräten begründen. Freilich sind die Rechte, die den Elternbeiräten eingeräumt worden sind, nicht sonderlich groß, und eine Erweiterung dieser Rechte muß angestrebt werden. Aber wenn die Elternbeiräte mit derselben Zielstrebigkeit arbeiten, wie auf wirtschaftlichem Gebiete viele unserer Betriebsräte, so werden sie allmählich bei den Schulbehörden den ihnen gebührenden Einfluß erzwingen.

Die Gleichgültigkeit vieler fortschrittlich gesinnter Eltern gegenüber den E. B. beruht auf der falschen Einstellung großer Teile der Arbeiterschaft zu kulturellen und Schulfragen. Diese werden in ihrer eigentlichen Bedeutung nicht richtig erkannt, da die Arbeit auf diesem Gebiete keine unmittelbaren Erfolge zeitigt. Weil man nicht gleich alles nach seinem Wunsche ändern kann, ziehen sich viele der zum E. B. gewählten Eltern enttäuscht zurück und erklären die Einrichtung der Elternbeiräte für bedeutungslos. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum, der an vielen Orten für die Entwickelung unseres Schulwesens gefährlich geworden ist. Die fortschrittlichen E. B. bewirken vielfach schon durch ihr Dasein, daß sich reaktionäre Einflüsse in der Schule nicht offen hervorwagen. Sie können auch bei einiger Energie manches verhindern.

Unsere Gegner haben die Bedeutung der E. B. besser erkannt, als die Vertreter des Schulfortschritts. Das katholische Stegerwald-Organ „Der Deutsche" stellte schon vor den Wahlen 1922 fest: „Die Einrichtung der E. B. ist eine Errungenschaft der Revolution, aber eine solche, deren Fortbestehen man wünschen muß. Sie ist nämlich zu einem Zeugnis wider den Geist der Revolution geworden." Die Reaktionäre, zuerst Gegner des Elternrechts, sind jetzt eifrige Verfechter, die sogar Elternrecht über Staatsrecht stellen wollen. Unter dem Schlagwort „Elternrecht" versuchen sie, die Schule gänzlich unter den Einfluß der Kirche zu bringen. Bekämpfung der Republik und des Gedankens der Völkerversöhnung, Wiedereinführung reaktionärer Geschichts- und Lesebücher, Anpassung der Lehrbücher, bis in die Rechenbücher hinein an den Geist des Bekenntnisses, Unmöglichmachung der Durchführung der Einheitsschule, Vernichtung der weltlichen Schulen erstrebt die unter dem Namen „christlich-unpolitisch" gesammelte Schulreaktion. Sie ist weder christlich — ihre Kampfmethoden beweisen das — noch unpolitisch. Hinter ihnen stehen die Rechtsparteien, die Sozialistenhasser, die Vertreter des Bürgerblocks und die Kirche, die politisch diese Kreise stützt.

Nicht um die Religion geht es den Christlich-Unpolitischen, sondern um die Herrschaftsansprüche der Kirche und des von der Kirche gestützten Bürgerblocks. Den Beweis dafür bringt die weltliche Schule. Die Anhänger der weltlichen Schule lassen allen Eltern die Freiheit, ihre Kinder außerhalb der Staatsschule im Sinne ihrer religiösen Anschauung zu unterrichten. Diesen Religionsunterricht soll die Kirche selbst übernehmen. Es sollen ihr Schulräume zur Verfügung gestellt werden. Dem Lehrer soll gestattet sein, auf freien Vertrag hin solchen Unterricht zu übernehmen. Die Kirche weist diese Gedankengänge der weltlichen Schule weit von sich und beweist damit, daß es ihr gar nicht auf die Religion, sondern auf die politische Macht ankommt; denn: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!"

Nur langsam setzt sich im Vergleich zu den Christlich-Unpolitischen bei den fortschrittlichen Eltern der Gedanke durch, daß die Schule als Erzieherin des kommenden Geschlechts von ungeheurer Wichtigkeit für die Ausbreitung unserer sozialistischen Ideale ist. Kein fortschrittlich denkendes Elternpaar darf den Christlich-Unpolitischen seine Stimmen geben. Auch die vielen Tausende von Arbeitern, die ihre Kinder in den Religionsunterricht schicken, wollen nicht die von der Kirche und ihren christlich-unpolitischen Helfershelfern erstrebte Bekenntnisschule. Auch sie müssen daher nur für Vertreter des entschiedenen Schulfortschritts eintreten und bei den kommenden Elternbeiratswahlen ihre Pflichten als Agitatoren, Organisatoren und Wähler erfüllen.

Zentral-Elternbeirat der Liste Schulfortschritt.

Rektor Felix Janoske gestorben.

An einem Herzschlage ist gestern vormittag der Mittelschulrektor Felix Janoske plötzlich gestorben. Alle, die ihn kannten, vor allem aber seine ehemaligen Volksschüler, werden mit Bedauern hiervon Kenntnis nehmen, denn Felix Janoske war ein vorbildlicher Pädagoge. Seine freien Ansichten konnte er in der Vorkriegszeit nur mit großer Vorsicht verwerten. Er tat es, indem er mit seinen Schülern besonders gern ins Freie zog, wenn der Stundenplan Religion aufwies. Oder er übte mit den Schülern Reichstagswahl, wobei er sagte: „Ihr könnt wählen, wie ihr wollt, die meisten wählen ja doch sozialdemokratisch". Später ist er zur Mittelschule übergegangen. Neben seinem Lehrerberuf betätigte er sich auch mit Erfolg als Dichter und Schriftsteller, wobei er besonders auch den heimatlichen Dialekt pflegte.

Breslauer Johannisfest 1928.

Kaum sind die letzten Spuren des Maschinenmarktes auf dem Messegelände in Scheitnig verschwunden, da erscheinen auf dem weiten Platz bereits wieder die Handwerker, um die Vorarbeiten für das vom 17. Juni bis 1. Juli stattfindende Johannisfest zu leisten. Hunderte geschäftiger Hände werden sich in den nächsten Wochen regen, um die Aufbauten dieser Vergnügungsstadt fertigzustellen. Eine besondere Pflege wird man dem Sportplatz auf dem Festgelände angedeihen lassen, der in diesem Jahre wieder vollständig neu hergerichtet werden wird. Die Festverwaltung wird diesmal der Sangeskunst besonderen Raum in den Sonderdarbietungen des Festes einräumen. Der Gau XV des Schlesischen Sängerbundes (Kreis IV) wird unter Leitung des Gau-Chormeisters Alfred Aumann am Eröffnungstage des Breslauer Johannisfestes, Sonntag, 17. Juni, von 11 bis 12½ Uhr auf dem Festplatz ein großes Gesangskonzert geben, bei dem zum größten Teil die Lieder gesungen werden, die bei dem Deutschen Sängerfest in Wien zum Vortrag gelangen werden. Es werden insgesamt 1000 Sänger mitwirken. Als Abschluß des Johannisfestes wird am Sonntag, den 1. Juli, der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Schlesien, I. Bezirk Breslau, unter Leitung seines Dirigenten Ernst August Voelkel Breslau ein großes Gesangs- und Instrumental-Konzert bringen, das sich ebenfalls zu einem besonderen Ereignis für Breslau gestalten wird.

Erteilung lebenskundlichen Unterrichts.

Lehrer und Lehrerinnen, Schulamtsbewerber und Schulamtsbewerberinnen, die bereit sind, lebenskundlichen Unterricht für vom Religionsunterricht abgemeldete Kinder oder an weltlichen Sammelklassen zu erteilen, werden gebeten, ihre Anschrift an Lehrer Scholz, Görlitz, Prager Straße 73, 3. Stock, zu übermitteln.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Adam: „Der Postillon von Lonjumeau".

Schenkte unsere Opernbühne in den letzten Spielzeiten der neuesten und neuesten Musik bis herauf zur zeitgenössischen und supermodernen gern besondere Beachtung, so steht diese Saison im Zeichen der älteren Oper; und es ist sonderbar genug, daß trotz aller Stil- und Geschmacksumwälzungen, trotz aller Zwangsbehang zu „neuer Sachlichkeit" und antimelodischen Atonalitäten gerade solche Werke zur Diskussion gestellt werden, die weder in ihrer Oberflächlichkeit, noch in ihren kitschig-sentimentalen Gefühlsüberschwang Berührungspunkte mit den heutigen Kunstansichten aufzuweisen vermögen. Bei Adolphe Adams Hauptwerk, dem „Postillon von Lonjumeau", liegt der Fall immerhin noch günstiger als neulich bei der ungenießbar kitschigen „Mignon". Denn Adam verfügte nicht nur über die Fähigkeit, äußerst dankbare Tenor- und Koloraturpartien zu schreiben, er besaß auch ein regelrechtes Talent zur Improvisation und Komik, das sich im „Postillon" in der Rolle des Schmieds noch mehr noch im Terzett vom Gehengtwerden am deutlichsten zeigt. Aber daß sich das Stück nun nahezu ein Jahrhundert auf den Brettern hält, ist nicht zuletzt auch auf de Leuvens und Langwicks Textdichtung um den tenorsingenden Postillon zurückzuführen, der seiner kaum angetrauten Frau durchbrennt, um sich an die Pariser Oper engagieren zu lassen und sie nach zehn Jahren durch eine List der Verlassenen zu ihr zurückfindet.

Die Titelrolle mit den beiden Romanzen, eine Lieblingspartie aller lyrischen Tenöre, sitzt Willy Wörle wie angegossen: er nimmt den ausreißenden Postkutschercarusо frisch und charmant und leiht der gesanglichen Seite ein Organ, das an Leuchtkraft und Fülle von Tag zu Tag zunimmt. Die Folge davon war, daß die Postillonromanze auf offener Szene beklatscht und da capo verlangt wurde. Der kleinen Frau Madelaine, die später als Frau von Latour ihren Postillon umgarnt, in tausend Verlegenheiten bringt und schließlich zurückerobert, gibt Rosa Book einen gutbekömmlichen melancholischen Zug; auch ihre Auftrittsarie im zweiten Akt, eine außerordentlich saubere Koloraturleistung, fand reichen Beifall. Eine Originaltype der Schmied Julius Wilhelmis, besonders gelungen in der drolligen Aufgeblasenheit als nachmaliger erster Opernchorist. Humorvoll Hans Barons vertrotteltер Intendant und der Chorführer Bourdon Gottlieb Zeithammers.

Hans Steinschneiders Neuinszenierung begnügte sich mit unauffälligen, dabei aber recht geschmackvollen Bühnenbildern und ließ auch das Zusammenspiel ohne Effektüberspitzungen und eitle Hervorkehrung seiner Persönlichkeit vor sich gehen. Die Chöre klangen und bewegten sich frisch, das Orchester war unter Hellmut Seidelmanns zuverlässiger Direktion mit Interesse bei der Sache. W. S—der.

Ausstellungsgastspiele.

Sowohl für das Tenor- wie für das Baßbuffofach sollen neue Kräfte engagiert werden, und es sieht so aus, als müßte die Intendanz auch nach diesem Versuch noch weiter auf die Suche gehen. Emil Schiez, vom Nürnberger Stadttheater, der sich als van Bett („Zar und Zimmermann") und Beckmesser („Meistersinger") vorstellte, bringt zunächst ein ergiebiges, wenn auch absonderlich hellfarbiges Organ und geschmackvolle Gesangsmanieren mit. Um die Hauptsache dabei aber, nämlich sein komisches Vermögen steht es nicht so vorteilhaft. Was er in diesen beiden Rollen Humor aufbrachte, war in dieser einstudierten, abgezirkelten Geste nicht viel mehr als Routine, worauf auch zurückzuführen ist, daß er sich verhältnismäßig rasch in das fremde Ensemble einlebte. In der Pointierung steckt nichts wahrhaft Witziges, nichts gänzlich aus der dargestellten Rolle Herauswachsendes. Das merkte man deutlich dem Saardamer Bürgermeister an, der seine Verzweiflung über die dauernden Peterverwechslungen garnicht glaubhaft zum Ausdruck brachte, und man sah es auch dem Merker an, den die polternde Störung Hans Sachsens während der Serenade nur recht mäßig nervös zu machen schien.

Auch nach dem Auftreten Arthur Heyers, vom Mannheimer Nationaltheater, können wir noch nicht mit einer Entscheidung rechnen, obwohl in diesem Falle trotz mancher Einschränkung ein Engagement empfehlenswert wäre. Der junge Mann, offenbar noch nicht lange aus den Anfängerschuhen heraus, besitzt ein lyrisches, weiches Stimmchen, das in der Höhe nicht ohne Eigencharakter ist, aber vorläufig kann man sich vom dem Ausmaß dieser Stimme keinen Begriff machen, denn eine Indisposition zwang den jungen Kandidaten zur Anwendung eines nicht immer angebrachten Falsetts. Da äußerst munteres Spiel, sympathisches Wesen und gutes Ohr vorhanden sind, sollte man sich die weitere Heranbildung Herrn Heyers nicht entgehen lassen. W. S—der.

Die Miete für Juni 1928.

Der Magistrat schreibt:

Nach der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 11. April 1928 erhöht sich die gesetzliche Miete in einer Gemeinde um den Betrag solcher Betriebskosten, die vor dem 1. Juli 1914 von der Gemeinde getragen wurden, für die aber jetzt die Gemeinde von den Vermietern Gebühren erhebt. Nun wurden in Breslau die Kosten für die Abfuhr des Straßenkehrichts und des Hausmülls am Stichtage durch die Einnahmen aus dem allgemeinen Steuerbedarf gedeckt. Erst seit dem 1. Oktober 1922 werden für die Wegschaffung des Hausmülls vom Vermieter Gebühren erhoben. Demnach muß die gesetzliche Miete um die Kosten der Müllabfuhrgebühr erhöht werden. Im Einverständnisse mit den Vermieter- und Mieterorganisationen ist dieser Hundertsatz vom Magistrat auf 1,5 v. H. der reinen Friedensmiete festgesetzt worden. Sind also bisher zugleich zur Abgeltung des umlegbaren Teiles des Gemeindezuschlages zur Grundvermögensteuer und für die Schönheitsreparaturen 125 oder ohne den Zuschlag für die Schönheitsreparaturen 121 v. H. der Friedensmiete gezahlt worden, so erhöhen sich diese Sätze auf 126,5 bzw. 122,5 v. H. der Friedensmiete. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch hervorgehoben, daß die von den Städtischen Körperschaften bereits beschlossene weitere Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Grundvermögensteuer noch nicht berücksichtigt ist; hierüber wird vielmehr zu gegebener Zeit noch eine besondere Bekanntmachung ergehen.

Niederschlesischer Blinden-Blumentag.

Am kommenden Sonntag, den 3. Juni, findet in Niederschlesien ein Blumentag zugunsten in Not geratener Blinder statt. Die aufgebrachten Gelder werden zur Unterstützung hilfsbedürftiger Blinder verwandt. Wenn es in der heutigen wirtschaftlich schlechten Zeit einem Sehenden schwer wird, sich durch seiner Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, darf es wundernehmen, wenn der Blinde, durch sein Gebrechen gehemmt, den ungleichen Kampf mit Maschinen und Industrie nicht zu seinen Gunsten zu entscheiden vermag? Darum muß der Blinde in seiner harten und bedrängten Lage gestützt werden. Es sind Mittel erforderlich, um ein wirksames Eingreifen zu ermöglichen. Wer aber ein besonderes Liebeswerk für die Blinden tun will, den bitten wir herzlichst, sich als Helferin oder Helfer bei der Geschäftsstelle des Blumentages, Karl Kraske, Breslau 10, Matthiasstraße 77, Fernruf 54281, freundlichst bald melden zu wollen.

Warnung vor dem Oderwasser.

Das Oderwasser wird durch den lebhaften Schiffsverkehr und aus den zahlreichen, an der Oder liegenden Orten ständig und reichlich mit menschlichen Auswurfstoffen verunreinigt. Der Polizeipräsident warnt daher vor der Verwendung von ungekochtem Oderwasser zum Genuß oder zum Spülen von Eß- und Trinkgefäßen, da es in hohem Grade gesundheitsschädlich ist. Bei Benutzung unabgekochten Oderwassers zur gewerbsmäßigen Herstellung von Speisen und Getränken oder zur Spülung von Eß- und Trinkgefäßen werden die in Betracht kommenden Personen auf Grund des Gesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen vom 5. Juli 1927 bzw. der Polizeiverordnung vom 4. Oktober 1892 betreffend die Reinigung und Spülung der Trinkgefäße in den Gast- und Schankwirtschaften bestraft.

Der Breslauer Pfingstverkehr.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Vom 24. bis 28. Mai (Donnerstag vor Pfingsten bis 2. Feiertag) sind Fahrkarten verkauft worden: an der Fahrkartenausgabe Breslau Hbf. 103 997, an der Fahrkartenausgabe Breslau Freiburger Bhf. 45 759, zusammen 149 756. Der Kartenverkauf im Vorjahre betrug insgesamt 163 872. Der Rückgang um 14 116 Fahrkarten oder 9 v. H. gegenüber dem Vorjahr ist auf das ungünstige Wetter und die Lage des Pfingstfestes Ende Mai (im Vorjahr Anfang Juni) zurückzuführen.

Billige Telegramme.

Als vom 20. Oktober 1924 ab zunächst versuchsweise und im inneren deutschen Verkehr Telegramme in offener Sprache gegen eine ermäßigte Gebühr zugelassen wurden (Brieftelegramme), geschah dies, um dem allgemeinen Wunsche weiter Kreise insbesondere von Handel und Industrie nachzukommen, den Telegrammverkehr zu verbilligen. Wenn man heute nach 3½ Jahren die Zahl der Brieftelegramme mit der Zahl der überhaupt aufgelieferten Telegramme vergleicht, so muß man leider feststellen, daß auf je hundert aufgelieferte Telegramme nur ein Brieftelegramm entfällt. Nach dem Bericht der Deutschen Reichspost befanden sich im Vierteljahr Oktober-Dezember 1927 unter 9 049 000 aufgelieferten Telegrammen nur 66 044 Brieftelegramme. Die Hauptursache der so geringen Benutzung des Brieftelegrammverkehrs scheint in der Tatsache begründet zu sein, daß dieser zu wenig bekannt ist. Im nachfolgenden soll daher dieses junge von den Postkunden aber so stiefmütterlich behandelte Kind der Deutschen Reichspost etwas näher betrachtet werden.

Das Brieftelegramm, das vor der Anschrift den Vermerk „LT" erhält, steht, was Schnelligkeit in der Beförderung anlangt, etwa in der Mitte zwischen dem vollbezahlten Telegramm und dem Eilbrief. Die Weiterbeförderung von der Aufgabeanstalt zur Bestimmungsanstalt erfolgt genau so wie beim vollbezahlten Telegramm, jedoch mit der Einschränkung, daß die Brieftelegramme erst nach den vollbezahlten Telegrammen weitergegeben werden. Diese Einschränkung spielt aber kaum eine Rolle; denn bei dem augenblicklichen, im Verhältnis zur Vorkriegszeit schwachen Telegrammverkehr treten selbst an stärker beanspruchten Leitungen öfters Pausen ein, die dann zur Weiterbeförderung der vorliegenden Brieftelegramme benutzt werden.

Am Bestimmungsorte werden die Brieftelegramme in Briefumschläge gelegt und bei der nächsten Briefzustellung dem Empfänger als Brief zugestellt, daher sein Name Brieftelegramm.

In kleineren Orten, in denen sich nach Abgang der letzten Abendpost keine Gelegenheit zur Absendung einer eiligen brieflichen Mitteilung mehr bietet, kommt nur die Absendung eines Telegramms in Frage, wobei das Brieftelegramm wegen seiner Billigkeit meist dem vollbezahlten Telegramm vorzuziehen sein wird.

Nachdem der Brieftelegrammverkehr im Inlande Eingang gefunden hatte, dauerte es nicht lange, bis er auch im Verkehr mit einigen fremden Ländern zugelassen wurde. Zurzeit besteht ein solcher Verkehr mit Oesterreich, der Tschechoslowakei, der Freien Stadt Danzig, Litauen, Luxemburg, Ungarn, dem Saargebiet und Polen. Während mit einigen anderen Ländern die Verhandlungen noch schweben, haben andere Länder dagegen den Brieftelegrammverkehr abgelehnt. Bei letzteren bietet sich aber die Gelegenheit, die Telegramme bis zur Reichsgrenze als Brieftelegramm und von da ab brieflich bis zum Empfänger zu befördern. Es ist dazu in der Aufschrift nur die Angabe „Post" oder „PR" (Post eingeschrieben), sowie die Angabe der letzten deutschen Telegraphenanstalt erforderlich, von welcher das Brieftelegramm als Brief weiterbefördert werden soll.

Die Wortgebühr für ein Brieftelegramm beträgt im Inlandsverkehr 5 Rpf., Mindestgebühr 1,50 RM. Im Auslandsverkehr wird die Hälfte der jeweiligen Wortgebühr, mindestens aber die Gebühr für zwanzig Wörter erhoben. Bei Auslandstelegrammen, die — wie oben angegeben — von der Reichsgrenze aus brieflich weiterbefördert werden, kommen noch 25 Rpf. und bei Einschreibung („PR") 55 Rpf. Auslandsbriefgebühr hinzu. Es ergibt sich hieraus die einfache Rechnung, daß bei Brieftelegrammen des Inlandsverkehrs für dieselbe Gebühr dreimal, und im Auslandsverkehr doppelt soviel Wörter übermittelt werden können, als bei vollbezahlten Telegrammen, eine Gelegenheit, die es verdient, mehr als bisher ausgenutzt zu werden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Distrikt 6. Alle Funktionäre und Helfer am Kinderfest treffen sich bestimmt heute abend, 8 Uhr, bei Glaser, Bergstraße 12.

Distrikt 29. Sämtliche Kassierer haben heut abend bis 7 Uhr die Sammellisten und Wahlfondsmarken beim Distriktsführer Großer abzurechnen.

Distrikt 28. Freitag, den 1. Juni, bei Hanke, Gräbschener Straße 123, Funktionärversammlung. Bestimmtes Erscheinen erwünscht.

Sozialistische Jungordner.

Unsere Veranstaltungen fallen Donnerstag wegen der SPD.-Versammlung aus.

Jungsozialisten.

Obleute. Das Juni-Programm einsenden. 17. Mai: Zentralveranstaltung.

Gruppe Strehlener Tor, Gräbschen. Heute, um 7.30 Uhr, Funktionärsitzung in der Baracke. 20 Uhr, bestimmt Gruppe.

Gruppe Ohlauer Tor. Freitag, 20 Uhr: „Taktische oder grundsätzliche Politik der Partei".

Sozialistische Arbeiterjugend.

Kassierer. Die Heime 1 bis 5 rechnen Montag, den 4. Juni, und die Heime 7 bis 10 Montag, den 11. Juni, in der Zeit von 19 bis 21 Uhr, in der [illegible]schule die Beiträge für Mai ab.

Heime 1 und 8. Allen Eltern zur Kenntnis, daß die Waldenburgfahrer erst nachts, 12 Uhr, in Breslau waren.

Heim 8. Funktionäre heut abend, Punkt 19 Uhr, im Heim. Jeder muß ein Monatsprogramm mitbringen. Volksbühnenmitglieder bringen heut bestimmt das Geld für die am Sonnabend, den 2. Juni, stattfindende Vorstellung mit. Alle sind heut Punkt 19.45 Uhr am Heim. Wir gehen auf die Wiese.

Heim 2. Alle Volksbühnenmitglieder bringen heut das Geld mit. Wir gehen Donnerstag ins Thaliatheater zu „Bürger Schippel". Heute abend sind wir alle um 20 Uhr in unserem Heim zu einem Wanderliederabend. Liederbücher sowie Maibeitrag sofort mitbringen. Gäste herzlich willkommen.

Heim 7. Heute wichtige Funktionärsitzung. Jeder Funktionär bringt ein Monatsprogramm mit.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 2. Alle Kinder sind heut, Mittwoch, in der Turnhalle wegen Besprechung einer Fahrt am Sonntag. Freitag sind alle Rote Falken um 5 Uhr am Heim. Wir gehen mit dem Zelt auf die Wiese. Sonnabend bringen alle diejenigen, die noch Bücher von der Gruppe haben, diese ins Heim.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein. Kamerad Paul Bertlein vom Banner 12 ist verstorben. Der Ortsverein wird seiner stets ehrend gedenken. Die Einäscherung erfolgt heute, Mittwoch, im Krematorium, Gräbschen. Die Fahnenabordnungen und Kameraden treten um 14.30 Uhr, vor dem Friedhof, Gräbschen, an.

Abteilung Süd. Sonnabend, den 2. Juni, 20 Uhr, an der Endstation der Linie 2. Antreten zum Fackelzug nach Klettendorf.

Abteilung Ost. Freitag, den 1. Juni, 15 Uhr. Antreten der zur Autofahrt eingeteilten Kameraden am Schießplatz.

Radfahrerzüge. Heute, Mittwoch, 17 Uhr. Antreten sämtlicher Radfahrer des Ortsvereins zur Ausfahrt am Schießplatz.

Spielmannszüge. Freitag, den 1. Juni, 16 Uhr, Antreten sämtlicher arbeitslosen Spielleute mit Instrumenten zur Autofahrt am Schießplatz.

Spielmannszug Ost und West. Donnerstag, den 31. Mai, 19 Uhr, wichtige Besprechung im Büro. Keiner fehle.

Schutzsport. Donnerstag, den 31. Mai, 20 Uhr, Antreten sämtlicher Schutzsportler in der Liegnitzer Turnhalle.

Banner 2 (Hölting). Freitag, den 1. Juni, 20 Uhr, bei Lamert, Brigittental 13, Zug- und Gruppenführersitzung.

Banner 4 (Wirth). Sonnabend, den 2. Juni, 20 Uhr, bei Martin, Schönstraße 60, Pflichtversammlung.

Banner 9 (Bebel). Unsere Pflichtversammlung findet erst am Freitag, den 8. Juni, statt.

Banner 10 (Severing). Freitag, den 1. Juni, 19,30 Uhr, bei Graf, Westendstraße 37, Zug- und Gruppenführersitzung.

Banner 11 (Reuter). Sonnabend, den 2. Juni, 19,30 Uhr, Antreten Bergmannstraße 12.

Jungbanner Nord (Ebert). Sonntag, den 3. Juni, Autofahrt nach Tirsdorf. Abfahrt 6 Uhr, Gneisenauplatz. Altkameraden, die mitfahren wollen, melden sich bei Kameraden Klinge, Adalbertstraße 31.

Jungbanner West (Blum). Donnerstag fällt unser Antreten aus.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Mittwoch, 20 Uhr, wird als 20. Abonnements-Vorstellung der Serie G die Neueinstudierung der komischen Oper „Der Postillon von Lonjumeau", die am Pfingstsonntag mit ganz besonderem Beifall aufgenommen wurde, erstmalig wiederholt. Anschließend „Das Fest des Königs", Tanzspiel nach Musik von Rameau. Donnerstag, 20 Uhr, „Hoffmanns Erzählungen". Freitag, 20 Uhr, 20. Abonnementsvorstellung der Serie H, „Mignon". Sonnabend, 20 Uhr, Gastspiel der bekannten Berliner Operettensängerin Else Kochhann vom Metropol-Theater als Rosalinde in „Fledermaus". Vorverkauf beginnt heute Mittwoch.

Lobetheater. Täglich, 20 Uhr, gelangt die mit starkem Beifall aufgenommene Tragikomödie „Schieber des Ruhms" von Pagnol und Nivoix in der Inszenierung von Carl Behr zur Wiederholung. Es ist der Intendanz gelungen, für die in Vorbereitung befindliche Revue „Saisonausverkauf 1928" die bekannte Berliner Soubrette Irene Armbrus zu verpflichten.

Thaliatheater. Die mit stürmischer Heiterkeit aufgenommene Komödie „Bürger Schippel" von Carl Sternheim wird in der Inszenierung von Kurt Ehrle mit Rudolf Platte in der Titelrolle und der Premierenbesetzung täglich 20 Uhr wiederholt.

Schauspielhaus. Heute, Mittwoch, und die folgenden Tage gelangt die erfolgreiche Operette von Robert Stolz „Eine einzige Nacht" zur Aufführung. Sonntag nachmittag „Das Dreimäderlhaus".

Viktoria-Theater. Das Gastspiel Bella Sitis ist wegen seines großen Erfolges auf weitere zwei Wochen verlängert worden. Bella Sitis bringt ab 1. Juni neue Exerzitien „Wie bleibe ich schlank und schön?" sowie neue ... lose Tänze. Vorher der neue bunte Theaterteil. Beginn täglich 8,15 Uhr. ... Garten bei schönem Wetter heitere Abende.

Liebich-Theater. (Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters). ... des beispiellosen Erfolges, den die „Tugendprinzessin" nun auch in Breslau errungen hat, bleibt dieses Werk noch weitere sieben Tage auf dem Spielplan.

Amtlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).

Unter dem Einfluß der absinkenden Kaltluft beruhigt sich die Lage in Mitteleuropa; die Temperaturen beginnen tagsüber wieder anzusteigen. Im Westen des Reiches sind 25 Grad, teilweise bereits überschritten worden. Später ist wieder mit erneuter Gewittertätigkeit zu rechnen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge: Vielfach föhnig-aufheiterndes, ruhiges und trockenes Wetter, wärmer.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge: Wolkig, zum Teil heiter, milder.

Datum: 30. 5. 28	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm
Grünberg	14	24	7	heiter	N 1	
Görlitz	11	17	7	klar	N 1	
Liegnitz	14	17	6	"	WSW 3	
Bad Flinsberg	8	17	4	"	NO 1	
Heufuderbaude	11	16	9	"	SW 1	
Oberschreiberhau	7	15	3	"	O 2	0,2
N. Schles. Baude						
Reifträgerbaude						
Schneekoppe	3	5	−2	heiter	N 4	
Neumarkt	13	18	5	"	SO 2	
Krietern	12	16	5	"	NW 1	
Zobten						
Bad Salzbrunn	13	16	6	klar	SW 1	
Friedland (Bez. Breslau)	10	18	5	"	NO 1	
Reinerz	9	15	3			
Landeck	10	15	8		O 2	
Reichenstein	15	18	8	"	still	
Festenberg	12	17	9	bewölkt	SW 2	
Neisse	12	17	6		W 1	gering
Proskau	—			heiter		
Kreuzburg	18	17	9	"	WNW 2	
Gleiwitz	12	17	7	"	WNW 1	
Beuthen	—	—	—			

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.

Vom Stadion.

Am ersten Pfingstfeiertag besichtigte ich, gelegentlich eines Spazierganges, zum ersten Male das Breslauer Stadion. Nun, ich kann dem Herrn Dezernenten nur empfehlen, dort eine strenge Bewachung einzuführen, denn was ich in der ... lichen Kampfbahn sah, das spottet jeder Beschreibung. Kinder und Erwachsene tummelten sich auf den Sitzbänken und den vom Regen aufgeweichten Reitstufen. Da wird die ganze Herrlichkeit bald ein Ende nehmen und ein einziger Trümmerhaufen zurückbleiben. Man begnügte sich aber nicht etwa damit, ... den Sitzreihen herumzutollen, sondern überkletterte sogar die die Kampfbahn abschließenden Brüstungen, um in der Bahn selbst Unfug treiben zu können. ... als ich einige Kinder auf das Ungehörige ihres Treibens aufmerksam machte, nahmen einige Herren eine drohende Haltung gegen mich ein.

G. W.

Ist es nicht ein Unsinn?

Ist es nicht ein Unsinn, wenn man uns Konsumenten zumutet, Lebensmittel mit Gutscheinen zu kaufen, auf die es, wenn man eine bestimmte Zahl zusammen hat, Löffel, Bestecks, ganze Porzellanservice, Küchensachen und andere Haushaltsartikel „gratis" bekommt?

Muß es nicht jedem Kinde einleuchten, daß diese Sachen keine Geschenke sind, sondern im Preise des Artikels einkalkuliert sein müssen, daß wir also die Zugaben mitzubezahlen haben? Warum diese absichtliche Verschleierung des wirklichen Wertes der Ware? Weshalb nicht niedrigere Preise oder bessere Qualität?

Wir Konsumenten, die wir uns unserer Machtstellung auf dem Lebensmittelmarkte — vorausgesetzt, daß wir einig sind — mehr bewußt sein sollten, müssen selbst dafür sorgen, daß dieser Unsinn ausgerottet wird. Das können wir am wirksamsten dadurch erreichen, daß wir den Kauf von Zugabeware geschlossen ablehnen oder uns den Wert der Zugaben in barem Gelde herauszahlen lassen. Dann wäre der Markt gar bald von diesem Firlefanz gesäubert und wir könnten wieder den wirklichen Wert der eingekauften Lebensmittel nachprüfen.

Alma.

Debewa und Beamtenschaft.

Deutsche Beamten-Wirtschafts-Abteilung, so nennt sich das Unternehmen, das einen „Beamtenkonsum", wie man landläufig sagt, vortäuscht, in Wirklichkeit aber ein rein kapitalistisches Privatunternehmen ist. Die Beamtenschaft steht diesem Geschäft weder organisatorisch noch ideell nahe, und jedes andere Abzahlungsgeschäft hätte dasselbe Recht auf diesen oder einen ähnlichen Namen, weil „Beamte als Kunden" natürlich überall vorhanden sind. In Berlin hatten sich Kreise des Textilhandels schon an das Registergericht gewandt, um dort die Löschung dieses irreführenden Namens zu erreichen, aber ohne Erfolg; in Frankfurt a. M. dagegen mit vollem Erfolg. Die „Deutsche Konfektion" schreibt in ihrer Nummer 19 vom 11. Mai 1928 unter der Ueberschrift: „Handelsregistereintragung der „Debewa" in Frankfurt a. M. abgelehnt!" das Folgende:

„Im Gegensatz zu seinem Berliner Kollegen, der die beantragte Löschung bezw. Berichtigung der irreführenden Firmenbezeichnung der „Debewa" (Deutsche Beamten-Warenversorgung) ablehnen zu müssen glaubte, hat der Registrierrichter in Frankfurt a. M. die beantragte Eintragung der „Debewa" ins Handelsregister überhaupt nicht aufgenommen. Die Ablehnung der Eintragung geschah auf den Protest der Handelskammer hin, die die Verhältnisse der „Debewa" und ihre irreführende Firmierung entsprechend dargelegt hat.

Uebrigens ist auch in den Beamtenkreisen des Frankfurter Bezirks eine wachsende „Debewa"-Müdigkeit zu verspüren. Man hat festgestellt, daß ihre Leistungen an Preis und Qualität zum großen Teile nicht an diejenigen des Einzelhandels heranreichen. Die Beamtenkundschaft — natürlich wird auch an Private verkauft — rekrutiert sich zum größten Teile aus kleineren Beamten der Post und Eisenbahn. Auffällig ist die Häufung der Klagen, die die „Debewa" laufend auch gegen ihre Beamtenkundschaft führt. Man findet also mehr ein Haar in der Geschäftsverbindung mit diesem angeblich sozialen Beamtenunternehmen."

In Elberfeld existierte eine Firma, die den ebenfalls irreführenden Namen „Beamten-Warenbeschaffungsstelle" führte. Ebenfalls rein privates Unternehmen, täuschte es somit Verbindung mit Behörden oder Beamtenverbänden vor. Die Elberfelder Handelskammer erreichte die Streichung dieses Firmenzusatzes. Aber auch im Bankwesen findet man dieses Manöver. In Mannheim ist eine „Beamtenbank" zusammengebrochen, die nur eine Tochtergesellschaft der dortigen Gewerbebank war, und den Titel als Aushängeschild gebrauchte. Es gibt nur eine Bank, die den Beamten tatsächlich nahesteht, das ist die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten". Und wenn die Beamtenschaft endlich erkennt, daß wirtschaftliche Organisation ergänzend zur politischen und gewerkschaftlichen notwendig ist, dann hat sie die gutfundierten und gewissenhaft geleiteten Konsumgenossenschaften, in denen die Mitglieder Mitbestimmungsrecht haben und deren Gewinn nicht in die Taschen von Privatunternehmern (bei der Debewa der Michaelkonzern!) fließen. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mit ihren riesigen Eigenbetrieben, sowie in Breslau der Konsum- und Sparverein „Vorwärts" sollten auch den Beamten die Augen öffnen und erkennen lassen, daß nicht die „Debewa", das sogenannte „bessere Beamten-Abzahlungsgeschäft", sondern die tatsächlichen Genossenschaften die Selbsthilfe aller derer sind, die nicht zu den besitzenden Kreisen gehören.

Aristokraten und Proletarier im Pflanzenreich.

Ueber dieses hochinteressante Thema sprach in dem letzten Fachabend der Ortsverwaltung Breslau des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Herr Universitätsprofessor Dr. Winkler. Der ausgezeichnete Gelehrte verstand es vortrefflich, den zahlreichen Zuhörern einen Vergleich zwischen dem Begriff Aristokraten und Proletarier der menschlichen Gesellschaftsordnung auf unsere Pflanzenwelt zu übertragen und verständlich zu machen. Erst kurz auf den Aufbau und die wichtigsten Nährstoffe der Pflanzen eingehend, zeigte der Vortragende in dem weiteren Teil seiner Ausführungen zu dem eigentlichen Thema prächtige Lichtbilder, meist von eigenen Forschungsreisen herrührend. Majestätische Palmen in ihrer Heimat, riesenhafte Mammutbäume in Kalifornien, mit denen sich unsere einheimische Baumwelt bei weitem nicht messen kann. Bambusen von ungeheurer Breite und Höhe, Gunnera, krautige Gewächse mit schenkeldicken Wurzeln und mehreren Metern Ausmaß. Herrliche Baumfarne und einheimische knorrige, trotz Wind und Wetter stattliche Nadelhölzer. Alles Aristokraten der Pflanzenwelt. Im Gegensatz zu diesen Bevorzugten der Natur folgten dann im Lichtbild kümmerliche, struppige Pflanzengebilde, dürre nordische Flechten, unscheinbare Steppenpflanzen. Arme Gesellen, die sich im Kampfe gegen Wind und Nahrungssorgen aufreiben. Ja, wo es nicht einmal dazu reicht, ein richtiges Blatt zu entwickeln. Aber doch im Kampfe gegen höhere Gewalten fest zusammen geklammert, in großen Gemeinschaften wachsend. Echte Proletarier der Natur.

Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen fesselnden Vortrag. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter hat durch diesen Fachabend wie überhaupt durch seine regelmäßig stattfindenden Fachvorträge wieder gezeigt, daß er neben dem wirtschaftlichen Kampfe auch eifrigst bemüht ist, das fachliche Wissen seiner Mitglieder zu fördern.

Burgenfahrt mit Kraftomnibus.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß am Sonntag, den 3. Juni, die schlesische Burgenfahrt wiederholt wird. Abfahrt des Kraftomnibus vom Tauentzienplatz — Südwestecke — um 6 Uhr über Schweidnitz nach Bad Salzbrunn. Dort einstündiger Aufenthalt. Fahrt nach Gärtnerei Liebichau und Schloß Fürstenstein mit Besichtigung. Weiterfahrt nach Bolkenhain. Besichtigung der Bolko- und Schweinhausburg. Gemeinsames Mittagessen — Preis 1,50 Mark. Nachmittags Fahrt nach Bad Salzbrunn. Dort etwa dreistündiger Aufenthalt. Rückfahrt von Bad Salzbrunn, Kurparkhotel, 19 Uhr, mit kurzem Aufenthalt in Schweidnitz. Nummerierte Fahrkarten für die Hin- und Rückfahrt zum Preise von 6 Mark sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau im Hauptbahnhof, Verkehrshalle, werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

---

* **Einen grausigen Fund** machte am Vormittag des 1. Feiertages der Lokomotivführer des von Mittelwalde bzw. Glatz kommenden Personenzuges. Bei Untersuchung der Lokomotive nach beendeter Fahrt fand derselbe auf dem Breslauer Hauptbahnhofe, zwischen dem Bremsgestänge eingeklemmt, außer blutigen Fleischfetzen eine menschliche Hirnschale. Ein 70 Jahre alter Mann hat, wie wir dazu erfahren, aus Lebensüberdruß den Freitod gesucht und auf freier Strecke, während sich der Zug in voller Fahrt befand, sich vor die Zuglokomotive geworfen haben, wodurch der Mann auf der Stelle getötet wurde.

* **Herabfallender Mauerputz** verletzte am Montag vormittag im Hofe des zweiten Hinterhauses Lohestraße 77 das im gleichen Hause wohnende 5 Jahre alte Mädchen Hilda Freier, so daß es in die Wohnung der Eltern geschafft werden mußte. Es dürfte an der Zeit sein, daß die Baupolizei einmal nach dem Rechten sieht, ehe noch größeres Unheil entsteht.

Die unduldsame Kirche.

Eine lehrreiche Gerichtsverhandlung.

Eine Gerichtsverhandlung, die mit aller Deutlichkeit zeigte, daß man, wenn man der Kirche nicht mehr nachlaufen soll, wenn man ihr den Rücken gekehrt hat, fand am Mittwoch vor dem Großen Schöffengericht statt. Zu dieser Ansicht mußte man unbedingt auch durch das Auftreten des als Zeugen vernommenen Pastors Lic. Sommer von der Erlösergemeinde kommen, der seine Aussage mit einer gewaltigen Ueberheblichkeit machte und indirekt zum Ausdruck brachte, daß seine Angaben doch ganz anders zu bewerten seien als die der anderen Zeugen, die zum großen Teil Arbeiter waren. Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die Tochter einer Arbeiterfamilie von der Trebnitzerstraße war freiwillig aus dem Leben geschieden und obgleich die Familie schon längst mit der Kirche gebrochen hatte, glaubte sie doch der Tochter ein kirchliches Begräbnis geben zu müssen. Sie wandten sich an den Pfarrer Sommer und schon in der Rendantur gab es die erste Unstimmigkeit. Hier wurde für die geistliche Mitwirkung eine Gebühr von 112 Mark gefordert. Als einer so hohen Summe nicht zugestimmt werden konnte, einigte man sich schließlich auf 24 Mark. Der Herr Pfarrer machte aber die Familie besonders darauf aufmerksam, daß, wenn er mitwirkt, kein Arbeitergesangverein daran teilnehmen dürfe. Als dann die Beerdigung auf dem Oswitzer Friedhof stattfinden sollte, war doch der Arbeitergesangverein erschienen, außerdem waren auch einige Kränze mit roten Schleifen vorhanden. Hierüber war der Pfarrer sehr ungehalten und als er auch noch eine Reihe junger Mädchen erblickte, die mit Girlanden der Verstorbenen eine Ehrung erweisen wollten, wies der Pfarrer darauf hin, daß das Mädchen doch durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sei und ihm deshalb eine solche Ehrung nicht zukomme. Eine besonders große Geschmacklosigkeit leistete sich aber der Diener der Kirche im Rahmen seiner Trauerrede, indem er erklärte, „daß es in seiner Hand liege, ob die Tote beerdigt würde". Diese Worte riefen natürlich unter der Trauergemeinde eine große Erregung hervor, sodaß sich schließlich der Pfarrer stark bedroht fühlte und er einem Arbeiter die Anweisung gab, das Ueberfallkommando der Schutzpolizei anzurufen. Offenbar wollte er das Ueberfallkommando gegen die Trauerversammlung einsetzen lassen, um den Friedhof zu räumen, denn nicht nur die Trauerversammlung, sondern auch andere Friedhofsbesucher hatten mit ihrer Meinung über das Verhalten dieses Pastors nicht zurückgehalten. Die ganze Angelegenheit wurde dann in einem Artikel in der „Arbeiterzeitung" erörtert, und die ganze Sache wurde auch dem Evangelischen Konsistorium bekannt. Ueber die Person des Stadtdekan Spaeth wurde dann vom Pfarrer Sommer der „Arbeiterzeitung" eine „Berichtigung" zugesandt, in der alle die für ihn ungünstigen Momente wiederrufen wurden. Auf Grund des Pressegesetzes mußte die Zeitung diese Berichtigung aufnehmen doch knüpfte sie daran entsprechende Bemerkungen. Durch beide Artikel fühlte sich Pfarrer Sommer beleidigt und das Evangelische Konsistorium stellte Strafantrag gegen den Verantwortlichen der Arbeiterzeitung Thomas wegen öffentlicher Beleidigung. Mit diesem Antrage dürfte sie gerade dem Pfarrer Sommer den allerschlechtesten Dienst erwiesen haben und wenn das Konsistorium die vor Gericht erfolgte Beweisaufnahme früher gekannt hätte, dann dürfte sie schwerlich den Strafantrag gestellt haben. Von den 17 Zeugen bestätigte die übergroße Mehrzahl die in dem Artikel gemachten Angaben und somit rückte ja auch die von Pfarrer Sommer eingesandte Berichtigung in ein ganz anderes Licht. Und nicht nur der Staatsanwalt, sondern auch das Gericht brachte ausdrücklich zum Ausdruck, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Berichtigung objektiv unrichtig gewesen sei. Selbst ein Mitglied des Kirchenrats, der bei der Beerdigung zufällig zugegen gewesen war, erklärte als Zeuge, daß er die Aeußerung des Pfarrers als sehr unangenehm empfunden habe. Trotz der für den Pfarrer vernichtenden Beweisaufnahme hielt Staatsanwaltschaftsrat Steinberg doch eine Beleidigung in zwei Fällen für erwiesen; daß er aber noch nicht so ganz überzeugt war, das ließ der Strafantrag erkennen, der für jeden Fall auf nur 25 Mark Geldstrafe lautete. Rechtsanwalt Simon verlangte die Freisprechung des Angeklagten, indem er auf das Ergebnis der Beweisaufnahme hinwies, wo ein Pfarrer am offenem Grabe schimpft, anstatt in christlicher Nächstenliebe über einige angebliche Fehler hinwegzusehen. Unter diesen Umständen sei es zu verstehen, wenn in dem Artikel scharfe Worte gebraucht wurden. Daß die Berichtigung nicht den Tatsachen entsprach, habe die Beweisaufnahme in vollem Umfange ergeben. Das Gericht schloß sich aber dem Antrage des Staatsanwalts an und verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung in zwei Fällen zu je 25 Mark Geldstrafe, auch wurde dem Evangelischen Konsistorium die Publikationsbefugnis in den N. N. zugesprochen. Mitangeklagt war auch ein Zeitungsverkäufer, der die betreffenden Nummern der „Arbeiterzeitung" in der Form angeboten hatte, daß er erzählte, Pfarrer Sommer von der Erlösergemeinde läßt mit sich handeln wie ein Pferdejude. Er wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Erfolg der pastorlichen Handlungsweise war am besten daran zu erkennen, daß in jener Kirchengemeinde die Bevölkerung offenbar in Massen der Kirche den Rücken kehrte, denn fast alle Zeugen wehrten sich dagegen, den Eid in der religiösen Form zu leisten.

Arbeitsgericht.

Wegen einer Frühstücksstulle gekündigt.

Drei Jahre war das Buffetfräulein H. in der Gaststätte R. beschäftigt. Da sie außer Kost war, und oft recht lange bis in die Nacht hinein Dienst tun mußte, ließ sie sich einmal (!) von einer in Kost stehenden Kollegin eine Frühstücksstulle geben. Daraufhin wurde ihr wegen „unberechtigter Entnahme von Lebensmitteln" (!) gekündigt. Da sie bei ihrer Entlassung weder den ihr zustehenden Urlaub, noch ein ordnungsmäßiges Zeugnis erhielt, klagte sie vor dem Arbeitsgericht. Ihre Ansprüche müssen aber erst durch Zeugenvernehmungen noch näher geklärt werden. Der Kuriosität des Kündigungsgrundes halber aber sei dieser Fall hier vor dem endgültigen Entscheid des Gerichts mitgeteilt.

Bezahlung von Laufstunden.

Vom 12. Januar bis 12. Februar war der Maurer J. bei der Baufirma Sch. mit einem Stundenlohn von 1,13 Mark beschäftigt. Da er aber seine Arbeit in Carlowitz verrichten mußte klagte er vor dem Arbeitsgericht auf Mitberechnung von Laufstunden — für den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte — in Höhe von 31 Mark. Die beklagte Firma beantragte Ablehnung der Klage, da der Arbeitsvertrag nicht in Breslau, sondern in Carlowitz abgeschlossen worden sei. Durch Vernehmung des Arbeitsvermittlers wurde festgestellt, daß mit Aushändigung des Zuweisungsscheines an den Arbeitsuchenden hier kein Zwang verbunden ist, entfernte Arbeit anzunehmen. Da außerdem der Abschluß des Arbeitsverhältnisses in Carlowitz zweifelsfrei war, wurde der Maurer mit seiner Klage abgewiesen.

Auch bei Krankheit während der Kündigungsfrist ist der Unterschied zwischen Krankengeld und Lohn zu zahlen.

Der Kutscher M. erlitt einen Betriebsunfall und wurde daraufhin von seinem Arbeitgeber L. entlassen. Außerdem wurde ihm sein Lohn mit dem Hinweis, daß er ja Krankengeld beziehe, für die Kündigungsfrist nicht bezahlt. Der Kutscher klagte mit Berufung auf § 616 BGB. um den Differenzbetrag vom Krankengeld zum Lohn in Höhe von 19,16 Mark. Trotzdem an Gerichtsstelle auf Grund der klaren Gesetzeslage belehrt, beantragte der Arbeitgeber Abweisung der „unberechtigten" Klage. Das Gericht verurteilte ihn darauf zur Zahlung des geforderten Differenzbetrages.

Wie lange dauert eine aushilfsweise Beschäftigung?

Der Angestellte Bl. trat am 29. Dezember 1927 bei der Firma B. in Stellung und wurde am 31. März d. Js. fristlos entlassen. Da er sich zu Unrechtentlassen sah, klagte er vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung seines Gehaltes bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist. Die beklagte Firma beantragte Abweisung der Klage, da der Kläger nur aushilfsweise beschäftigt gewesen sei, sie also berechtigt war, ihn ohne Kündigung zu entlassen. Da aber die Begründung der aushilfsweisen Beschäftigung die Dreimonatspflicht bei der Entlassung verstrichen war, kam das Gericht zu der Feststellung, daß sie dem Angestellten am 31. März hätte ordnungsgemäß kündigen müssen. Das Dienstverhältnis besteht also bis zum Ablauf der gesetzmäßigen Kündigungsfrist fort.

Werkführer oder Vorarbeiter?

Der bei der Firma D. in Diensten stehende Werkmeister wurde bei Konkurs der Firma ohne Kündigung entlassen. Da keine Kündigungsfristt vereinbart war, erhob er vor dem Arbeitsgericht Klage gegen den Konkursverwalter auf Zahlung von sechs Wochen Gehalt in Höhe von 375 Mark. Der Konkursverwalter beantragte aber Abweisung der Klage mit der Begründung, daß der Kläger nicht als Werkmeister, sondern nur als Vorarbeiter bei der Firma beschäftigt war. Aus diesem Grunde habe er keinen Anspruch auf ine sechswöchentliche Kündigungsfrist. Da die bisherige Beweisaufnahme die Art der Beschäftigung nicht klar nachweisen konnte, mußte noch ein weiterer Termin anberaumt und eine Anzahl weiterer Zeugen geladen werden.

Achtung, Kreistagswahlen!

Oeffentliche Wählerversammlungen der Sozialdemokratischen Partei in den Kreisen Breslau und Neumarkt

Neumarkt: Mittwoch, den 30. Mai, 20 Uhr, im „Gelben Löwen". Redner: Genosse Medlin, Breslau.

Maltsch a. O.: Donnerstag, den 31. Mai, 20 Uhr.

Ransern: Sonnabend, den 2. Juni, 20 Uhr, in Seidels Lokal.

Brockau: Freitag, den 1. Juni, 20 Uhr, bei Mende, Genossenschaftsrestaurant. Redner: Genosse Dr. Hamburger, M. d. L.

Kreistagswahlen haben für die Einwohner der wählenden Kreise keine geringere Bedeutung, wie die allgemein politischen Wahlen. Niemand versäume daher die Wählerversammlungen, in denen unsere Stellung zur Kreis-Kommunalpolitik dargelegt wird.

Zusammenhang zwischen Unfall und Krankheit.

Die Berufungsverfahren vor dem Oberversicherungsamt zeigen immer wieder, wie schwer es ist, einwandfrei zu beweisen, daß ein Zusammenhang zwischen einem erlittenen Unfall und einer später infolge dieses Unfalls aufgetretenen Krankheit besteht. Auch die ärztlichen Gutachten sind da recht verschiedenartig. Maßgebend ist dann meistens das Urteil des Gerichtsarztes, der aber in vielen Fällen auch kein unanfechtbares Urteil geben kann, da er nicht immer Facharzt ist und sich dann meist nur dem Gutachten der anderen Vertrauensärzte anschließt. Wenn man die Rentenkämpfe der Unfallverletzten verfolgt, so hat es oft den Anschein, als würden nur Kranke überall eingestellt oder als ob alle Unfallverletzten schon von Geburt an krank wären; in allen schlummerten Krankheiten, die durch den Unfall eben ausgelöst wurden. Wenn man aber letzteres zugibt, dann müßte man auch daraus die logische Schlußfolgerung ziehen, daß letzten Endes dann eben doch der Unfall, wenn er die latenten Krankheitskeime zur Entfaltung bringt, die Schuld an den Unfallfolgen hat. Die gesetzlichen Bestimmungen müßten diesem Umstand Rechnung tragen, und es sollte doch in allen diesen Fällen den Antragstellern die Rente bewilligt werden; denn ohne einen Unfall wären sie weiter gesund geblieben und hätten wohl von der angeblich in ihnen schlummernden Krankheit nichts gemerkt.

Wie schwer der Beweis für den kausalen Zusammenhang zwischen Unfall und eventuellen Folgen ist, zeigte kürzlich wieder eine Verhandlung vor dem Ober-Versicherungsamt. Es handelte sich um den Fall des verstorbenen Bahnpolizeibeamten T. Dieser wurde im Sommer vorigen Jahres bei der Arretierung eines renitenten Reisenden von diesem ins Gesicht geschlagen und erhielt auch Faustschläge in die Brustgegend. Dies wurde durch Zeugenaussagen erwiesen. Nach Angaben der Frau T. hat ihr Mann seit dieser Zeit ständig über Schmerzen in der Brust geklagt, mußte sich später in ärztliche Behandlung begeben und starb im November. Der seitens der Witwe gestellte Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente wurde abgelehnt, mit der bekannten Begründung, daß zwischen Tod und Unfall kein Zusammenhang bestehe! Die Angaben der Witwe, daß ihr Mann seit jenem Tage über Schmerzen geklagt habe, seien ohne Beweiskraft, da Frau T. hier Interessent sei. Dr. H. hatte in der Brusthöhle ein Sarkom festgestellt und die Möglichkeit, daß die Heftigkeit der Schläge den Anlaß zum Wachstum des Gewächses gewesen sei, zugegeben. Dr. K. wollte sich über einen Zusammenhang zwischen Tod und Unfall nur mit Reserve äußern. Dr. S. hielt diesen Zusammenhang nur dann für möglich, wenn ein Sarkom bestanden hat; dieses führt mit Sicherheit nach kürzerer oder längere Zeit zum Tode. Aber die Auslösung eines Sarkoms durch Unfall ist selten; meist ist Veranlagung anzunehmen. Er halte in diesem Falle einen Zusammenhang für unwahrscheinlich. In dem Gutachten der Maxklinik wurde gesagt, daß ein Zusammenhang nicht vollkommen geleugnet werden könne; jedoch sei diese Sicherheit sehr gering.

Auch das Ober-Versicherungsamt kam zur Abweisung der Berufung; mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Rente nur gewährt werden könne, wenn mit Sicherheit oder an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Zusammenhang zwischen Tod und Unfall konstruiert werden könne. Dies sei hier nicht der Fall. Es wurde aber Frau T. geraten, den Versuch zu machen, im Gnadenwege etwas zu erreichen; auch kann sie gegen den ablehnenden Bescheid Berufung beim Reichsversicherungsamt einlegen. Augenblicklich befindet sie sich in Notlage; ihr Mann starb kurz vor der Anstellung.

Hoffentlich nimmt Frau T. zur nächsten Verhandlung einen sachkundigen Vertreter; denn nach Lage der Dinge ist die Wahrscheinlichkeit für einen Zusammenhang zwischen Tod und Unfall doch gegeben. Der Mann ist vorher nie krank gewesen, und ohne jene Schläge hätte sich ein Sarkom, selbst wenn Anlage dazu vorhanden gewesen sein soll, wohl nicht gebildet.

---

* **Breslauer Volksbühne.** Zu dem Lichtbildervortrag, den Regierungs- und Baurat R. Riemeyer-Oppeln auf Veranlassung der „Kunstgilde" am Montag, den 4. Juni, im Saale des Kunstgewerbemuseums, Graupenstraße, über das Thema „Die farbige Stadt" hält, steht den Mitgliedern der Volksbühne eine beschränkte Anzahl von ermäßigten Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. (statt 75 Pf.) zur Verfügung.

* **Die eigenmächtige Entnahme von Gas oder Strom** wird, worauf der Magistrat wieder einmal hinweist, als Diebstahl verfolgt und von den Gerichten im allgemeinen mit Gefängnis bestraft.

= **Vermißt** seit 28. Mai der Reisende Julius Bremicker, geboren 17. November 1900 zu Remscheid, hier, Blücherstraße 21 wohnhaft gewesen. 1,70 Meter groß, schmächtig, graugemischtes Kopfhaar, ohne Schnurrbart, braune Augen. Bekleidung: grauer Filzhut, neuer, rötlich-brauner Anzug, hohe schwarze Schnürschuhe. Trägt Trauring gezeichnet M. B. Es wird Unglücksfall vermutet. Nachricht über Aufenthalt erbittet die Kriminalpolizei, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

* **Mit dem Messer bedroht** wurde heute nacht am Weißenburger Platz ein Kesselschmied von einem Obergefreiten des Reichswehr-Regiments 7. Ein hinzugerufener Schutzpolizeibeamter stellte die Personalien des Messerhelden fest.

* **Ueberfallkommando zu einem Familienstreit.** Im Hause Morgenaustraße 15 kam es am Dienstag abend zwischen zwei Familien wegen der Kinder beider Parteien zu einem Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete, so daß das Ueberfallkommando zu Hilfe gerufen wurde. Obwohl im Laufe der Schlägerei die eine Ehefrau durch Schläge mit einer Flasche und ein Mann durch Messerstiche verletzt wurden, verzichteten die Parteien auf polizeiliche Hilfe.

* **Die täglichen Kleinviehdiebstähle.** Aus zwei Schrebergartenlauben an der Bergstraße, denen Einbrecher einen nächtlichen Besuch abstatteten, entwendeten sie elf Hühner, während andere Einbrecher bei einem Einbruch in einen Stall in der Drabiziusstraße fünf Kaninchen als Beute in die Hände fielen. In beiden Fällen konnten die Täter unbemerkt verduften.

* **Einbruch in eine Baubude.** Während der Pfingstfeiertage wurde von unbekannten Tätern in eine auf der Striegauer Straße an der Pauluskirche stehende Baubude der städtischen Rohrnetzbetriebe ein Einbruch verübt, bei dem die Einbrecher eine Schweißpistole, einen Gas- und einen Sauerstoffmanometer, sowie einen Schneidbrenner, zehn Schweißbrenner, 8 Meter Gummischlauch und verschiedene Einsatzspritzen entwendeten.

* **Bei einem Zusammenstoß** zwischen einem Motorradfahrer und einem Radfahrer, der sich am Dienstag nachmittag an der Ecke Frankfurter- und Malapaner Straße ereignete, stürzte der Führer des Kraftrades so unglücklich, daß er einen Armbruch und Kopfverletzungen erlitt.

Arbeiter-Sport

Das Pfingsttreffen der schlesischen Arbeitersportler-Jugend.

Pfingsten nach Waldenburg! So lautete die Parole der Arbeitersportlerjugend des 14. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Und viele Hunderte kamen. Aus Breslau allein fuhr ein Sonderzug mit etwa 1000 Jugendlichen, aber auch aus den vielen Kleinstädten und den entlegeneren Dörfern unserer Provinz leistete man gerne diesem Rufe Folge. Galt es doch nicht nur sich in sportlichen Wettkämpfen zu messen, sondern auch vor allem Fühlung miteinander zu nehmen.

Der Wettergott schlug gar arg um sich, als soviel rotes Jungproletariat — denn auch die Sozialistische Arbeiter-Jugend hatte am gleichen Ort ihr Pfingsttreffen — zusammenströmte. Aber man lachte wirklich über dieses Regenwetter. Und die Waldenburger Genossen konnten alle Gemeldeten und alle mit fröhlichem Gesicht empfangen, um sie in Privat- und Massenquartiere unterzubringen. Nur eine bange blieb. „Was wird aus dem morgigen Tag?" Aber noch ehe diese Sorge verschlafen war, strahlte frühlingswarm die Sonne. Mit frischen Liedern zogen die einzelnen Trupps am anderen Morgen zum Stadion in Neu-Waldenburg, um festzustellen, daß Wasser doch nicht so langsam verdunstet und versickert. Das weite Stadionfeld mußte also erst trocknen und hergerichtet werden und die Jugend hatte einen „freien" Vormittag.

Um so frischer sammelte man sich dann in stillerer Mittagsstunde zum Festzug durch die Stadt. Galt es doch den Spießern, die es ja auch hier gibt, und vor allem aber unseren Waldenburger Genossen sich in machtvoller Kundgebung zu zeigen. Ein prachtvolles frisches Bild ungebrochener Jugendkraft des Proletariats dieser Festzug. Philiströsem Muckertum trotzend, waren die Turnerinnen in ihrer Sportkleidung, der dann ebenfalls im leichten und oft bunten Sportdreß die einzelnen Sparten folgten. Musikkapellen begleiteten diesen weit über 2000 Jugendliche zählenden Zug. Und viele, viele rote Sturmfahnen wehten über ihren Reihen.

Ein wiederum schönes Bild, als die vielen Reihen in das Waldenburger Stadion ihren Einzug hielten. Hier begrüßte Kreisjugendobmann Genosse Grosser die Jugendlichen des schlesischen Kreises. Dann begannen die Spiele im Stadion. Die Massenfreiübungen der Turner und Turnerinnen vermittelten ästhetische Reize und fanden den Beifall der zahlreichen Zuschauer. Wettkämpfe der einzelnen Gruppen wurden ausgetragen. Das Fußballspiel Breslau gegen Waldenburg endete 2:2. Abends formierte sich noch einmal der Zug der Sportjugend zum Fackelzug. Einen besonderen Eindruck hinterließ die Schlußfeier mit Gruppenbildern und Fackelschwingen im Stadion.

Der zweite Tag war dem Wandern gewidmet, läßt doch der heutige moderne Sport nur wenig Zeit hierfür übrig. So trifft man in fast allen umliegenden Bergtälern und auf mancher stolzen Höhe der umliegenden Gebirge noch kleinere „Fähnlein" von Sportlerjugend. Am späten Abend aber entrachten am Heimatsorten die Züge wohl müde, aber zu frischer Arbeit begeisterte Menschen. Nur wenige Genossen konnten noch einen dritten Tag in stiller Bergeswelt bleiben.

Das Pfingstjugendtreffen war ein Erlebnis für alle Teilnehmer und ein Erfolg für die Sache und — nicht unbedeutende Arbeit für die Funktionäre und Sportgruppenleiter. Besonderen Dank aber sei der Waldenburger Arbeiterschaft und den dortigen Sportlern entgegengebracht für sorgfältige Vorbereitung und ihre gastfreundliche Opferwilligkeit. Für alle Teilnehmer aber wird dieses Treffen ein nachhaltiges Erinnerungsbild sein, wird ihnen aufs neue ihre Kräfte zu weiterer Arbeit spannen.

Rast-Vollprobe. Mittwoch, den 30. Mai, findet im Gewerkschaftshause im großen Saale eine Vollprobe aller Kartellvereine für die Rast-Freiübungen statt. Es üben von 6—7 Uhr die Mädchen; von 7—8 Uhr die Knaben; von 8—½9 Uhr die Männer die erste Uebung von ½9—9 Uhr, die Frauen die erste Uebung und von 9—10 Uhr gemeinsam die zweite Freiübung. Wir ersuchen alle Kartellvereine aller Sparten, mit ihren übenden Mitgliedern zu erscheinen. Wir müssen feststellen, wieviel ungefähr Freiübungsteilnehmer antreten werden. Wir bitten die Vereins- und Abteilungsleiter um ihre Angaben bei diesem Uebungsabend. Vereine, welche erst neu anfangen die Freiübungen einzuüben, nehmen auf der Galerie Platz. Diese sehen sich die Uebungen erst einmal an. Nach 10 Uhr findet dann eine Besprechung statt, wo Wünsche wegen des Neueinübens bekanntgegeben werden können. Alle Vereine erhalten heut abend die Aufstellung für sämtliche Straßenläufe zum Rast, ferner ein druckfertiges Programm und ein Formular für den Kursusabend am Sonnabend, den 2. Juni. Aenderungen sind bis Sonnabend beim Kursusabend noch anzubringen.

Schiedsrichter für Handball. Der Ausschuß ist sich darüber einig geworden, eine längere Zeit mit den Vollversammlungen auszusetzen. Die Schiedsrichter sind aber verpflichtet, bei Börsenspielen zur Stelle zu sein. Ab 1. Juni sämtliche Anschriften an den Obmann W. Langer, Bunzlauer Straße 12, Firma S. Landau & Co.

An alle Turnspieler. Am Sonntag, den 3. Juni, besteht für sämtliche Turnspieler anläßlich der Kreistagswahlen für den Landkreis Breslau, Oels, Neumarkt strengstes Spielverbot.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V., 5. Frauen-Abteilung. Mitglieder der Jugend-Volksbühne gehen Mittwoch, den 6. Juni, ins Thalia-Theater.

Schwimmverein „Poseidon", e. V. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, sind alle aktiven Mitglieder zum Einüben der „Rast"-Freiübungen im Gewerkschaftshause, großer Saal. — Dienstag, den 5. Juni, 20 Uhr, im Poseidon-Bad Technikersitzung. — Alle Wahlhelfer-Bescheinigungen sind bald an die Unterkassierer oder an der Kasse im Poseidon-Bad abzugeben.

Freie Ruder-Vereinigung Breslau, e. V. Heute abend treffen sich alle aktiven Mitglieder im Gewerkschaftshause zum Einüben der „Rast"-Freiübungen.

Freie Kanu-Vereinigung. Freitag, den 1. Juni, im Gewerkschaftshause Mitgliederversammlung. — Heute, 20 Uhr, Vorstandssitzung im Bootshaus.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Meizig, Burgstraße. — Jiu-Jitsi. Im Juni findet unter Leitung von Berliner Genossen ein Kursus statt. Anfragen sind an Genossen Knöpel, Sonnenrosenweg 9, zu richten.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Donnerstag, den 31. Mai, Trageübung auf dem Platz der Rettungswache an der Pumpstation. Die gesamte Kolonne tritt um 18½ Uhr an. Jede Abteilung muß eine Trage mitbringen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", e. V. Jugendgruppe. Wir gehen am Sonnabend, den 2. Juni, und Montag, den 4. Juni, ins Thalia-Theater. Karten im Heimabend abholen.

Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!

Landarbeiter aber wählen sozialdemokratisch Liste 1

Tag der Jugend!

Die niederschlesische Arbeiterjugend in Waldenburg.

Alljährlich trifft sich die in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend organisierte Jungarbeiterschaft in allen Gauen des Reiches auf Landesjugendtagen, um Heerschau zu halten und einige Tage in froher festlicher Gemeinschaft zusammen zu sein. Frohe Tage, herausgestellt aus der Alltagsfron, aus Großstadtenge. Wochen-, ja monatelang wird zu diesem Tag in froher Vorfreude gerüstet.

Zum sechsten Male fand man sich diese Pfingsten, zum zweiten Male in Schlesiens Berg- und Bergbaustadt Waldenburg zum Landesjugendtag zusammen. Wohl hatte die einige Tage zuvor einsetzende schlechte Witterung etwas Schatten auf die Stimmung geworfen, trotzdem aber kamen sie alle, ja noch viel mehr, als sich angemeldet hatten, aus der Großstadt, aus vielen unserer schlesischen Kleinstädte, aus stillen, entlegenen Dörfern. In später Abendstunde trafen die Züge in Waldenburg ein, immer regnet es in Strömen. Ein orientierender Umblick ist nicht möglich, auch nicht notwendig, denn schon nehmen die Waldenburger Jugendgenossen ihre Freunde empfangsbereit in ihre Mitte. Nach kurzer Begrüßung geht es in die vielen, in ganz Waldenburg verteilten, von unseren Parteigenossen gastfreundlich zur Verfügung gestellten Privatquartiere.

* * *

Pfingst-Sonntagmorgen! Das schlechte Wetter, das die Leitung schon an eine Umstellung des Programms denken ließ, ist verschwunden. Es regnet nicht, als aus all den Quartieren die Jugendlichen

zur Morgenfeier

in die „Schauburg" gezogen kamen. Der große Raum der „Schauburg" konnte die Teilnehmer kaum fassen, als Genosse Ohlig die Jugend und die älteren Genossen begrüßte. Genosse Zapke, der Waldenburger Kreisleiter der Partei, überbrachte der Jugend die Grüße der Partei, als Stadtverordneten-Vorsteher den Gruß der Stadtgemeinde, die als erste in Preußen — und das quittierte die Jugend mit besonderem Beifall — vor kurzem ein eigenes Schulgebäude für die weltliche Schule errichtete.

Das Sprechchorwerk „Erlösung" unseres Arbeiterdichters Schönlank gab dem Morgen die Weihe. Stimmungsvoll leitete die Kadensche Bergkapelle mit Griegschen Weisen die Aufführung ein. Die Waldenburger Jugendgenossen haben sich mit dieser Aufführung, die mit der gemeinsam gesungenen Internationale abschloß, den Großstadt-Sprechchören durchaus ebenbürtig gezeigt. Dann, als man wieder ins Freie trat, flatterten die roten Fahnen im herrlichsten Sonnenschein.

In stiller Mittagstunde sah man später die „rote Jugend", einzeln und in Trupps, zum Treffen am Vierhäuser-Platz ziehen. Gegen 2000 Teilnehmer wies der Zug der jugendlichen Roten auf, die mit Musik und ihren flatternden Fahnen durch die mittagsstillen Straßen von Waldenburg hinaus nach Hermsdorf zogen. Herzlich war der Empfang, der den Jugendlichen in dem Proletarierort Hermsdorf bereitet wurde. Aus den Fenstern der grauen kahlen Fassaden der Mietskasernen wehten zahlreiche rote und schwarz-rot-goldene Fahnen, sogar das Gebäude der Gemeindeverwaltung grüßte die Jugend im Flaggenschmuck. Die Bergarbeiter umsäumten, mit frischem „Frei Heil! von den Jugendlichen begrüßt, die Straßen. Auf dem Hermsdorfer Sportplatz endete der Zug. Kurze Ansprachen gegenseitiger Begrüßung, und bald tummelte sich die Jugend, aufgelöst in Spielgruppen, auf dem weiten grünen Feld. Der Nachmittag wurde zum

Jugend-Volksfest.

Volkstänze sah man bei den Jüngeren, die Aelteren fanden sich zu anderen Spielen oder zu Diskussionen in kleineren Gruppen zusammen. Alte Bekanntschaften wurden erneuert, neue Freunde fanden sich. Die Jugend einer gleichgesinnten Bewegung, geeint in froher Gemeinschaft, suchte so in Spiel und Freude Auslösung von erneuter Arbeit daheim in den vielen Ortsgruppen.

Als der Abend dämmerte, zog man durch die neuen Arbeitersiedlungen, wo fast jedes Haus der Jugend zu Ehren geschmückt war, zu dem stillen, idyllischen Volkspark. Dieser Park, eine Oase, im Industriegelände, ist ein Werk, das auf Initiative unserer Genossen geschaffen wurde. Das erste nächtliche Dunkel senkte sich über die alten Bäume. Auf der Naturbühne dieses Parks leuchteten die Fackeln auf. Das schon ältere, aber bisher nur wenig gespielte Sprechwerk von Hermann Claudius „Menschheitswille" wurde hier von Breslauer Jugendgenossen mit starker Wirkung zur Darstellung gebracht. Nur schade, daß durch die Anlage des Platzes nicht allen Zuschauern der gleiche Genuß zuteil wurde. Freudige Bewegung ging durch den menschengefüllten Volkspark, als bekannt wird:

Genosse Löbe spricht.

Genosse Löbe, der bereits am Nachmittag mit Reichstagsabgeordneten Genossen Wendemuth unter den Jugendlichen weilte, überbrachte den Gruß der Alten, ihren Dank für ihre Hilfe im Kampf. Hier Kampf und politisches Ringen, dann Spiel und Freude. Noch fehlt der Jugend zur Freude Zeit und Geld. Wir werden aber auch dies noch zu erringen wissen. Was aber ist der Sinn eurer Demonstration? Neues Leben in einem neuen Staate gilt es zu erkämpfen. Die Alten haben sich die Republik geschaffen, aber ihr schaffet nun

den sozialistischen Staat.

Mit einem dreifachen Frei-Heil auf die sozialistische Bewegung schließt Genosse Löbe seine kurze, begeistert aufgenommene Rede.

Dann formiert sich die Jugend zum Fackelzug. Viele hundert Fackeln erleuchten nächtliches Dunkel. Sind Symbol eines Aufwärtsstrebens, daß „hell aus dem Dunkel der Vergangenheit das Licht der Zukunft blick." Noch einmal grüßen die zahlreich sich eingefundenen Hermsdorfer Genossen ihre jungen Freunde. Kilometerlang zieht die Feuerschlange nach Waldenburg hinein, vorbei an neugierigen Zuschauern, begleitet von unseren Genossen. Als am Rathausplatz die Fackeln verlöschen, spricht Genosse Wismann, Waldenburg, der seit 15 Jahren in der Arbeiterjugendbewegung mitwirkt. Mit anfeuernden begeisternden kurzen Worten schließt er den festlichen Tag ab. Genosse Ohlig sagt Dank an all die tätigen Mithelfer und die Waldenburger Gastgeber. Noch einmal erklingen Jugend- und Kampflieder durch die Straßen der Stadt und bald ist alles in den Quartieren angelangt.

Arbeitsopfer und Kreistagswahlen!

Am 20. Mai 1928 hat auch die Sozialrentnerschaft der Kreise Breslau und Neumarkt mit dem Bürgerblock, der jahrelang jede vernünftige Rentenerhöhung hintertrieb und „Verbesserungen" bewilligte, daß dem sozialdenkenden Staatsbürger die Schamröte ins Gesicht stieg, abgerechnet. Mit allen Mitteln hatte es die Damen der besseren Gesellschaftsklasse versucht, die Alten aufzusuchen, Kaffeeklatsche zu veranstalten, um so alte und gebrechliche Menschen willfährig für ihr politisches Manöver zu machen. Das Alter aber hat ihnen am 20. Mai die Quittung gegeben. Aus dem Ausgang der Wahl erwartet nun die Sozialrentnerschaft anderes soziales Mitempfinden.

Der zweite Kampftag

am 3. Juni 1928 ist für die Sozialrentnerschaft abermals von größter Bedeutung! Der Reichstag kann nur höhere Renten und Gesetze beschließen, die dann von den Ländern zur Ausführung zu bringen sind. Die Länder übertragen ausführende Maßnahmen an die unteren Instanzen. So wie diese zusammengesetzt sind, tritt entweder Fortschritt oder Rückschritt ein.

Weil man der deutschen Rentnerschaft den zum Leben notwendigen Unterhalt aus der Versicherung nicht gibt, müssen die Arbeitsopfer heute in Tausenden von Fällen Fürsorge von den Gemeinden in Anspruch nehmen. Die Arbeitsopfer sind Gegner der sozialen Fürsorge, weil sie mit Recht

ausreichende Grundrenten

zu verlangen haben. Die Fürsorgepflicht-Verordnung wird von den Gemeinden oft in der schlimmsten Weise sabotiert. Die sozialdemokratischen Vertreter in den Kreistagen und Gemeinden haben in den letzten Jahren versucht, die Fürsorge dem Alter zugute kommen zu lassen. Sie sind aber daran gehindert worden, weil viele Arbeitsopfer bei letzter Kreistagswahl falschen Propheten die Stimme gaben. **Um die begangenen Ungerechtigkeiten wieder beseitigen zu können, gibt es für die Arbeitsopfer der Kreise Breslau-Land und Neumarkt nichts anderes, als am 3. Juni 1928 geschlossen an die Wahlurne zu gehen und die Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei zu wählen.**

Die Deutschnationalen sind Gegner der Sozialpolitik!

Arbeitsopfer, erinnert ihr euch noch daran, daß, als erhöhte Richtsätze beantragt wurden, die Deutschnationalen es waren, die den Aermsten der Armen mit Keulenschlägen antworteten. Seit 1925 geht der Kampf um gerechte Richtsätze, alles ist teurer geworden, aber die Zusatzrenten haben nur Erhöhung erfahren, wie es den Deutschnationalen beliebte. Ein würdiger Vertreter war auch

Bürgermeister Hoffmann-Waldau,

der in einer Verhandlung am 3. November 1925 über Festsetzung von Unterstützungshöchstsätzen in Neumarkt erklärte, daß bei einer örtlichen Besprechung der Lebensbedarf einer Einzelperson mit 1 Mark festgestellt worden sei und diese 1 Mark pro Tag wie folgt verteilte:

Frühstück	15 Pf.
Mittagessen	35 „
Abendbrot	20 „
Miete	15 „
Kleidung	10 „
Beleuchtung	5 „

Zusammen 1 Mark, und da man den Monat mit 30 Mark berechnete, ist der Richtsatz mit 30 Mark festgelegt worden, der wiederum erst nach hartem Kampfe um 10 % erhöht worden war.

Arbeitsopfer! Fragt doch einmal diese Helden und die Damen der besseren Gesellschaftsklasse, die in den Wohlfahrtsausschüssen über eure Not zu Gericht sitzen, ob sie im Monat mit einer so lumpigen Rente auskommen würden!

Wählen sollt ihr sie, aber als Menschen vierten Grades behandeln sie euch!

Nicht jeder muß Zusatzrente bekommen, sondern derjenige kann welche erhalten, wo die Bedürftigkeit vorliegt.

Die Bedürftigkeit prüfen jene Damen, die in der Auswahl ihrer Eltern vorsichtiger waren, die eure Not niemals gekannt haben und niemals kennen lernen werden!

In der Fürsorge steht der Sozialrentner unter polizeilicher Aufsichtsstellung, obwohl er bis ins hohe Alter hinein oder frühzeitig gebrechlich wurde, als Arbeitsbiene den Arbeitsdrohnen seine gesunde Arbeitskraft opferte.

Soll das so bleiben? Nein, sagen wir, es muß besser werden!

Arbeitsopfer! Wenn ihr alle Tage das Unrecht seht und fühlt, das euch geschieht, und wenn ihr dann in einsamer Kammer jammert und klagt, so hilft das gar nichts, den bürgerlichen Klüngel und speziell die Deutschnationalen läßt euere Not ganz ungeschoren. Wenn ihr aber gegen das Unrecht kämpft, dann kann es besser werden, dann empfindet ihr Genugtuung für die euch zugefügte Schmach. Habt ihr nicht das heiße Verlangen, alles zu tun, was ihr könnt, um zu verhindern, daß euere Kinder, die ihr liebt, denen ihr das Beste geben wollt, nicht in dasselbe elende Leben hineingeraten, in welchem ihr euch heute befindet? Es gibt keinen Ausweg mehr für euch:

Entweder ihr wollt weiter hungern, dann wählt euere eigenen Feinde; oder wollt ihr es besser haben, dann wählt Liste 1 Sozialdemokratische Partei!

Die Sozialdemokratie tritt ein:

Gegen die mangelhaften, geradezu beschämenden Unterstützungsrichtsätze in der Fürsorge;

Gegen die Schmälerung der Mitbestimmungsrechte der Fürsorgeberechtigten;

Gegen das wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Unrecht, das den Arbeitsinvaliden alle Tage zugefügt wird;

Gegen Unrecht und Not — für euer Recht!

Wählt Liste 1, Sozialdemokratische Partei!

in allen Städten und Gemeinden der Kreise Breslau-Land und Neumarkt.

Aus Schlesien.

63 000 Mark von einem Bankdirektor unterschlagen. In der Stadt Freiburg waren vor einiger Zeit bei der Handels- und Gewerbebank Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die man entdeckte und die zu einer strengeren Untersuchung Veranlassung gaben. Nachdem die Untersuchung abgeschlossen war, tagte jetzt die Generalversammlung der genannten Bank, die recht stürmisch und dramatisch verlief. Die festgestellten Unterschleife haben eine Höhe von 63 000 Mark erreicht. Es stellte sich jetzt auch heraus, warum der Schuldige, Direktor Delmann, vier Jahre lang auf seinen Urlaub verzichtet hatte. Sehr leicht gemacht wurden die Unterschlagungen dem Direktor durch die Vertrauensseligkeit des Vorstandes und Aufsichtsrats. Sie haben Bilanzen unterzeichnet, ohne daß Zahlen eingetragen waren. Dabei bestehen beide Korporationen ausschließlich aus routinierten Kaufleuten. Eine weitere Schuld wird dem Kontrolleur und Gegenbuchführer zugemessen, sodaß man beabsichtigt, auch diese zu entlassen. Zur Deckung des angerichteten Schadens sind die Villa des Direktors und andere Werte von ihm beschlagnahmt worden. Trotzdem werden die Mitglieder der Bank für lange Zeit auf Gewinn verzichten müssen.

Aus der Umgebung.

Neu-Breslau.

Hochwasser überall.

Durch starken Gewitterregen im Gebiete der Peile führte die Weistritz am 2. Feiertage starkes Hochwasser, so daß der Wasserspiegel in der Zeit von 12 bis 16 Uhr um zirka 3 Meter stieg. Die beiden Holzbrücken in Goldschmieden waren durch das Hochwasser stark gefährdet und ein Durchbruch des Dammes am Kaffeehaus Goldschmieden zu befürchten, da bereits Wasser unter der Dammkrone hervorkam. Im Verein mit den freiwilligen Feuerwehren Goldschmieden, Deutsch-Lissa, Rentsch und Herrmannsdorf wurden die gefährdeten Stellen von der alarmierten Breslauer Feuerwehr durch Faschinen und Sandsäcke befestigt. Die Sicherungsarbeiten, die an die Kräfte der Feuerwehr starke Ansprüche stellten, mußten die ganze Nacht hindurch fortgesetzt werden. Da gegen Morgen ein Fallen des Wassers beobachtet wurde, konnte die Hauptgefahr als beseitigt angesehen und der größte Teil der Mannschaften entlassen werden. Ein Beobachtungspoiten von den freiwilligen Feuerwehren Goldschmieden und Deutsch-Lissa übernahm die erforderlichen Absperr-Maßnahmen. Seit dem Jahre 1883, in dem an dieser Stelle ein Dammbruch stattfand, hat das Hochwasser keine solche Höhe mehr erreicht. Teile von Goldschmieden waren noch gestern vormittag durch das Wasser vollständig abgeschnitten.

Waffen in Schlesien.

Kommunistische Tartarennachrichten.

Wir brachten am 8. Mai eine ausführliche Wiedergabe der von der kommunistischen „Arbeiterzeitung" gebrachten angeblichen Enthüllungen über Waffenlager in Carlowitz, die durch ihre sehr detaillierten Angaben einen gewissen Anschein der Wahrscheinlichkeit für sich hatten. Wie wir inzwischen festzustellen in der Lage waren, sind bei den der Veröffentlichung folgenden Haussuchungen bei den angegebenen Personen tatsächlich nur die in dem allerdings reichlich spät und für den gewöhnlichen Leser nicht ganz vollständig erscheinenden Polizeibericht genannten Waffen gefunden worden, die schwerlich auf eine systematische Bewaffnung des Carlowitzer Stahlhelms schließen lassen. Ueberdies haben bei den genannten Personen schon in den Jahren 1922 und 1923 Haussuchungen stattgefunden, sodaß man zu versteckende Waffen schwerlich bei ihnen unterbringen würde. Wie Vertreter der Kommunistischen Partei bei Besprechungen mit der Polizei unzweideutig zu erkennen gegeben haben, waren sie auch **weniger an der Aufdeckung der vorgeblich vorhandenen Waffenlager, als an der sensationellen Aufmachung der Sache interessiert.**

Aus gleichen Gründen scheint man dann gänzlich willkürlich den Namen eines jüdischen Rechtsanwalts genannt zu haben, der ausgerechnet Stahlhelm-Waffen umgebettet haben soll. Wesentlich zur Beruhigung hätte, angesicht der eingehenden Angaben der A.-Z., die immerhin erhebliches Aufsehen erregten, eine schnellere und ausführlichere Berichterstattung der Polizei beitragen können.

Die von uns nicht wiedergegebenen Namen der vorgeblichen Reichswehrinstruktoren sind **zum Teil völlig aus der Luft gegriffen.** Auch hier hätte der sonst sehr gut funktionierende Dementierapparat der Reichswehr einer sicher auch jetzt noch weitergehenden Legendenbildung durch präzise Aufklärung an die Presse vorbeugen können.

Der Unterbezirksvorstand

der Partei hielt am vergangenen Freitag eine Sitzung ab, die sich mit den Vorbereitungen zur Kreistagswahl beschäftigte. Einleitend sprach Landtagsabgeordneter Genosse Winzer über die sich nach den erfolgreichen Reichs- und Landtagswahlen ergebende politische Situation und Probleme, worauf der Vorsitzende Gen. Kleinert in anschaulicher Weise darlegte, wie sich die bei der Reichstagswahl im Kreise erzielten Stimmen im Kreistage auswirken würden und ermahnte alle Funktionäre, unverdrossen dafür zu kämpfen, daß trotz der Ausgemeindung wichtiger Orte der maßgebende Einfluß der Arbeiterklasse auf die Kreistagswahl gewahrt bleibe. Gen. Schiffer beschäftigte sich mit den technischen Vorbereitungen und gab den aus allen Teilen des weitläufigen Unterbezirks herbeigeeilten Funktionären wichtige Fingerzeige für die Praxis dieses in so kurzem Zeitraum vorzubereitenden Wahlkampfes. In der sehr anregsamen Diskussion sprachen die Genossen: Petzke-Maltsch, Reventlow, Kleinert-Klettendorf, Schaaf-Hundsfeld, Klose-Borganie, Kiontka-Opperau, Mücke-Rosenthal, Fritsch-Schmolz, Hoffmann-Sachwitz, Genossin Rudolf-Brockau, Wittow-Wiltschau, Baumgarten-Rotkürben, Kluge-Koberwitz, Mentschke-Lampersdorf. Gegen 22 Uhr wurde alsdann die Sitzung mit einem Appell an die Arbeits- und Siegesfreudigkeit der Funktionäre von Genossen Kleinert geschlossen.

Breslau-Rosenthal. Silberhochzeit. Am Freitag, den 1. Juni, begeht der Genosse August Burckert mit seiner Ehefrau Berta das Fest der silbernen Hochzeit. Unser Freund August ist nicht nur langjähriger rühriger Parteigenosse und Volkswachtleser, sondern auch fleißiger Mitarbeiter in der Genossenschaftsbewegung und Reichsbannerkamerad. Wir wünschen ihm und seiner besseren Hälfte noch recht viele Jahre bester Gesundheit und Wohlergehen.

MAIZENA-Sommerspeisen.

Mit Stachelbeeren, Rhabarber, Kirschen, Himbeeren, Johannisbeeren und MAIZENA stellt man die bekömmlichen Fruchtsuppen und Fruchtflammeris her.

Kochbüchlein gratis durch die Deutsche Maizena Gesellschaft m.b.H. HAMBURG 15.

Aus aller Welt

Mittwoch, 30. Mai 1928

Noch 67 Phosgenvergiftete in den Krankenhäusern.

Dem städtischen Krankenhause sind am Pfingstsonntage noch weitere elf an Phosgenvergiftung erkrankte Personen aus Nieder-Georgswerder zugeführt worden, sodaß die Gesamtzahl der in Harburg eingelieferten Kranken 115 beträgt. Zurzeit befinden sich noch 46 Kranke im Krankenhause. Vom Polizeipräsidium wird heute auf verschiedene Anfragen hin bekannt gegeben, daß nach einem Gutachten des Kreismedizinalrates und des städtischen Gesundheitsamtes Nahrungsmittel, die mit Phosgengas in Berührung gekommen sind, nicht als gesundheitsschädlich zu betrachten sind.

In den Hamburgischen Krankenhäusern befinden sich zurzeit noch 21 Phosgen-Kranke. Mit Ausnahme eines Falles handelt es sich durchweg um Leichterkrankte, die voraussichtlich in den nächsten Tagen entlassen werden können.

Das Hochwasser der Donau.

Infolge der Regengüsse der letzten Tage sind die Zuflüsse der Donau derart rasch gestiegen, daß in der Nacht zum Montag die Donau aus ihren Ufern trat. Am rechten Donauufer sind die Badeanlagen stromaufwärts bis Tulln unter Wasser gesetzt worden. Am Montag haben zwei junge Mädchen auf einem Ausflug durch das jäh ansteigende Hochwasser den Tod gefunden. Auch die Gebiete an der Ostbahnstrecke von Melk bis St. Valentin wurden durch das plötzlich hereinbrechende Hochwasser stark in Mitleidenschaft gezogen. St. Valentin ist rings von Wasser umgeben. In den Straßen der Stadt stand das Wasser teilweise so hoch, daß es durch die Fenster in die zu ebener Erde gelegenen Wohnungen eindrang. Infolge des Hochwassers waren verschiedene Eisenbahnlinien gefährdet. Der Berliner D-Zug, der planmäßig gegen 10 Uhr vormittags in Wien eintreffen sollte, wurde in St. Valentin aufgehalten und über Linz nach Wien geleitet, wo er erst in den Abendstunden eintraf.

Wieder ein schweres Autobusunglück.

Am Dienstag morgen stürzte bei Kettwig ein mit 27 jungen Mädchen besetzter Autobus, der sich auf einer dreitägigen Rheinfahrt befand, beim Ausweichen eines anderen Autos eine Brückenböschung hinunter. Alle jungen Mädchen wurden verletzt, darunter sieben schwer. Auch der Autobuslenker erlitt schwere Verletzungen.

Mit dem Kraftwagen in die Schaufensterscheibe.

In Berlin-Lichterfelde fuhr am Dienstag nachmittag ein Kraftwagen, angeblich infolge Versagens der Steuerung, in das Schaufenster eines Kaufmannsladens. Dabei wurden zwei Erwachsene und ein Kind schwer verletzt. Die Feuerwehr mußte das Verkehrshindernis beseitigen.

Die Vernichtung des Phosgengases.

Die zurzeit angewandte Methode der Vernichtung der Phosgenbestände auf der Veddel hat sich als zu langwierig herausgestellt. Man habe daher auf den ursprünglichen Plan einer Versenkung des Phosgens in die Nordsee zurückgegriffen. Bei einer im Laufe des heutigen Tages stattfindenden Sachverständigen-Besprechung wolle man sich über diese Frage klar werden. Nach Ansicht von Dr. Stolzenberg sei mit dieser Methode der Versenkung in die Nordsee eine Gefährdung von Menschen nicht verbunden, da die Zersetzungsprodukte des Phosgens Kohlensäure und Salzsäure in den in Frage kommenden Fischen für den menschlichen Körper nicht schädlich seien. Fische, die unter Umständen mit dem Gift in Berührung kämen, könnten somit ohne Gefahr für die menschliche Nahrung verwandt werden.

Telephongespräch Köln—Buenos Aires.

Dienstag abend fand auf der „Pressa" in Köln ein ausgezeichnet gelungenes Telephongespräch mit Buenos Aires statt.

Auch Telephonverbindung Köln—Niederländisch-Indien.

Auf der „Pressa" in Köln hat sich am Dienstag ein bedeutsames Ereignis vollzogen. Es ist die telephonische Funkverbindung mit Niederländisch-Indien durch den holländischen Arbeitsminister eröffnet worden. In der niederländischen Ausstellung der „Pressa" ist ein empfindliches Mikrophon angebracht worden, das über das Kölner Fernamt durch Kabel mit dem Amsterdamer Fernamt in Verbindung steht. Durch eine Balancegliederung, verbunden mit einer Echo-Sperreinrichtung, wird der Empfang in Amsterdam mit der niederländischen Sendestation in Kootwijk gekoppelt. In Indien erfolgt der Empfang im Rantja Ekek, das durch Doppeldrahtleitung mit Bandoeng und Weltevreden verbunden ist. In umgekehrter Richtung erfolgt die Sendung in Malabar (Indien) und der Empfang in Mayendel in Holland. Es wurden Gespräche mit der holländischen Gesellschaft auf Java und in Weltevreden, die in Weltevreden ihren Sommersitz hat, geführt. Die Verständigung war in allen Fällen gut.

Drei junge Leute ertrunken.

Beim Kahnfahren auf dem See bei Elsenz kenterte am Sonntag abend ein Boot, das mit sechs jungen Leuten im Alter von 14 bis 19 Jahren besetzt war. Drei Bootsinsassen ertranken, die anderen drei konnten gerettet werden.

Großfeuer in Eisleben.

Ein Großfeuer zerstörte am Montag morgen die Lager- und Fabrikgebäude der Mitteldeutschen Waffelnfabrik in Eisleben. Die Wehren von Eisleben und Helfta und der Mansfeld-A.-G., die den Brand mit zahlreichen Schlauchleitungen angriffen, konnten nur mit Gasmasken an den Brandherd gelangen. Der Schaden beträgt rund 200 000 Mark. Der Betrieb ist auf längere Zeit stillgelegt.

Der Luftschiffwettflug über den Ozean

wird auch die Engländer am Start sehen. Das erste der beiden englischen Luftschiffe „R 100" und „R 101", die sich augenblicklich im Bau befinden, soll bereits im Juli seine ersten Versuchsflüge machen, im gleichen Monat, in dem auch das Zeppelinluftschiff „L. Z. 127" seine ersten Probeflüge unternehmen wird. Es wird mit Hochdruck gearbeitet, um für das englische Luftschiff die Ehre der ersten Ueberquerung des Atlantischen Ozeans durch ein Passagierluftschiff zu sichern.

Reichstagsabgeordneter Geck †

Am 28. Mai starb in Mannheim der Redakteur Oskar Geck, der die Sozialdemokratische Partei im Reichstag vertrat, an den Folgen einer Gallensteinoperation im Alter von 61 Jahren.

Ein schweres Automobilunglück

ereignete sich in der Nähe von Sala in Schweden. Ein Auto, in dem sich außer dem Chauffeur fünf erwachsene Personen und zwei Knaben im Alter von zehn Jahren befanden, stieß mit einem Eisenbahnzug zusammen. Zwei Personen wurden sofort getötet, zwei weitere starben nach der Einlieferung ins Krankenhaus, während eine fünfte Person und einer der beiden Knaben lebensgefährlich verletzt wurden.

Opfer des Alkohols.

In Halle ist es am Montag Abend zu schweren Ausschreitungen gekommen. Als es auf der sogenannten Rabeninsel in einem Lokal kein Bier mehr gab, wurden drei Brüder Hansen gegen den Wirt gewalttätig. Zwei Beamte der Schutzpolizei griffen ein, wurden aber niedergeschlagen. Man entriß ihnen die Seitengewehre und die Gummiknüppel und hieb auf sie ein. Einer der Beamten konnte sich einen Augenblick frei machen und zwei Pistolenschüsse abgeben. Ein Schuß traf den über ihm liegenden Karl Hansen tödlich, der zweite Bruder wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der dritte Bruder konnte von den Beamten überwältigt werden.

80 000 Mark erbeutet

hat in Braunschweig eine Einbrecherbande. Die Verbrecher drangen in der Nacht von einem Nebenhaus, wo sie eine Wand durchstemmten, in das Geschäftshaus der Firma Karstadt A.-G. ein und öffneten mit Sauerstoffgebläse einen Geldschrank. Die Täter sind spurlos entkommen.

Mit einem Stein erschlagen.

In einer Gastwirtschaft in Olvenstedt bei Magdeburg gerieten nachts vier junge Leute wegen eines Mädchens in Streit, in dessen Verlauf der 21 Jahre alte Maurer und Baugewerbeschüler Willy Bertram auf der Straße von zwei seiner Kameraden mit einem Stein niedergeschlagen wurde. Bertram starb nach kurzer Zeit.

Keine Schließung des Müggenburg-Betriebes.

Nach einer Mitteilung von amtlicher Stelle treffen die Meldungen von der polizeilichen Schließung des Betriebes der Handels- und Industrie-Gesellschaft Müggenburg, G. m. b. H., nicht zu.

Mussolinis Bruder verunglückt.

In Rom stieß ein Auto, in dem sich Mussolinis Bruder, Arnaldo Mussolini mit seiner Frau, befand, bei Cesena mit einem anderen Automobil zusammen. Arnaldo Mussolini erlitt erhebliche Kopfverletzungen, seine Frau einen doppelten Schlüsselbeinbruch.

Traurige Pfingsten.

In England hat der verstärkte Straßenverkehr an den Pfingstfeiertagen sechs Tote und 38 Verletzte gefordert. Insgesamt verunglückten an den beiden Feiertagen in England 18 Menschen tödlich, 57 wurden verletzt.

In Wien verübten an den Pfingstfeiertagen elf Personen Selbstmord, zehn andere konnten im letzten Augenblick an ihrem Vorhaben gehindert werden. Die Motive waren in allen Fällen Arbeitslosigkeit, Not und Furcht vor Entlassung. — In Frankreich verunglückten an den Festtagen 13 Personen tödlich. Die Zahl der Verletzten beträgt über vierzig. In Marseille ist 35 Personen wegen fahrlässiger Tötung und Ueberschreitung der Fahrvorschriften der Führerschein entzogen worden.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Polizei und Spaziergängern in einem polnischen Dorf.

In einem Dorfe bei Nowogrodek kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Schutzleuten und Spaziergängern. Die Veranlassung gab die Verhaftung eines beurlaubten Soldaten, der sich unmäßig betrunken und schlecht aufgeführt hatte. Die Polizisten wurden hierbei schwer verletzt, so daß drei von ihnen in das Ortskrankenhaus geführt werden mußten. Mehrere der Demonstranten wurden verhaftet. Es stellte sich später heraus, daß sich unter ihnen Kommunisten befanden.

Ein Kino eingeäschert.

In Lugano ereignete sich in einem Kino ein Brand, durch den der obere Teil des Gebäudes eingeäschert wurde. Der Dachstuhl stürzte ein und zertrümmerte den Zuschauerraum. Die Zuschauer konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Schwerer Autounfall eines ungarischen sozialistischen Abgeordneten.

Der ungarische sozialdemokratische Abgeordnete Reisinger erlitt bei einem schweren Autounfall bei Budapest lebensgefährliche Verletzungen.

Neue Erdbeben in Korinth.

In Korinth wurden am Montag zwei weitere Erdstöße verspürt. Der Schaden scheint nach den bisherigen Feststellungen nur gering zu sein.

Großer Diamantendiebstahl auf dem Liverpool-Bahnhof in London.

Dem jüngeren Teilhaber der führenden Antwerpener Diamantenfirma J. W. Tas wurde Dienstag bei seiner Ankunft auf dem Liverpool-Bahnhof in London eine Tasche mit Brillanten im Werte von 240 000 Mark gestohlen. Kurz bevor der Zug in die Bahnhofshalle einlief, hatte sich Tas noch von dem Vorhandensein der Tasche vergewissert. Bei der Begrüßung einer befreundeten Dame wurde sie ihm aus der zugeknöpften Brusttasche seines Anzuges entwendet, ohne daß er auch nur die geringste verdächtige Bewegung oder Berührung wahrnahm.

Um den olympischen Fußball-Sieg.

Bei herrlichstem Wetter wurden am Dienstag weitere Spiele des olympischen Fußball-Turniers ausgetragen. Im ersten Treffen des Tages konnten die Italiener knapp mit 4:3 (3:2) siegreich gegen Frankreich bleiben. Die Franzosen setzten ihren Gegnern einen unerwartet harten Widerstand entgegen und waren in der ersten Hälfte des Spieles bereits mit 2:0 in Führung gegangen. Dann kam jedoch Italien auf und konnte nach einer ziemlich hart durchgeführten zweiten Spielhälfte knapp den Sieg an sich reißen.

Von Portugal, das über Chile gesiegt hatte, erwartete man einen leichten Erfolg über Jugoslawien. Auf beiden Seiten gab es prächtige Leistungen der Torwärter. Nur etwas Pech des jugoslawischen Torwartes gab den Ausschlag, daß der Sieg an Portugal knapp mit 2:1 (1:1) fiel.

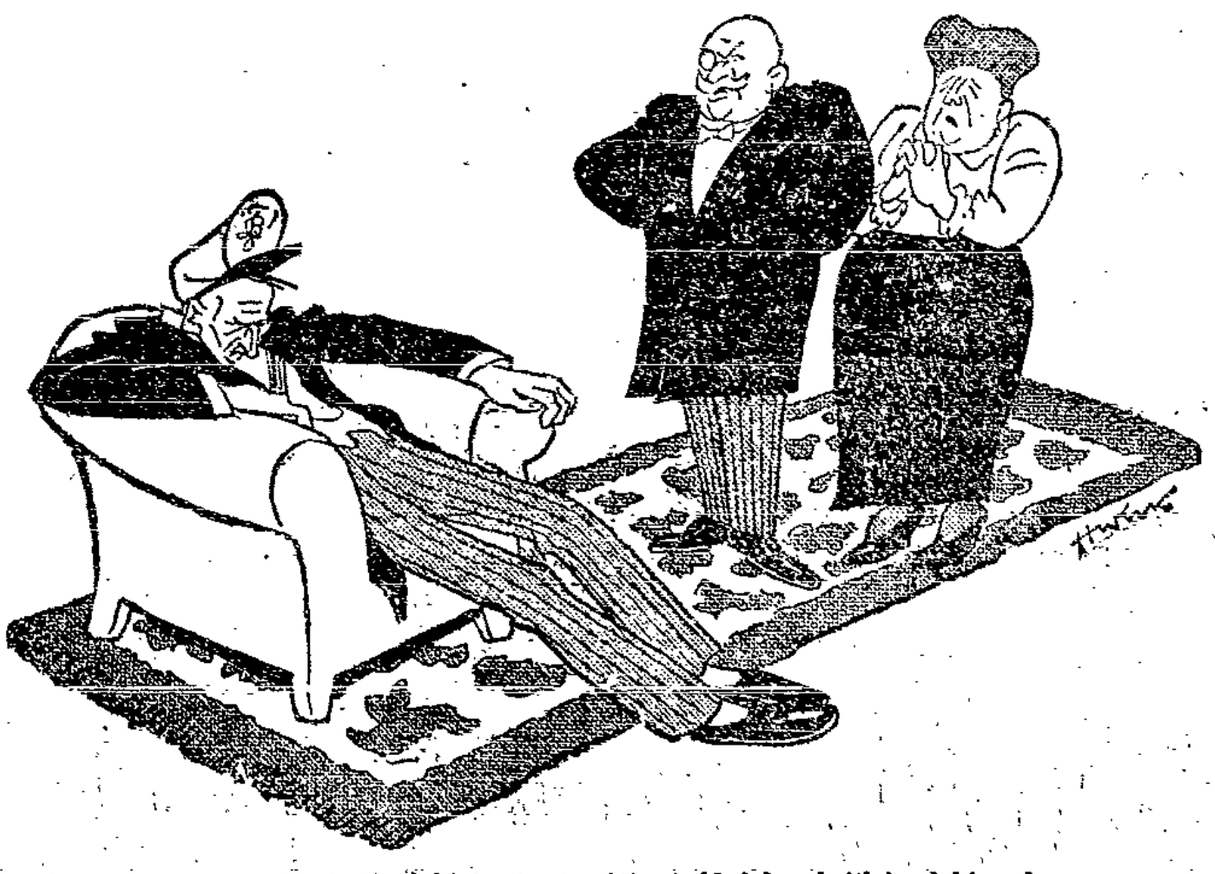
Das dritte Spiel sah Argentinien und U. S. A. gegenüber. Die Südamerikaner hatten nichts weiter zu tun als zu schießen und eröffneten ein wahres Bombardement auf das gegnerische Tor; 11:2 (4:0) war das Ergebnis für die Südamerikaner. Bei U. S. A. zeigte sich besonders der Torwart recht unfähig und bereitete den Zuschauern manche heitere Minute.

Die Auslosung der weiteren Spiele ergab, daß Deutschland gegen den Sieger aus dem Spiel Uruguay — Holland anzutreten hat.

Erfolgreicher deutscher Fußball-Start in Amsterdam.

Vor 20 000 Zuschauern schlug die deutsche Fußball-Olympia-Mannschaft im Neuen Amsterdamer Stadion ihren ersten Gegner der ersten Runde, die Schweiz, mit 4:0 (2:0) nach überlegen geführtem Spiel.

Protektionskinder.



„... wenn Keudell nicht mehr da ist, weiß ich wirklich nicht, wie aus dem Jungen noch mal ein Ministerialrat werden soll ..."

Sie bewegt sich doch!

Albert Thomas zur Internationalen Arbeitskonferenz.

Der 11. Internationalen Arbeitskonferenz, die am 30. Mai in Genf beginnt, ist von Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, ein Bericht vorgelegt worden. Er enthält eine Fülle interessanten Materials über die Tätigkeit des Amtes und über den Fortschritt der internationalen Sozialpolitik. Besser aber als diese Fülle eines schließlich doch nur für den Fachmann bestimmten Materials gibt die Schlußbetrachtung, die Albert Thomas anstellt, der breiten Oeffentlichkeit einen Begriff über die Bedeutung der internationalen Arbeitsorganisation. Und mehr noch: Albert Thomas zeigt vor allem der Arbeiteröffentlichkeit in packenden Worten den Vormarsch der sozialpolitischen Idee; er zeigt, daß der trotz aller technischen und organisatorischen Wunder scheinbar ewige Kreislauf der kapitalistischen Ordnung der Dinge dem Aufstieg der Arbeiterschaft mehr und mehr Raum geben muß.

Der Bericht, betont Thomas, unterscheide sich von seinen Vorgängern schon dadurch, daß er nicht mehr von Anfechtungen der Zuständigkeit und des Wirkungskreises des IAA. zu sprechen brauche. Acht Jahre des Wirkens hätten anscheinend weitgehend die Vorurteile zustreut und die Bedenken gegenüber dem IAA. beschwichtigt. Die Internationale Arbeitsorganisation habe somit Bürgerrecht erlangt in einer Welt, an deren Wiederaufbau sie auf der Grundlage der Gerechtigkeit mitzuwirken wünsche. Natürlich habe alles moralische Ansehen nur Wert und Dauer, wenn es benutzt werde, um das anvertraute Werk zu fördern. Wie stehe es hiermit? Nun, die internationale Arbeitsgesetzgebung schreite, wenn auch langsam, voran. Noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 sei der Fortschritt sehr langsam gewesen. Jetzt aber sei das Marschtempo lebendiger geworden. Von Tag zu Tag würden neue Ratifizierungen gemeldet. Für das Jahr 1928 sei eine gute Ernte zu erhoffen. Im Bereich der Sozialversicherung z. B. setze sich unter dem Einfluß des Arbeitsamtes der Gedanke der Verantwortlichkeit der Berufsgemeinschaft, den die Gesetzgebung mancher Länder früher nicht kannte, fortschreitend durch. Wenn auch das einheitliche Arbeitsgesetzbuch auf internationaler Grundlage noch fehle, und wenn auch gewiß noch Jahre vergehen würden, bis es im Weg der Ratifizierungen Tatsache geworden sei, so regelten doch die Staaten mehr und mehr ihre nationale Gesetzgebung nach gemeinsamen Grundsätzen im gleichen Geiste. Rückschläge seien selbstverständlich unvermeidlich. So habe die letzte Konferenz die Frage der Koalitionsfreiheit nicht bis zur zweiten Erörterung bringen können. Dennoch seien die bedeutsamen Anstrengungen in dieser Richtung hin wertlos gewesen. Die Arbeitnehmerverbände selbst hätten sich in den Erörterungen der Konferenz des gemeinsamen Sehnens nach Einigkeit der Arbeiterschaft der Welt stärker bewußt werden können, und sie hätten ersehen können, welche Stellung die Arbeiterschaft im Rahmen der industriellen Gemeinwesen zu erreichen im Begriffe stehe.

Was ist nötig, fragt Thomas, damit die Internationale Arbeitsorganisation schneller voranschreitet? Seine Antwort lautet: Neben der Befriedigung des Sach- und Personalbedarfs dürfe vor allem die nicht allzu große Schar derer, die im Glauben an eine soziale Gerechtigkeit am Werke sind, nicht lässig werden in diesem Glauben und nicht schwach im Wollen. Vor allem müßten die Arbeitermassen selbst mehr durchdrungen werden von der Bedeutung des Genfer Werkes für die Hebung der Menschheit. Immer enger verknüpften sich die Fragen des Arbeiterschutzes mit politischen und sittlichen Problemen, an denen die IAO. nicht gleichgültig vorübergehen könne. Und neben den technischen Fragen gebe es auch noch eine Frage nach der Seele des Arbeiters. Wenn man die Arbeiter zur Mitwirkung aufrufe, wie könne man da dem tragischen Zwiespalt teilnahmslos gegenüberstehen, der für die Arbeiter auf der einen Seite aus den Gedanken der neuzeitlichen Demokratie und auf der anderen aus den Folgen der industriellen Entwicklung erwachse. Man stehe vor einem erschütternden Schauspiel: In allen Ländern dieses aus der Tiefe emportastende, zähe, schon von erfreulichen Erfolgen gekrönte Ringen der einzelnen Arbeiter und ihrer Verbände, überall Sehnsucht nach einem besseren Sein, nach einem menschlicheren Leben, und zugleich neue Bedrohungen dieses Aufstiegs durch veränderte Arbeitsverhältnisse, durch neue Verfahren zur Steigerung der Produktion, durch Rationalisierung der Arbeit! Gerade von diesen Fragen, schließt Albert Thomas seine Betrachtung, muß die Alltagsarbeit des IAA. ausgehen. Die ersten Schritte des Arbeiterschutzes, die Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit sind vor hundert Jahren vielleicht aus einem zeitweisen Aufschrecken des öffentlichen Gewissens erwachsen. Heute kann das Werk der internationalen Arbeitsgesetzgebung mit seinen Bindungen von Staat zu Staat, mit seinen segensreichen Folgen für die Festigung des internationalen Friedens, nur herauswachsen aus dem steten, zielbewußten und umfassenden Wirken aller, die guten Willens sind.

Zweckflügen der Unternehmer.

Von Kurt Heinig.

„So wird auch jetzt keine Rücksicht darauf genommen, daß der Schiedsspruch zehntausende von Arbeitern um Lohn und Brot bringt und diese mit ihren Familien dem Nomadendasein überantwortet werden."

Entschließung der gelben, sogenannten vaterländischen Werkvereine, auf ihrer rheinisch-westfälischen Landestagung.

Die Unternehmer predigen unentwegt, daß Lohnerhöhungen unweigerlich Arbeitslosigkeit erzeugen. Dabei kommt es ihnen auf eine Hand voll Zweckflügen nicht an.

Wenn die Arbeiter um eine Verbesserung der Arbeitszeit kämpfen, wird ihnen geantwortet, daß ihr Vorgehen unweigerlich zur Verteuerung der Produktion führe. Die Umbildung der Arbeitsvorgänge, durch die Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen, verlange die Einstellung vieler neuer Arbeitskräfte und damit die Verteuerung der Waren. Bei den Vorkalkulationen für die etwa notwendig werdenden Einstellungen kommt es den Unternehmern auf einige tausend Arbeiter durchaus nicht an.

Man erinnere sich einmal, was die Eisen- und Stahlindustriellen vor wenigen Monaten erzählten, als sie auf den Weg des Achtstundentages gedrängt wurden. Da sollten viele zehntausende Arbeiter durch die beabsichtigten Maßnahmen neu eingestellt werden müssen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß sie aber nicht eingestellt werden könnten, weil für sie die Wohnungen fehlten. Unsere lieben Unternehmer verwiesen darauf, daß sie erst fünfzig oder neunzig oder hundert Millionen Mark — auch hier kam es auf eine Handvoll nicht an —, benötigten, um diese Wohnungen bauen zu können.

Die Arbeitszeitveränderung ist in der Eisenindustrie gekommen, die Tatsachen haben bewiesen, daß alle Behauptungen der Unternehmer falsch waren. Es waren eben Zweckflügen. Der Unternehmer sieht alles schwarz, was ihm unangenehm ist, schreit bei jedem Stoß, den sein Geldbeutel erhält, laut auf und was ihm vorteilhaft und günstig erscheint, das — verschweigt er. So ist die geistige Konstruktion weiter Kreise des Unternehmertums.

An dem jüngsten Kampf, der im Ruhrbergbau geführt worden ist, läßt sich das wiederum deutlich machen. Die Kohlenherren behaupten, daß die Lohnerhöhung, die sie den Bergarbeitern zahlen müssen, sie zu einschneidenden Maßnahmen zwinge. Jetzt müßten überall Zechen stillgelegt werden. Dazu ist zu bemerken, daß durch die Kohlenpreiserhöhung im unbestrittenen Gebiet, also dort, wo die Kohlenherren keine Konkurrenz haben, ihnen die Lohnerhöhung überreichlich ausgeglichen wird. Weiter wird die mit der Lohnerhöhung parallel laufende Intensivierung der Arbeit ihnen die Kosten der Lohnerhöhung zum zweiten Male einbringen. Zum Dritten können sie alle ihre Rationalisierungsmaßnahmen im Jahre 1928 mit den hohen Löhnen entschuldigen und begründen. Das ist ein feines Geschäft, zumal wie das obige Zitat ja beweist, die gelben Werkvereine für jene Zweckflügen die entsprechende Propaganda machen.

In Wirklichkeit liegen die Tatsachen so, daß in Rheinland-Westfalen schon seit Jahren fortgesetzt Zechen still gelegt werden. Seit dem Jahre 1913 sind von den 358 Zechenanlagen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bis heute einhunderttunddrei Zechen stillgelegt worden.

Von den stillgelegten Zechen hatten 33 eine Belegschaft von mehr als 1000 Mann!

Die größte Zahl der stillgelegten Zechen fällt in die Zeit seit 1923.

Im Jahre 1923 wurden sieben Zechen stillgelegt, im Jahre 1924 dagegen schon achtzehn, im Jahre 1925 sogar zweiundvierzig, im Jahre 1926 zwar nur fünf, aber mit einer Belegschaft von zusammen nahezu 10 000 Mann; in den Jahren 1927 und 1928 wurden bis heute zwei Zechen stillgelegt. Die jetzt dem Tode verfallene Zeche „Johann Deimelsberg" ist dabei noch nicht mitgezählt. Ebenso fehlen in der obigen Zusammenstellung diejenigen Zechen, die weniger als 30 Mann Belegschaft hatten und seit 1923 stillgelegt sind, es sind deren 22.

Die Ziffern zeigen eindeutig, daß der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau in einem gewaltigen Konzentrationsprozeß begriffen ist. Diese Entwickelung wird nicht durch die Arbeitszeit der Bergarbeiter und nicht durch deren Lohn, sondern durch betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten bestimmt. Der Lohn spielt im Bergbau bei den Selbstkosten eine ständig geringer werdende Rolle. Dagegen verlangt die technische Apparatur ständig mehr Kosten. Daher kommt die Rationalisierung!

Aber es ist so angenehm, für alles Unangenehme in der Oeffentlichkeit den Arbeiter haftbar zu machen. Deswegen wird ständig für die Verbreitung von Unwahrheiten gesorgt, weil man, wenn dies unterlassen würde, doch endlich zugeben müßte, daß der Lohn und die Arbeitszeit immer weniger entscheidend für die Preisbildung werden. Es gilt in Deutschland bei vielen Unternehmern als Glaubenssatz, für alles den Arbeitslohn und die Arbeitszeit verantwortlich zu machen. Solange es sogar noch Arbeiter gibt, die diesen Standpunkt vertreten, solange werden die Unternehmer den Glorienschein ihrer Vollkommenheit nicht abzulegen geneigt sein. Wir brauchen im neuen Reichstag eine Mehrheit, die gewillt ist, nicht nur die Höhe der Warenpreise zu beobachten, sondern auch deren Selbstkostenzusammensetzung offen zu legen. Daran werden die Zweckflügen der Unternehmer sterben.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Nimes, 29. Mai (Eigener Funkbericht).

Am Sonntag ist hier der Internationale Bergarbeiter-Kongreß zusammengetreten. Unter den 120 Delegierten befinden sich 15 Deutsche. Der Bürgermeister von Nimes, der zugleich Mitglied der sozialistischen Fraktion der Kammer ist, begrüßte den Kongreß im Namen der Stadt und widmete den deutschen Delegierten besondere Willkommensgrüße. Deutsche und Franzosen seien berufen, den europäischen Frieden zu sichern, indem sie sich als erste die Hand zur Friedensarbeit reichten. Smith-England beglückwünschte die deutsche Delegation zu dem prachtvollen Wahlsieg, der die Rechte der Arbeiterschaft und den Frieden wahre.

Vor einem Generalstreik in der indischen Stahlindustrie?

Die Streikbewegung in Indien nimmt zu. 20 000 Angestellte der Tata-Stahlwerke in Jamschedpur traten Freitag in einen Sympathiestreik für die in den Ausstand getretenen Hochofenarbeiter. Am Samstag hat in Jamschedpur eine Versammlung der Belegschaft der Tata-Stahlwerke stattgefunden, in der ein Ultimatum an die Fabrikleitung gesandt wurde, bis Freitag nächster Woche die Forderungen der Streikenden zu erfüllen. Im Falle der Nichteinhaltung wird ein Generalstreik angedroht.

Die Neuabgrenzung der Arbeitsämter

ist vom Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung abgeschlossen worden. Für die Festsetzung der neuen Grenzen waren vor allem wirtschaftliche Zusammenhänge maßgebend: Ausgleichsbedürfnis des Arbeitsmarktes in den einzelnen Bezirken, Anforderungen charakteristischer Teilarbeitsmärkte und schließlich Verbindung ausgesprochener Arbeiterwohngemeinden mit den wichtigsten Beschäftigungsgemeinden. Das führte zu einer starken Zusammenlegung der bisherigen Arbeitsamtsbezirke, wobei auch politische Grenzen nicht selten überschritten wurden.

Während gegenwärtig im Reichsgebiet 887 öffentliche Arbeitsnachweise bestehen, und zwar in der Regel für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Arbeitsnachweis, ist die Zahl der Arbeitsämter nach den neuen Beschlüssen auf 362 festgesetzt worden. Diese verteilen sich auf 13 Landesarbeitsamtsbezirke wie folgt: Ostpreußen 12 (bisher 40), Schlesien 27 (65), Brandenburg 33 (82), Pommern 11 (50), Nordmark 16 (58), Niedersachsen 28 (85), Westfalen 34 (63), Rheinland 39 (55), Hessen 18 (40), Mitteldeutschland 33 (76), Sachsen 34 (105), Bayern 41 (98) und Südwestdeutschland 36 (70).

Lohnbewegung und Streik in den Sägewerken Breslaus.

In dem Sägewerk Kampmeier, Groß-Mochbern, wie auch bei Kaim & Schlesinger ist seit dem 12. Mai der Kampf ausgebrochen. Bei Kampmeier konnte noch vor den Pfingstfeiertagen die Belegschaft die Arbeit aufnehmen, da dort inzwischen durch Verhandlungen der Streik beigelegt wurde. Die Abschlußverhandlung hat ein befriedigendes Ergebnis gezeigt. Auch in dem Holzwerk Breslau ist noch vor den Pfingstfeiertagen die auch wiederholt aufgenommene Verhandlung zu einem Ergebnis gekommen. Die 120 Mann starke Belegschaft konnte auf dem Verhandlungswege ein Lohnabkommen erzielen, das für die Belegschaft annehmbar erschien.

Bei der „Vereinigten Holzindustrie" A.-G., wie auch bei der Firma Kaim & Schlesinger ist der vom Schlichtungsausschuß Breslau 1 gefällte Schiedsspruch abgelehnt worden. Der Kampf geht weiter und wird auch noch auf dieses Werk, das 250 Mann beschäftigt, übergreifen.

Kaim & Schlesinger versucht, Arbeitswillige in den Betrieb zu bekommen. Die Firma hat auch schon Glück gehabt und „wertvolle" Kräfte gewonnen. Es sind dies die Arbeiter Gierke, Ofener Straße 76 und Wolf aus Bentwitz. Die Qualitäten dieser Leute stehen auf einem anderen Blatt. Wir gratulieren.

Die oberschlesischen Bergarbeiter nehmen die Schiedssprüche vom 22. Mai a

Beuthen OS., 29. Mai. Der Bergarbeiterverband nahm in einer am Pfingstsonntag in Beuthen abgehaltenen Konferenz zu den drei Schiedssprüchen Stellung, die am 22. Mai durch den oberschlesischen Schlichter gefällt wurden. In der Konferenz wurde beschlossen, die Schiedssprüche anzunehmen. Auch die übrigen Bergarbeiter-Organisationen haben sich für Annahme der Schiedssprüche entschieden.

Den oberschlesischen Arbeitgebern ist es zuviel.

Sie lehnen die Schiedssprüche ab.

Gleiwitz, 29. Mai. Die am 22. Mai vom oberschlesischen Schlichter für den oberschlesischen Kohlen- und Erzbergbau gefällten drei Schiedssprüche sind am Dienstag vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden. Von Arbeitnehmerseite ist nun die Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister beantragt worden. Neue Verhandlungen werden voraussichtlich am 31. Mai stattfinden.

Wirtschaft.

Die Berufstätigkeit der Bevölkerung Oberschlesien

Unter den nach Kriegsschluß am schwersten bedrohten preußischen Grenzlanden zählt Oberschlesien wegen seiner blühenden Montanindustrie mit zu den wichtigsten Gebieten des Staates. Aus diesem Grunde entnimmt der Amtliche Preußische Pressedienst der Statistischen Korrespondenz nachstehende Angaben über die dortigen Erwerbsverhältnisse, wie sie sich auf Grund der Berufszählung vom 16. Juni 1925 darstellen.

Seit der Berufszählung von 1907 hat sich die Bevölkerung in dem heutigen Gebiet Oberschlesiens um 174 842 Personen oder 14,52 v. H. die Zahl der Erwerbstätigen um 158 313 oder 31 v. H. vermehrt. Am stärksten haben die Männer zugenommen, größtenteils wohl durch Zuwanderung männlicher Erwerbstätiger, besonders von Ostoberschlesiens her. Von den 1 379 [illegible] Einwohnern der Provinz sind 663 475 oder 48,10 v. H. hauptberuflich erwerbstätig und zwar von den 657 435 Männern 401 035 = 61 v. H. und von den 721 843 Frauen 262 440 oder 36,35 v. H. Allein 43,05 v. H. der erwerbstätigen 285 598 Personen sind in der Landwirtschaft beschäftigt, dagegen nur 34,70 v. H. (230 210) in Industrie und Handwerk, trotz der hoch entwickelten für den ganze Staat so überaus bedeutsamen Industrie. In Handel und Verkehr sind 11,89 v. H. (78 860) tätig. Weitere 4,11 v. H. (27 269 Personen) werden in Verwaltung, Heerwesen und in den freien Berufen, 1,25 v. H. (8 359) in den Gesundheitswesen und den hygienischen Gewerben und 5,00 v. H. (33 119) in häuslichen Diensten und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung nachgewiesen. Die Gliederung der gesamten Provinzbevölkerung, also der Erwerbstätigen nebst ihren Angehörigen nach diesen Berufsabteilungen zeigt eine von der obigen stark abweichende Verteilung. Dem starken Umfang der in der Landwirtschaft tätigen Personen entspricht bei weitem nicht die Zahl der von der Landwirtschaft überhaupt ernährten Einwohner, diese wird vielmehr erheblich von der Zahl der Berufszugehörigen in Industrie und Handwerk übertroffen. Von der Gesamtbevölkerung entfallen auf die Landwirtschaft 30,93 v. H. (426 650 Personen), auf Industrie und Handwerk 36,78 v. H. (507 223), Handel und Verkehr 14,17 v. H. (195 489), Verwaltung usw. 4,66 v. H. (64 227), Gesundheitswesen usw. 1,02 v. H. (14 075) und auf häusliche Dienste usw. (ohne Hausangestellte im Haushalt des Arbeitgebers) 1,83 v. H. (25 268). Als Berufslose (Pensionäre, Rentner, Anstaltsinsassen und sonstige) zusammen mit ihren Angehörigen sind schließlich noch 10,61 v. H. (146 346 Personen) anzusehen. Ueber die Hälfte, nämlich 50,[illegible] v. H. aller in der Landwirtschaft Beschäftigten sind mithelfende Familienangehörige, die zu 78,15 v. H. aus weiblichen Personen bestehen. Die als selbständige Landwirte insgesamt gezählten 57 063 Personen betragen 57,82 v. H. aller Selbständigen der Provinz überhaupt. Seit 1907 hat die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung in Oberschlesien nach dem jetzigen Gebietsumfang um 2,13 v. H. abgenommen, die Zahl der Erwerbstätigen dagegen um 22,2 v. H. zugenommen.

Im Gewerbe wurden im ganzen 194 599 männliche Erwerbstätige oder 48,52 v. H. aller überhaupt berufstätigen Männer der Provinz gezählt. Hier stehen also immer einer Frau annähernd sechs Männer (genau 5,5) gegenüber. Allein auf den Bergbau, das industrielle Rückgrat der Provinz, entfallen von den männlichen Berufstätigen 50 662 oder 12,[illegible] v. H. Insgesamt sind hier 52 721 Erwerbstätige beschäftigt, die von der Gesamtheit der in ganz Preußen im Bergbau Beschäftigten 6,93 v. H. beitragen. Durch den Bergbau werden 10,4[illegible] v. H. der gesamten Bevölkerung Oberschlesiens ernährt. Von der Gesamtheit der 1907 im Regierungsbezirk Oppeln vom Bergbau lebenden Bevölkerung befanden sich am 16. Juni 1925 noch 30,3 v. H. (143 839 Personen) auf deutschem Gebiet; die Erwerbstätigen hierunter betragen von den 1907 im Bergbau Beschäftigten 34,8 v. H. In der Eisen- und Metallgewinnung und -Verarbeitung, die in größerem Umfang als der Bergbau bei Deutschland verblieben sind, wurden insgesamt 42 013 Erwerbstätige nachgewiesen. Die Berufstätigen im gesamten Gewerbe sind zu 78,63 v. H. Arbeiter. Die Selbständigen dagegen betragen nur 8,81 v. H.

In der Gesamtbevölkerung belaufen sich die dem Arbeiterstande angehörenden auf 49,66 v. H. In den heutigen Landesgrenzen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Gewerbe um 34,18 v. H., die gesamte von Industrie und Handwerk lebende Bevölkerung dagegen nur um 11,24 v. H. vermehrt. Gegenüber Landwirtschaft und Gewerbe weisen Handel und Verkehr mit 11,89 v. H. aller Berufstätigen (Staatsdurchschnitt 17,1[illegible] v. H.) nur eine schwache Besetzung auf. In gleicher Weise wurde auch der Verkehr getroffen. Seit der letzten Berufszählung läßt sich zwar eine Vermehrung der Erwerbtätigen in Handel und Verkehr um 77,48 v. H. nachweisen, doch dürfte dieser Zuwachs, soweit er als Entwicklung in günstigem Sinne auszulegen ist, keineswegs in letzter Zeit, sondern viel früher, also vor der Teilung Oberschlesiens vor sich gegangen sein.

Die Monatsbilanzen der deutschen Banken

für den Stichtag des 30. April 1928 zeigen ein weiteres stetiges Anwachsen der fremden Gelder, aber auch steigende Anforderungen der Wirtschaft an die Mittel der Institute. So haben sich die Bestände an Schecks und Wechseln und auch die Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren gesteigert. Bemerkenswert ist auch der gegenüber dem Vormonat vergrößerte Kredit für die Börse (Reports und Lombards). Die Erscheinung dürfte wohl mit dem belebteren Börsengeschäft in den letzten Monaten zusammenhängen.

Der Verband der sächsischen Konsumvereine steigerte seine Mitgliederzahl in der Zeit vom Ende Dezember 1927 bis März 1928 um 8 288 auf 392 854 Mitglieder. Der Umsatz wuchs um 28,29 Prozent auf 46 191 Millionen Mark an, während sich die Spareinlagen der Mitglieder um 18 Prozent auf 37 913 Millionen Mark erhöhten.

Mittwoch, 30. Mai 1928

Unterhaltung

Nr. 43 — 39. Jahrgang

39 Tage der Entscheidung.

Zu dem Buch von Eugen Fischer: „Die kritischen 39 Tage, von Serajewo bis zum Weltbrand", Berlin 1928. Verlag Ullstein.

Dieses Buch, das die diplomatischen Verhandlungen zwischen den europäischen Mächten während der 39 Tage von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand am 28. Juli bis zur Kriegserklärung Englands an Deutschland am 4. August 1914 schildert, beginnt mit einem fingierten Gespräch zwischen dem Kaiser und einigen Freunden. In diesem Gespräch versucht der Autor, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, als könnte mit einer wahrheitsgetreuen Darstellung jener Verhandlungen der deutschen Sache im Ausland geschadet werden, weil sie die deutschen Staatsmänner und ihre Politik notwendigerweise in ein schlechtes Licht rückt. Der Autor versucht darzutun, daß umgekehrt nur durch eine wahrhafte Schilderung der tatsächlichen Vorgänge der schlechten Meinung, die das Ausland über die damalige Politik der deutschen Regierung heute noch hat, entgegengearbeitet werden kann.

Diese Einleitung ist sehr merkwürdig und dürfte in der Literatur über den Kriegsausbruch einzig dastehen. Das Buch erhält durch sie eine Note, die seine Wirkung sicherlich nicht erhöht. Denn die fanatischen Uebernationalisten wird die Einleitung nicht überzeugen. Denen aber, die die Wahrheit bereits kennen und überdies wissen, daß die deutsche Agitation gegen die sogenannte Kriegsschuldlüge ein völlig unwirksames Bemühen ist, werden diesen Rechtfertigungsversuch höchst überflüssig halten. Und das mit Recht; denn böswillige oder fanatisierte Menschen kann man nicht überzeugen. Auf der anderen Seite ist es aber unwürdig, sich zu verteidigen, weil man die Wahrheit erforscht und ausgesprochen hat. Mir scheint diese Einleitung deshalb eher ein innere Unsicherheit des Verfassers zu verraten. Die Verteidigung scheint mir aus anderen Motiven hervorgegangen zu sein, als angegeben werden, wenn ich auch zugebe, daß der Verfasser sich dessen wohl kaum bewußt ist. Es soll im Leser der Glaube erweckt werden, als handele es sich bei der folgenden Darstellung tatsächlich um eine rücksichtslose, jede Schönfärberei der deutschen Politik vermeidende Darstellung jenes diplomatischen Ringens, das dem Kriegsausbruch voranging und ihn herbeigeführt hat.

Zu dieser Vermutung kommt man um so mehr, als das Werk in Wirklichkeit umgekehrt sehr wohl den Versuch macht, die deutsche Politik schön zu färben, nicht mit Absicht natürlich, aber doch klar und deutlich. So klar und scharf das Buch die großen Fehler der deutschen und nicht minder der österreichischen Politik auch herausarbeitet, so deutlich die Verwirrung bei den deutschen Staatsmännern geschildert wird, so sehr versucht das Buch dann doch wieder der Darstellung die letzte kritische Schärfe zu nehmen und die ganze Größe des Versagens der deutschen Staatsmänner zu verschleiern.

Das soll zunächst an einigen Beispielen gezeigt werden: Zunächst fallen einem an einer Reihe von Stellen allerlei sentimentale Betrachtungen über Handlungen deutscher Staatsmänner und melodramatische Schilderungen einzelner Vorgänge auf, die in ein historisches Werk nicht hineingehören. Diese „Ausschmückung" der Darstellung findet sich zwar auch gelegentlich bei der Schilderung einzelner Handlungen gegnerischer Staatsmänner und einzelner Vorgänge in den Hauptstädten der Entente, dort sind sie aber seltener, außerdem knapper und kühler. Man wird den Eindruck nicht los, als sollte im Leser für die deutschen Staatsmänner ein gewisses Mitgefühl erregt werden, um gewisse Schwächen und Fehler dieser Staatsmänner und ihrer Politik in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen.

Sodann werden in mehreren Fällen unbestimmte und durch Tatsachen nicht erhärtete Gerüchte erwähnt, die ebenfalls geeignet sind, die Stimmung des Lesers zugunsten der deutschen Politik zu beeinflussen. Das geschieht zwar stets unter Vorbehalt, aber doch in einer Weise, die den Eindruck hinterläßt, als ob an diesen Gerüchten doch etwas wahres sein könnte. So bei der Darstellung der Vorbereitung der Mordtat in Serajewo. Da wird von Gerüchten über eine geheime Verbindung der Verschwörer mit dem russischen Militärattaché in Belgrad erwähnt, obwohl gegen ihre Wahrscheinlichkeit schon die Tatsache spricht, daß dabei der russische Gesandte in Belgrad, Herr v. Hartwig, in einem Lichte erscheint, das dem Bilde widerspricht, das man heute von dessen eifrigem Bemühen in den letzten Wochen vor seinem plötzlichen Tode, die Spannung zwischen Oesterreich und Serbien zu mildern, besitzt. Ferner werden haltlose Gerüchte über Verbindungen einzelner Verschwörer mit maßgebenden Freimaurerverbänden oder -Persönlichkeiten erwähnt, und endlich wird von dem Fund eines Stücks einer Urkunde erzählt, die angeblich die serbische Gesandtschaft in London bei ihrem Umzug auf der Straße verloren hat, obwohl, wie der Verfasser selbst feststellt, diese sogenannte „Spur" zum Attentat „ganz hart neben die Komik" führt". Auch da heißt es dann nach allen Vorbehalten, die vorsichtigerweise gemacht werden, „man müßte" „diesen Fund . . . ohne weiteres zu den Mißgestalten rechnen", wenn nicht . . . Und dann werden allerlei sophistische Betrachtungen über gewisse Symptome angestellt, die fast wie das Erraten aller Verhältnisse eines Besuchers aus den Erdkrumen an seinen Stiefel durch Sherlock Holmes anmuten. In einer in jede Einzelheit eindringenden Spezialuntersuchung über diese Vorgänge, die mit genauen Quellennachweisen für jede Tatsachenangabe versehen ist, mag das hingehen, ja sogar notwendig sein. In eine zusammenfassende populäre Darstellung, wie sie dies Buch gibt, gehören nur einwandfrei feststehende, aktenmäßig belegbare Tatsachen. Denn hier ist dem Leser die selbständige Nachprüfung der Behauptungen unmöglich. Er muß hier alle Tatsachenangaben auf Treu und Glauben hinnehmen. Auffallend ist dabei besonders, daß solche Gerüchte (mit ein oder zwei Ausnahmen) nur angeführt werden, wenn aus ihnen für die deutsche Politik günstige, für den Gegner ungünstige Schlüsse gezogen werden können.

Vor allem aber sind nicht selten die Vorgänge entweder in einer Weise beurteilt, die deutlich eine gewisse Befangenheit zeigt, oder sogar unrichtig dargestellt.

Bleiben wir noch bei der Darstellung des Attentates und der unmittelbar mit ihm zusammenhängenden Vorgänge. Da halte ich es zunächst für falsch, zu meinen, auf die Warnung des serbischen Gesandten in Wien sei nichts zu geben gewesen, weil sie zu allgemein gehalten gewesen sei. Darüber kann man sich noch nicht wundern! Denn es ist wohl anzunehmen, daß man von serbischer Seite schon aus Vorsicht, aber auch aus Politik den eigenen Gesandten in Unklarheit über die Einzelheiten ließ. Schon damit er, ohne lügen zu müssen, sagen konnte, er und seine Regierung wüßten selbst nichts Bestimmtes. Aber wenn der Gesandte einer fremden Macht kommt, um zu warnen, daß unter Umständen Attentate zu befürchten seien, so ist das, auch wenn er keine näheren Angaben macht, Anlaß genug, alle Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen. Daß diese Warnung unbeachtet blieb, ist deshalb unverantwortlich. Was tat denn Wilhelm II., als man ihm von Wien aus mitteilte, während seiner Reise zum Begräbnis des Ermordeten die Gefahr von Attentaten bestehe, und zwar auch, ohne daß nähere Angaben gemacht wurden, weil man selbst nichts Näheres wußte? Wilhelm blieb auf Wunsch seiner Regierung zuhause! Vielleicht war das wieder allzu vorsichtig, wie denn Wilhelm überhaupt überängstlich war, aber richtiger war es jedenfalls, als überhaupt nicht auf die Warnungen zu hören

Im Gegensatz hierzu ist der Verfasser merkwürdig zurückhaltend inbezug auf das Verhältnis Franz Josefs zu dem Ermordeten. Er gibt zwar zu, daß der Landeschef von Bosnien, General Potiorek, in der Frage der Sicherung der Person des Ermordeten völlig versagt habe, und räumt auch ein, daß sich aus diesem Versagen die von ihm als undenkbar bezeichneten Gerüchte über eine Mitschuld des Kaisers und seiner Kamarilla an dem Gelingen des Attentats erklären. Er erwähnt sogar den immerhin merkwürdigen Umstand, daß Franz Ferdinand veranlaßt worden war, gerade am Gedenktag der Schlacht auf dem Amselfeld, dem Nationalfeiertag der Serben, Sarajewo zu besuchen, was die Serben schwer provozieren mußte. Damit hört der Verfasser aber auf. Nicht erwähnt wird, daß derselbe General Potiorek trotz dieses seines ungeheuren Versagens unmittelbar darauf von Franz Josef mit dem Oberkommando über die Arme gegen Serbien betraut wurde. Und dann sofort auch auf diesem Posten ebenso katastrophal versagte und durch seine Unfähigkeit die bekannte große Niederlage der Oesterreicher in Serbien im Herbst 1914 herbeiführte. Das ist doch außerordentlich auffallend. Jedenfalls dürfte das nicht unerwähnt bleiben, wenn diese Frage überhaupt angeschnitten wurde.

Eine gewisse Voreingenommenheit des Verfassers zeigt auch die Darstellung des politischen Gegensatzes zwischen Oesterreich und Serbien, die zur Erklärung des Conradschen Planes gegeben wird. In dieser Darstellung findet sich zwar der kurze Satz: „Zum guten Teil möchten Oesterreich und Ungarn selbst an den Mißhelligkeiten schuld sein", damit aber sind diese Dinge abgetan. Daß insbesondere Ungarn durch seine Wirtschafts- und Zollpolitik Serbien jahre lang aufs schwerste geschädigt und dadurch aufs äußerste gereizt hat, wird nicht erwähnt. Gewiß. General Conrad berücksichtigte bei seinen Plänen diese Tatsache nicht, und soweit es sich nur um eine Darstellung der Gedankengänge des Generals handelt, brauchte sie nicht mitgeteilt zu werden. Darauf beschränkt sich der Verfasser aber nicht. Er würdigt auch diese Pläne. Und dabei durfte jene Tatsache nicht unberücksichtigt bleiben.

Nun kommen wir zur Haltung der deutschen Regierung zu den Plänen Oesterreichs gegenüber Serbien. Fischer schildert, wie in Oesterreich zwei Pläne ausgeheckt wurden. Einer, der nur auf eine Sühneaktion für das Attentat hinauslief und mit einer schon vor dem Attentat entworfenen, rein diplomatischen Aktion gegen Serbien zusammengefaßt wurde, und einer, der auf eine völlige Niederwerfung Serbiens mit kriegerischen Mitteln abzielte. Der zweite, der Plan des Generals Conrad, faßte von Anfang an neben dem Krieg mit Serbien auch den mit Rußland ins Auge. Franz Josef und die österreichische Regierung machten sich zunächst nur den ersten Plan zu eigen. Und ersuchten, als sie nun bei Deutschland Rückendeckung suchten, die deutsche Regierung auch nur um die Zustimmung zu diesem Plan. Da war es Wilhelm II., der am 5. Juli ausdrücklich seine Zustimmung sogar zu dem zweiten Plane gab, obwohl ihm dieser von Oesterreich gar nicht amtlich vorgelegt war, und dadurch die österreichische Regierung zur offiziellen Annahme des zweiten Planes, das heißt aber zum Krieg mit Serbien, ermunterte, nachdem er schon einige Tage vorher den deutschen Botschafter in Wien gerüffelt hatte, weil er die Oesterreicher zur Ruhe und Mäßigung gemahnt hatte. Und Bethmann-Hollweg stimmte dem in völliger Uebereilung zu. So hat Deutschland schon in der frühesten Phase des Konflikts Oesterreichs mit Serbien Oesterreich zum Krieg mit Serbien angetrieben, nicht etwa nur Oesterreich freie Hand gelassen. Alles das arbeitet Fischer klar und scharf heraus. Und stellt auch fest, daß diese übereilte Zustimmung des Kanzlers (die Beratung darüber beim Kaiser dauerte keine halbe Stunde, die Automobile zur Abfahrt zur Nordlandreise warteten bereits!) schon über Deutschlands Schicksal entschied und seine diplomatische Niederlage, die der Kriegsausbruch vollendete, besiegelte. Um so unangebrachter sind deshalb gerade hier die sentimentalen Entschuldigungsredensarten für Bethmann-Hollweg, die dann folgen (S. 69/70). Sie können nur den Eindruck, wie sehr der Kanzler hier versagt hat, verstärken.

Fischer macht auch sehr gut klar, daß der weitgehendere Plan, der sogar eine Zerschlagung Serbiens ins Auge faßte, durch das Attentat selbst in keiner Weise gerechtfertigt wurde, daß es sich hier vielmehr um eine agressive Politik Oesterreichs gegen Serbien und damit gegen Rußland handelt, daß also der Krieg gegen Serbien und Rußland im besten Fall als Präventivkrieg angesehen werden muß. Der maßgebende Gesichtspunkt war für Deutschland wie für Oesterreich der, daß eine kriegerische Auseinandersetzung mit Serbien und Rußland doch unvermeidlich sei und daß jetzt (d. h. 1914) der Zeitpunkt dafür günstiger sei als später, wenn Rußlands Rüstung vollendet sein werde, womit man damals für das Jahr 1917 rechnete. Dieser Krieg hat auch deshalb nichts mit der Sühne für das Attentat zu tun, weil man zum mindesten damals eine Schuld der serbischen Regierung an dem Attentat nicht nachweisen konnte. Nur insofern irrt er hier, als er glaubt, es sei politisch richtig gerechnet gewesen, wenn man in Deutschland als Eventuallösung der europäischen Frage, im Falle sich Rußland zu sofortiger kriegerischer Auseinandersetzung zu schwach fühlen würde, gehofft habe, ein voller diplomatischer Erfolg über Serbien, wie der von 1908, den man für diesen Fall erwartete, würde das Ende der russisch-französischen Entente bedeuten. Im Gegenteil, ein solcher Erfolg (der vielleicht wirklich erzielt worden wäre, wenn Rußland Serbien hätte fallen lassen, weil es noch nicht gerüstet war) hätte die Entente nur noch fester zusammenschmieden müssen, weil dann das Uebergewicht Deutschlands in Europa ja nur noch größer geworden wäre. In dieser Beziehung war man damals in Deutschland ebenso in einer Illusion befangen, wie in der Frage, ob England in einem Krieg mit Rußland (und damit auch mit Frankreich) neutral bleiben würde. Ebenso falsch ist die Voraussetzung, von der die deutsche Regierung damals ausging und die auch Fischer — und darin zeigt sich seine Befangenheit besonders stark — als richtig hinnimmt, daß die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Dreiverband und Dreibund überhaupt unausweichlich gewesen sei. Hätte Deutschland damals Oesterreich gezügelt und seine in den Jahren seit 1912 begonnene Annäherungspolitik an England konsequent fortgesetzt, vor allem aber England die von ihm so heiß erstrebte Flottenverständigung bewilligt, so wäre der Krieg sehr unwahrscheinlich geworden. Denn daß die Verständigung trotz Bethmann-Hollwegs Bemühungen nicht zu erreichen war, ist allein eine Folge der ständigen Weigerung Wilhelms, England das gewünschte Flottenabkommen zu bewilligen.

Für die damalige Lage aber kommt Fischer zu dem richtigen Ergebnis: Deutschland gestattete Oesterreich das agressive Vorgehen gegen Serbien, weil es es wünschte.

In der Schilderung des weiteren Verlaufs der Verhandlungen schwächt Fischer indessen diese Grundfeststellungen zu Unrecht stark ab. Gewiß hat Bethmann-Hollweg nachträglich versucht, zu bremsen, als er sah, wohin seine und des Kaisers Politik führte. Aber er hat auch dann nichts Durchgreifendes getan, um das Steuer herumzuwerfen, wozu noch Zeit gewesen wäre. Denn schon sehr bald zeigte sich, wohin der Weg führte. Sowohl England als auch Italien warnten sofort, als sie vernahmen, was man gegen Serbien vor hatte. Besonders wurde sehr bald klar, daß England nicht neutral bleiben würde, wenn man Serbien zerschlagen wolle. Lichnowsky hat das immer wieder nach Berlin berichtet, traf aber auf taube Ohren. Auch wurde von den europäischen Großmächten fast einmütig festgestellt, daß ein solches Vorgehen gegen Serbien durch das Attentat nicht gerechtfertigt werde und Oesterreich sich deshalb ins Unrecht setze und einen Krieg geradezu provoziere, wenn es so weit gehe. Trotzdem schickte Oesterreich sein Ultimatum an Serbien ab, ohne daß Deutschland das hinderte. Daß diese Auffassung der Mächte richtig war, beweist die Tatsache, daß Oesterreich das Ultimatum mit Absicht so abfaßte, daß es für die Serben unannehmbar war. Die Lage wurde für die Mittelmächte noch dadurch verschlimmert, daß Oesterreich bei der Durchführung seines Planes auch noch anfing, eine doppelzüngige Politik zu treiben und Italien zu provozieren, indem es seinen Bundespflichten gegen Italien nicht nachkam. Einerseits verzichtete es, auf Drängen Tiszas, nach außen auf Gebietserwerbung auf Kosten Serbiens, um Rußland zu beruhigen (übrigens erst nach wiederholtem harten Drängen Deutschlands), plante dafür aber im geheimen, Serbien zwischen Bulgarien, Griechenland und Albanien aufzuteilen, was in London, Paris und Rom ebenfalls von Anfang an als unberechtigt bezeichnet wurde. Andererseits verheimlichte es seinem Verbündeten Italien alles, obwohl das eine Verletzung des Bündnisvertrages bedeutete. Dadurch hat Oesterreich selbst Italien das Recht gegeben, eine Bündnispflicht für sich zu leugnen, als es dann zum Kriege kam. Denn Oesterreich hatte schon vorher den Vertrag gebrochen. Der Inhalt des österreichischen Ultimatums erregte denn auch überall Entrüstung, stellte es doch Forderungen, deren Annahme die Aufgabe der eigenen Souveränität durch Serbien bedeutete. Außerdem erhob es Anklagen, für die die Beweise fehlten. Es stellte sogar direkt falsche Beschuldigungen auf. All das leugnet auch Fischer nicht. Trotzdem stellt er seine Betrachtungen darüber, was es bedeutet, wenn nun Rußland für Serbien eintritt und Frankreich seine Bündnispflicht für gegeben ansieht und dann Millionen in den Tod geschickt werden, nicht anläßlich des österreichischen Ultimatums an, sondern anläßlich der Feststellung, daß Frankreich das österreichische Ultimatum als Angriff auf Serbien und damit auf seinen Verbündeten Rußland auffaßte. Hier beginnt seine Schönfärberei zugunsten der Mittelmächte. Was sollen angesichts der soeben skizzierten und von Fischer ausdrücklich zugegebenen Tatsachen folgende Sätze? „Der Zar war entschlossen, den Einzug von 20 österreichischen Beamten in Belgrad durch das Aufgebot aller seiner Soldaten zu verhindern und der Präsident der französischen Politik gab ihm seine Franzosen dazu. Das mochte ungeheuerlich, sinnlos, kulturbrecherisch und sogar unrecht sein." Aber um wieviel ungeheuerlicher, sinnloser, kulturbrecherischer und unrechtmäßiger war es dann von Oesterreich und dem es antreibenden Deutschland, Serbien solche Forderungen ohne zureichende Gründe zu stellen! Eine solche Bemerkung sucht man indes bei Fischer vergeblich. (Uebrigens zeigt es auch eine Voreingenommenheit, wenn Fischer den Einzug von 20 österreichischen Beamten in Belgrad hier gleichsam als eine Bagatelle hinstellt. Wie hat man es in Deutschland nach dem Kriege als eine Schmach empfunden, daß in Berlin die Interalliierte Militärkontrollkommission saß!)

Bei dieser Sachlage zeugt es auch von Voreingenommenheit, wenn Fischer Jagows Lage der Sir Edward Greys gleichstellt. Gewiß, Grey mögen die Hände gebunden gewesen sein, so daß er nicht so vermitteln konnte, wie es vielleicht notwendig gewesen wäre, weil sonst das Vertrauen seiner Verbündeten in ihm verloren gegangen wäre. Jagow dagegen waren die Hände doch nur dadurch gebunden, daß Deutschland Oesterreich in seiner Abenteurerpolitik mindestens gestärkt hatte. Deutschland hatte sich doch nur selbst die Hände gebunden! Deutschland brauchte sich nur zu rektifizieren und es hätte, da Oesterreich der Angreifer war, jederzeit vermitteln können, wenn es gewollt hätte. Aber es wollte gar nicht vermitteln, während Grey dann wiederholt energische und sinnvolle Vermittlungsvorschläge gemacht hat, die nur leider in Deutschland und in Oesterreich taube Ohren fanden.

Nun kam die serbische Antwort auf das Ultimatum. Sie war nach einmütigem Urteil der Welt überraschend entgegenkommend. Sie war so, daß eigentlich jeder Grund zum Kriege gegen Serbien für Oesterreich fortfiel (einmal vorausgesetzt, daß vorher ein solcher Grund bestanden hätte). Das war nicht nur die Meinung der englischen Regierung, es war auch die Meinung Kaiser Wilhelms!, wie es die Meinung Rußlands, Frankreichs und Italiens war. Und jeder, der die Antwort unvoreingenommen liest, muß diese Auffassung als richtig bestätigen. Nur Oesterreich war anderer Meinung, weil es von Anfang an anderer Meinung sein wollte, wie aus den Instruktionen an Herrn v. Giesl in Belgrad anläßlich der Uebergabe des Ultimatums klar hervorgeht. Anderer Meinung ist auch merkwürdigerweise — Fischer. Er meint, es fehlte zur ganzen und vollständigen Annahme des Ultimatums die gute Hälfte. Diese Behauptung ist durch nichts begründet! Sie beruht einfach auf einer falschen Wiedergabe des Inhalts der Antwortnote. Unverständlich, daß F. es als Hohn bezeichnet, wenn die serbische Regierung an ihre Zusage, daß sie alles „ohne Aufschub aus dem öffentlichen Unterricht" entfernen würde, „was der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn dient oder dienen könnte", die Bedingung knüpft, „wenn die k. und k. Regierung ihr Tatsachen und die Beweise dieser Propaganda liefern würde". Das ist ein Vorbehalt, der der österreichischen Regierung nur etwas Selbstverständliches zumutet. Inbezug auf die Auflösung des Vereins „Narodna Obrana" wird aber nicht nur, wie F. behauptet, diese zugestanden, sondern ausdrücklich auch die Auflösung „aller anderen Vereine, die gegen Oesterreich-Ungarn agitieren würden", also selbstverständlich auch die sich etwa als Ersatz für die aufgelösten Vereine bildender neuer Vereine dieser Art. Oder ist es etwa ein unzulässiger Vorbehalt, wenn Serbien verlangt, daß Oesterreich ihm die Namen und die Handlungen der Offiziere und Beamten mitteilt, die sich Handlungen gegen Oesterreich zuschulden kommen ließen, um sie aus dem Dienst zu entfernen? Sogar die verlangte Aenderung des serbischen Preßgesetzes und der serbischen Verfassung zur Unterdrückung der österreichfeindlichen Blätter wird zugesagt. Allerdings sind einige Einschränkungen, besonders inbezug auf die Mitwirkung der österreichischen Beamten in Serbien gemacht worden. Aber gut vier Fünfteln der Forderungen sind angenommen. Kein Wunder, daß Wilhelm II diese Note Serbiens

als „eine brillante Leistung" bezeichnet und sagt, das sei mehr, als man erwarten konnte. Jeder Kriegsgrund und jeder Grund für die österreichische Mobilmachung gegen Serbien sei jetzt fortgefallen. Diese Auffassung des Kaisers, die nicht ein bloßer Temperamentsausbruch war, wie der Verfasser glaubt, da sie sogar einen amtlichen Schritt des Kaisers veranlaßte, war freilich trotzdem seltsam genug, da sie seiner ursprünglichen Auffassung ganz widersprach. Deshalb bleibt sie aber doch richtig! Hätte der Kaiser ihr nur energisch Geltung verschafft, dann wäre der Krieg auch damals noch zu vermeiden gewesen. Daß er das nicht getan hat, ist seine schwere Schuld. Im Grunde seines Herzens wollte er eben den Krieg gegen Serbien und seine Zerstückelung. Völlig verfehlt aber ist es, wenn Fischer, um den Kaiser zu entschuldigen, behauptet, „die Politik des 5. Juli (d. h. der Entschluß, Oesterreich zu scharfem Vorgehen gegen Serbien anzutreiben) hatte guten Grund! „Hier tritt die Voreingenommenheit Fischers kraß zutage. Es zeigt sich, daß er ein Anhänger des Dogmas ist, das die deutsche Militärpartei ständig predigt, daß der europäische Krieg ja doch unvermeidlich gewesen sei. Von diesem Standpunkt aus ist das ganze Buch geschrieben.

Hier begegnen wir übrigens auch einer üblen Doppelzüngigkeit der deutschen Politik. Auf den Erlaß des Kaisers zu der Antwortnote der Serben hin richtete Bethmann-Hollweg eine Instruktion an den deutschen Botschafter in Wien, er solle Oesterreich zur Mäßigung raten. Gleichzeitig fügte er aber hinzu, er solle sorgfältig vermeiden, den Eindruck zu erwecken, „als wünschten wir Oesterreich zurückzuhalten". Kein Wunder, daß diese Demarche in Wien nicht wirkte. Und Deutschland gab sich zufrieden.

Wir können nun die weiteren Ereignisse nicht mehr im einzelnen verfolgen. Bethmann-Hollweg hielt Wien auch weiter nicht zurück und Wien war allen Vermittlungsversuchen Englands, die schließlich von Deutschland notgedrungen weiter gegeben wurden (mehr tat Deutschland aber nicht), gegenüber taub. So wurde das Unheil unabwendbar.

Je weiter die Ereignisse trieben, desto unmöglicher wurde Deutschlands Lage. Dazu trugen besonders die sogenannten militärischen Notwendigkeiten bei. Sie veranlaßten die deutschen Staatsmänner, sich immer mehr ins Unrecht zu setzen. Bei der Darstellung dieser Vorgänge äußerte sich Fischers Befangenheit wieder sehr stark. Er steht nämlich im großen und ganzen auf dem Standpunkt, daß, nachdem nun einmal die Entwicklung bis zum Kriege mit Serbien gediehen war, die weitere Entwicklung sich zwangsläufig vollzog und man deshalb der deutschen Regierung nicht noch besondere Vorwürfe wegen ihrer Kriegserklärung an Rußland und Frankreich und wegen des Einmarsches in Belgien machen könne. Ich bin auch hier entgegengesetzter Meinung. F.'s Auffassung, die sich mit der der damaligen deutschen Regierung deckt, beruht nämlich auf zwei militärischen Dogmen, die beide falsch sind. Das eine Dogma besagt, daß Mobilmachung auf jeden Fall Krieg bedeutet (Nebendogma: daß Teilmobilmachungen in Deutschland nicht möglich seien), das andere besagt, daß wir den Zweifrontenkrieg nur nach dem Schlieffenschen Plan, der den Durchmarsch durch Belgien voraussetzt, führen könnten. Die Anerkennung beider Dogmen hat dazu geführt, daß Deutschlands Stellung vor der Welt in diesem Konflikt völlig unmöglich wurde. Sie hat uns sowohl in die Rolle des Angreifers gegenüber Frankreich, als auch in die Rolle des Rechtsbrechers gegenüber und gewaltsamen Eindringlings in Belgien gebracht. Den Streit, wer im Kriege Deutschlands mit Rußland der Angreifer war, will ich hier nicht neu aufrühren, formell war es jedenfalls auch hier Deutschland, so sehr sogar, daß Oesterreich, das doch den Konflikt mit Rußland heraufbeschworen und begonnen hatte, Rußland erst noch den Krieg erklären mußte, als das nur mittelbar beteiligte Deutschland schon im Kriegszustand mit Rußland war. (Diese geradezu groteske Tatsache bleibt meistens unbeachtet.) Ich will nur sagen, daß auch im Konflikt mit Rußland diesem die Initiative hätte überlassen werden müssen. Aber das Dogma, die Mobilisation ist der Krieg, ließ das nicht zu, obwohl Rußland trotz seiner Mobilisation zunächst gar nicht daran dachte, seinerseits den Krieg zu erklären. Noch auffallender aber ist das in unserem Verhältnis zu Frankreich. Das wurde von uns angegriffen, ohne daß wir bis dahin überhaupt einen Konflikt mit ihm hatten. Denn Frankreich hatte sich bis dahin völlig zurückgehalten und alles Rußland überlassen. Anstatt nun zu warten, bis Frankreich uns in Konsequenz seines Bündnisses mit Rußland angreifen würde, wurde bei uns dieser Angriff ohne weiteres vorausgesetzt und Frankreich deshalb von uns angegriffen. Wir hätten zur Sicherheit ruhig auch nach Westen hin mobilisieren können, aber deshalb gleich den Krieg zu eröffnen, war höchst überflüssig. Das geschah nur auf Grund jenes Dogmas. Poincaré mag wie immer geartete Pläne gegen uns gehabt haben, er war aber jedenfalls klug genug, die Sache an sich herankommen zu lassen und nicht selbst zur Offensive überzugehen. Aber wir hätten auch nicht einmal gegen Frankreich zu mobilisieren brauchen, eine Teilmobilisation gegen Rußland hätte als Antwort auf die russische Mobilmachung vollauf genügt. Da aber stellte sich heraus, daß eine solche vom Generalstab gar nicht vorgesehen und deshalb auch nicht vorbereitet war. Und das wiederum war unterblieben, weil man militärisch nur für einen Zweifrontenkrieg vorbereitet war und auch für ihn nur einen einzigen Plan, den Schlieffen-Plan, besaß. Dieser Plan war die Ursache, daß sofort, als der Konflikt mit Rußland da war, auch Frankreich angegriffen wurde. Denn wenn wir nicht in Frankreich sofort zur Offensive übergingen, war der einzig vorhandene Feldzugsplan nicht durchzuführen. Diese Sachlage, die ein ungeheuerliches Versagen des deutschen Generalstabes schon bei unserer militärischen Vorbereitung anzeigt (um so mehr, als der einzig vorhandene Feldzugsplan auch noch ein leichtsinniges, überhebliches Vabanque-Spiel verlangte, nämlich den Versuch, bis zu einem bestimmten nahen Termin einen entscheidenden Sieg über eine große, stark gerüstete Nation zu erringen — wer in der Weltgeschichte hat sich das bislang jemals vorgenommen?), war auch die Ursache für unseren Ueberfall auf Belgien. Denn anders als auf dem Wege über die Ueberflügelung des französischen Festungsgürtels war dieser Plan nicht durchzuführen. Dieser Feldzugsplan Schlieffens war im deutschen Heer wie bei der deutschen Regierung ein unantastbares Dogma und — ist es auch bei Fischer. Aber gerade er war im Kern verfehlt, sowohl militärisch als auch politisch, da er auf Voraussetzungen beruhte, die nicht gegeben waren. F. muß selbst zugeben, daß bis heute der Nachweis nicht gelungen ist, daß Belgien bereit war, den Franzosen ihr Land zu öffnen, und daß die Franzosen die Absicht hatten, Deutschland durch Belgien hindurch anzugreifen. Das war eine vage Möglichkeit, nicht mehr. Ueberdies: Wenn man sich unbefangen die strategische Lage Deutschlands betrachtet, so erscheint es als das militärisch natürliche, zumal angesichts des französischen Festungsgürtels in einem Zweifrontenkrieg, im Westen mit seiner kurzen gemeinsamen Grenze defensiv zu bleiben und alle Kraft nach Osten zu werfen. Selbstverständlich hatten Offensiven gegen das damalige Rußland ihre Grenzen. Aber mußten denn auch Offensiven bis ins Herz Rußlands vorgetrieben werden, um den Krieg zu einem guten Ende zu bringen? Das sind militärische Vorstellungen, die einer längst vergangenen Zeit entnommen sind. Heute lassen sich solche weiten Kriegszüge nur noch in Kolonialreichen machen. Der moderne Krieg zwischen zwei zivilisierten Nationen und ihren Volksheeren ist von ganz anderer Art. Deutschlands Strategie beruhte noch auf Vorstellungen aus der Zeit der napoleonischen Kriege und des Krieges von 1870. Und warum mußte denn Deutschland überhaupt militärisch auf jeden Fall offensiv sein? Das war auch nur ein Dogma unserer Militärs. Im deutschen Generalstab sah offenbar niemand, daß der Schlieffensche Plan an sich von Jahr zu Jahr militärisch überholt wurde, einfach auf Grund der Veränderungen in den Rüstungsverhältnissen der Länder. Denn er setzte zu seiner Durchführbarkeit einen Stand der Rüstung in Rußland voraus, der 1914 bereits weit überholt war und jedes Jahr mehr überholt werden mußte. Deshalb wäre es Pflicht des Generalstabes gewesen, der seit Schlieffens Tode eingetretenen Veränderung in den Rüstungs- und Kräfteverhältnissen durch Ausarbeitung eines ganz neuen Feldzugsplanes Rechnung zu tragen. Das ist nicht geschehen. Man hielt auch 1914 noch in dogmatischer Starrheit an dem Plan von 1906 fest. Das war das Verhängnis. Die Kriegsführung war eben in Deutschland nicht der Politik untergeordnet, sie diktierte ihrerseits die Politik. Das aber ist der Tod der Politik. Von alledem findet man bei F. nichts. Er erkennt einfach die damals bestehende militärische Dogmatik an und begnügt sich damit, zu zeigen, wie daraus und aus der verfahrenen diplomatischen Situation zuletzt alles zwangsläufig so folgte, wie es schließlich gekommen ist. Das ist um so ungerechter, als F. gegenüber anderen Erscheinungen, z. B. der Haltung der Kirchen, der Mentalität des deutschen Volkes usw. sehr kritisch ist.

Trotz dieser Ausstellungen ist das Buch für den bereits einigermaßen Bescheid wissenden Leser außerordentlich anregend; denn die Mängel unserer Außenpolitik und Diplomatie wie die der Oesterreicher treten in ihm klar und scharf ins Licht. Es zeigt sich deutlich, wie überlegen die Politik der Entente-Mächte der unseren war. Faktisch enthält daher das Buch trotz aller Abschwächungen und Beschönigungen ein vernichtendes Urteil über das Versagen der deutschen Staatsleitung in den 39 Tagen, die über eine Epoche der Weltgeschichte entschieden haben.

Albert Kranold.

An einen jungen Dichter.

Von Max Eck-Troll

„Viele fühlen sich berufen, und nur Wenige sind auserwählt!"

An dies Wort habe ich heute denken müssen, als mir Heinrich Lersch, der Dichter der Arbeit, einen Brief von der Vortragsreise schrieb, worin es u. a. heißt: „Von den Reisen habe ich einen Haufen „junger Dichter" mitgebracht, die aber alle „Kappes" sind, außer diesem einen aus . . ."

Und wenige Tage später hatte ich einen Stoß von Manuskripten vor mir liegen, die nicht mit der neumodischen Schreibmaschine geschrieben waren, sondern mit einer flotten, kraftvollen Handschrift, die, wenn Graphologie wissenschaftlichen Wert besitzt und die Möglichkeit zur Deutung eines Menschen zuläßt, von einem feinnervigen, nachdenklichen Menschen niedergeschrieben sein mußte.

Wenn man, wie ich, tagaus, tagein Manuskripte prüfen muß auf ihre Druckreife, ist man oft mißgestimmt, weil so viel „bluttiger Dilettantismus" einen überflutet, daß dies Prüfen und Sichten häufig zur körperlichen Qual wird. Was nennt sich nicht alles Schriftsteller! Wer nicht in der Welt glaubt, ein Schriftsteller zu sein. Er wird Mitglied irgend eines besseren geistigen Kegelklubs, der sich auch Schriftstellerverein nennt, bekommt einen Gummistempel von der Vereinsleitung (oft das Privatunternehmen eines spekulanten Unternehmers, der diese Schwäche der Menschen privatkapitalistisch für sich auszuwerten versucht) und schon fühlt er sich als begnadeter Ritter der Feder.

Dann werden die Redaktionen mit Manuskripten (Dramen, Romanen, Novellen, Gedichten) bombardiert. Nach wenigen Zeilen erkennt man meist das Unvermögen des Absenders. Und man ärgert sich über die vertrödelte Zeit.

Man prüft trotzdem mit Beharrlichkeit alle eingehenden Sendungen, in der Hoffnung, doch einmal einem neuen Talent Wegbereiter und Berater sein zu können.

Doppelt freut man sich, wenn nach hundertfachen Enttäuschungen die frohe Minute kommt, da man zum ersten Male eine Arbeit eines noch ganz Unbekannten liest, der etwas Neues in guter Form zu sagen weiß.

„Alles „Kappes" außer diesem einen aus . . .!" schrieb mir Hein Lersch. Und er hat recht.

Ich habe so manches nun von dem neuen Freund gelesen und freue mich, daß es nicht das Uebliche ist.

* * *

Und noch etwas nicht Alltägliches läßt mich aufhorchen:

Der junge Schriftsteller ist am Leuna-Werk tätig gewesen. Seine Arbeitsgenossen im Werk haben in dem jungen Kollegen das Talent zuerst entdeckt. In edelster Klassen-Solidarität haben sie von ihrem kargen Lohn die Groschen gesammelt, um ihren begabten Kollegen die sogenannte „Höhere Schule" besuchen lassen zu können.

Kann es etwas Schöneres für einen Menschen geben, als dieses Opfer der Kollegen?

Deine Kollegen im Werk haben das Gefühl, daß du mit einer tieferen Bildung wertvolle Dienste bei der Befreiung des Proletariats leisten kannst. Deine Kollegen vom Werk wußten sehr wohl den Vorteil einer wissenschaftlichen Bildung zu schätzen, als sie die Groschen sammelten, die dir das Studium ermöglichten!

Mein lieber junger Kampfgenosse! Ich bitte dich um eines: „Vergiß nie diese herrliche Solidarität deiner Kollegen!"

* * *

Wenn ich diesen Wunsch dir gegenüber heute ausspreche, so denke ich an einen Fall, der kein Beispiel sein kann. Und wenn, dann nur nach der Seite hin, daß er uns zeigen soll, wie wir es nicht tun sollen.

Ich kenne einen jungen Studenten, der auch Bergarbeiter war. Durch die Mithilfe seiner Kollegen kam er zur Volkshochschule nach Linz. Dann faßte ihn der Bildungsdünkel, nicht der Bildungshunger. Er machte sein Abiturientenexamen, ging zur Universität und bekam schließlich eine Stellung in einem Büro. Hier hätte er sein gutes Auskommen gehabt. Aber der Akademikerdünkel, dieser dumme falsche Stolz, hatte ihn erfaßt: „Das ist keine Tätigkeit für einen Akademiker", meinte er und gab die Stellung auf, weil er in sich den Schriftsteller spürte, der er nie war und nie werden konnte.

Nun ist er seit langer Zeit arbeitslos!

Ja, es gibt auch solche Käuze!

Wer wirklicher, echter Sozialist ist, kennt keinen Dünkel.

Wer studiert, um sich über den manuellen Arbeiter zu erheben, um sich als etwas Besseres zu dünken, der gehört nicht zu uns.

Wer aber als Prolet studiert, um durch das Mehr-Wissen seinen Klassengenossen ein treuer Berater und besserer Mitkämpfer zu sein, den loben wir, dem schenken wir unser Vertrauen!

Das ist unser Mann!

Der andere ist der Egoist, der keinen Hauch von Sozialismus in sich hat.

Dir, junger Kampfgenosse, wünsche ich mit deiner Arbeit einen vollen Erfolg. Du hast das Zeug dazu. Aber ich rate dir: Vergeude deine Kraft nicht mit literarischen Mätzchen, wie es Viele tun. Keine wahre Kunst ohne Ethik! Und als sozialistischer Dichter denke immer an unser Ziel. Dichter sein, heißt das Höchste wollen. Dichter sein, heißt die Schlafenden wecken, sie zu Mitkämpfern zu erziehen an unserem Ideal absoluter Gemeinschaft!

In diesem Sinne wünsche ich dir, junger Genosse, deinen Arbeiten, vollen Erfolg. Denn sei auch die Stunde gesegnet, die mich dich den Weg in die Oeffentlichkeit weisen ließ.

Das Gesicht Leunas.

Von Walter Bauer.

Ich gehe durch die Stadt, die Stunde ist gut, es ist Novemberschnee gefallen. Der Schnee hat die Stadt zart und schön und noch kleiner gemacht, die Häuser noch niedriger, die Dächer drückender, wie Zuckerwerk den Kirchturm, die Straßen sind eng geworden. Mir scheint, die Autos quälen sich hindurch.

Ich gehe, ich erwärme mich an meinen Gedanken, ich erbittere mich, ich glaube ungerecht behandelt zu sein, man denkt dies doch, obgleich man weiß, daß es Unsinn ist, und steht einmal still, die Gedanken vorauslaufen zu lassen, und allein, verloren, verlassen zu sein.

Da flammt es auf, dort hinten, an einem imaginären Horizont steht es und wächst zur Feuerwolke, der Himmel flieht, die Röte erreichte ihn, und er übermalt sich maßlos mit Brand, da fallen meine Gedanken, das Feuergeheimnis wirft sie in die Tiefe zurück, und meine Sinne sehen die Röte. Woher kommt sie, wovon gibt sie Nachricht? Sie flackert wunderlich, sie war in der Tiefe, wo sie emporquoll aus der Erde, ruhig und voll überwältigenden Glanzes, oben aber leuchtet sie gewaltig, wie Lichtfeuer und an den Rändern führt sie einen erbitterten Kampf mit der Nacht. Die Nacht frißt Ränder in das Rot, zerfetzt, zerreißt den Brand und gewinnt nichts, als daß der Schein fliegend wächst und die Dinge in den Glanz einer unwirklichen Landschaft stellt. Der Weg ein Band der Röte, die Pappeln schwarz, schmale Flammen, der Fluß läuft und der Brand steht und weht.

Was ist das? Das sind die Werke; und aus dem Brand ragen voll neuer Würde dreizehn Türme empor, sie zerstrahlen das Rot und wehen selbst überflammt; der Ton einer Sirene hat ihnen Befehl gegeben, sich aufzurichten; neben und unter ihnen liegen Hallen wie Festungen, Türme rauchen heftig in den Strom roten Lichtes, Lichter sind aufgestellt und wachsen unhörbar in die Ferne, laufen neben Straßen, hängen über Bahnen, erhellen Tunnels, Anlagen, Kessel, Hallen, tausend Lichter, überwacht von der roten Wolke. Die Werke, Stahl neben Stahl, Halle neben Halle, Türme, Schornsteine, in Rauch und Rot und Feuer sprechen sie.

Ich stehe und sehe dies alles; sehe ich es wie ein Bestohlener nehme ich es mit denselben Sinnen und so auf, wie ich Bilder von Manet und Turner in mich aufgenommen habe, mit Sinnenfreude? Ja, aber ich fühle zugleich, daß hier an dieser Stelle und so an tausend Stellen Deutschlands und in der ganzen Welt Werke sich in den Himmel heben, welche die Landschaft, das alte Idyll der weißen Mondnächte und zarten Wiesen, erdrücken, beiseite schieben und sich als neues Ding und neuen Begriff an ihre Stelle setzen. Die Heimat ist ausgelöscht, das alles, was zwischen Heimat und Landschaft an unvergänglichen Beziehungen war, ist ausgelöscht, nicht der Mitteldeutsche wohnt mehr hier, sondern der Mensch, der Bewohner der Erde, der Gestalter und Former der Dinge, die ihn umgeben, und ich begreife, daß der Gedanke der Technik — der Gedanke, daß nun hier und an unzähligen Orten der Welt Flammen aus den Werken aufsteigen, etwas über die Nationen Gehendes sei, ein herrlicher Gedanke, und daß aus der Technik ein Aufstieg geschehe, ein Aufstieg zu einer neuen Form des Menschen; Stahlwerke in Pittsburg, Oelgruben in Mesopotamien, Kohlenbergwerke in Frankreich, Flammen, Hütten, Hallen, Türme, Oefen und darin tausend Menschen, der ganze Erdball rauchend und bebend von Erregung und Arbeit, flatternd im Rauch von Maschinen — und dort der Begriff der Heimat, der aus tausend Enttäuschungen, Bitterkeiten und Schmerzen entstand.

Ich stehe in der Dunkelheit und hebe meine Sinne weit aufgerissen zum Empfang der Dinge, die den Horizont überflammen, ich sehe die Werke, ich sehe tausende Menschen, die den Werken Gesicht und Form geben. Ich höre ihre verbissene Wut, der ersten Seufzer, wenn sie aus dem Bett in der Dämmerung zum Bahnhof gehen, wenn die Sinne noch zurück wollen in den guten Traum, ich höre den letzten Seufzer, der vom Munde fällt und verebbt, wenn sie ihre Schicht beenden. Es entrollt sich vor meinen Augen der eine Punkt der Erdfläche, Mitteldeutschland genannt, und sehe Eisenbahnzüge aus den Hallen gleiten, in der Frühdämmerung, zu vielen Hunderten, gefüllt mit Menschen, die im fahlen Licht des Abteils sitzen, sie fahren der Burg entgegen, den Werken, Tag um Tag, Schicht um Schicht, die Maschine läuft, Züge, Schichtwechsel, Arbeit, Heimkehr.

Nun beginne ich meine Worte zögernd zu setzen, aus dem Gesicht der Werke wird Gesicht des arbeitenden Menschen. —

Ich stehe, sehe das Werk und die Hände, die jetzt arbeiten, tausende Hände, Arbeiter, die in Türmen sitzen und Hebel anstarren, die an Leitungen stehen, um Kettenbahnen laufen zu lassen, höre das Zischen von Dampf, das ganze, von Menschen durchschwärmte und von Arbeit durchzitterte Werk, das Feuerbild am Horizont wächst zum Bild der Erde, zum Bild für die Werke überall: Stahlwerke, Fabriken, die Ketten der Züge, die Heere der Menschen, Arbeiter aus dem Schlaf zur Schicht fahrend, Hände an Hebeln, Maschinen, Menschen in Türmen hoch über der Erde und in den Schächten versunken, Schiffe fahren über den Ozean, Menschen kommen mit Qualen, Menschen gehen unter Qualen, Mädchen schenken Männern Küsse, das Bild der gewohnten, geformten Erde entrollt sich, ich bin darunter, nun losgelöst von Begriffen der Heimat, Mensch: ich erfasse, wie groß der Kreis des Menschlichen ist.

Der Nachthimmel ist durch die Röte sichtbar geworden, er überwölbt alles riesenhaft, und man könnte sagen, er sei ein Trost über den Gegensätzen der Dinge, er überwölbt sie alle mit der gleichen Unerklärlichkeit, aber ich wage nicht zu sagen, er sei ein Trost. Ich sage euch nur, daß ich die Riesenhaftigkeit der Werke fühle, und daß ich Mensch bin, „hineingestellt in eine Situation, die erst dann sich auflöst, wenn man sich entscheidet."

Die Hände im Gericht.

Von Walter Bauer.

Die vielen kleinen Dinge füllen den Kalender des Amtsgerichts, eine Manchesterhose wurde gestohlen, ein Bierseidel wurde auf den Kopf geschlagen und der Kopf gab mit einer Wunde nach, ein Handelsmann wurde bei der Uebertretung der Verkaufszeit erwischt, Stockschläge, Beleidigungen, ein Radfahrer fuhr jemand um —, das geht so hin und verschwindet wieder. Manchmal wird der Blick frei auf ein Leben, aber der Vorhang wird schnell wieder verhängt, das Buch, in dem man eine Zeile las, wird schnell zugeklappt.

Da steht der Angeklagte und wendet dem Zuschauer den Rücken.

Die Hände auf dem Rücken.

Auf dem Rücken sind die Hände. Die Hände, wo kann er sie nur unterbringen, wo könnte er sie im Augenblick hinlegen? Wenn sie nicht wären, fehlten sie; nun, da sie sind, erscheinen sie im Augenblick überflüssig, lästig, zwecklos, belastend. Und hier vor dem Richter sind sie hilflos. Sie liegen auf dem Rücken, der wie eine Mauer steht und nichts verrät von dem Menschen, aber sie sind nicht still, sie haben Bewegung, ja das sind wohl lebende Wesen, die jetzt ein eigenes, merkwürdiges Leben haben, siehst du, manche zittern ein wenig hinter der breiten Rückenfläche und müssen sich einander die Hand geben, damit sie nicht herunterfallen, so schwach sind sie; manche reiben sich aneinander, unaufhörlich, rutschen hinauf, herunter ohne Halt, dehnen sich auseinander, krümmen sich wieder.

Die Beteurung der Unschuld.

Die Hände sagen, was ihr Besitzer nicht aussprechen kann, und was dem Gesetz gleichgültig ist; seine Aufgeregtheit, sein Zittern im Herzen, sein Zittern im Knie, seine Bangigkeit, sein Wissen und Nichtwissen, die Beteurung seiner Unschuld sagen sie im voraus, und manchmal fahren die Hände empor aus ihrer ängstlichen Spannung, aus der leisen, leisen unaufhörlichen Bewegung, fahren in die Luft, um einer dumpfen, unterdrückten Stimme Halt zu geben; nein — so war es nicht — und wenn sie eine Weile im Raum hingen, fallen sie herunter, und es ist wohl gut, daß die Hände an den Armen sitzen und so da oben am Schulterblatt, sie würden sonst fallen. Nun haben sie wieder auf dem Rücken, nun bewegen sie sich wieder unaufhörlich, wie in einem Käfig; in dem Käfig der Meinung, die der Richter hat.